

Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgabe 1983



Statistisches Bundesamt

Verlag: W. Kohlhammer

Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgabe 1983

~~Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv~~



Statistisches Bundesamt
Verlag: W. Kohlhammer

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH
Abt. Veröffentlichungen des Statistischen
Bundesamtes
Philipp-Reis-Str. 3
6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen im Oktober 1983

Preis: DM 8,50

Bestellnummer: 1020900 - 83900
ISBN 3-17-003276-3

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe
unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Vorwort

Trotz Anwerbestopp sowie Verschlechterung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist die ausländische Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahrzehnt - von den Jahren 1975/77 abgesehen - durch Geburtenüberschuß, Familienzusammenführung und Einreise von Asylbewerbern ständig gewachsen. Der verstärkte Zustrom von Ausländern aus relativ fernen Ländern - mit zum Teil wesentlichen Unterschieden in Kultur und Mentalität - sowie die immer stärkere räumliche Konzentration dieses Personenkreises haben sowohl im politischen Bereich als auch in der Öffentlichkeit in zunehmendem Maß zu einer kontroversen Diskussion über Ausländerfragen und -probleme geführt.

Bevölkerungswissenschaft und -statistik sind seit langem bestrebt, Entwicklungen und Strukturen der ausländischen Bevölkerung aufzuzeigen. Damit soll dem ständig gewachsenen Interesse der Öffentlichkeit an statistischen Unterlagen Rechnung getragen, zugleich aber eine sachliche Diskussion und fundierte Meinungsbildung gefördert werden. Das Statistische Bundesamt sowie die Statistischen Landesämter weisen deshalb schon seit Jahren in zahlreichen Veröffentlichungen die Ausländer im Rahmen einzelner statistischer Sachgebiete gesondert nach.

Der vorliegende Bericht umfaßt Ergebnisse über Ausländer aus den Arbeitsgebieten verschiedener Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes und möchte einen weit gespannten Überblick geben. Er wurde in der Abteilung "Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen, Allgemeine Auslandsstatistik" des Direktors beim Statistischen Bundesamt Herberger von Regierungsdirektor Dr. Fleischer bearbeitet.

Wiesbaden, im Oktober 1983

Egon Hölder

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Vorwort	3
Einführung	9
1 Zahl und Struktur	13
1.1 Bevölkerung und Ausländeranteil 1871 - 1982 nach Geschlecht	13
1.2 Ausländer 1961, 1971 und 1982 in den Ländern des Bundesgebietes	16
1.3 Ausländer 1971, 1976 und 1982 in den Großstädten	19
1.4 Ausländer 1974 und 1982 in den Großstädten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	22
1.5 Ausländer 1900 - 1982 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	25
1.6 Ausländer 1961 und 1982 nach Alter und Familienstand	30
1.7 Ausländer 1961 und 1982 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Altersgruppen	36
1.8 Ausländer 1961 und 1982 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Familienstand	38
1.9 Ausländer 1974 und 1982 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet	40
1.10 Modellrechnung zur Entwicklung der Ausländer bis zum Jahre 2000	43
2 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle	46
2.1 Eheschließungen von Ausländern 1960 - 1981	46
2.2 Eheschließungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Ehepartner 1960 - 1981	47
2.3 Lebendgeborene mit ausländischem Vater und/oder Mutter sowie gestorbene Ausländer 1960 - 1981	49
2.4 Ehelich Lebendgeborene nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Eltern 1960 - 1981	50
3 Wanderungen	55
3.1 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland 1968 - 1982 nach Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben	56
3.2 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland 1968 - 1982 nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern	61
3.3 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland 1968 - 1981 nach Altersgruppen und Familienstand	67
3.4 Wanderungen von Ausländern nach Ländern des Bundesgebietes 1976, 1978 und 1982	72

	Seite
4 Haushalte und Familien	74
4.1 Ausländische Frauen im April 1982	75
4.2 Ausländische Haushalte im April 1982 nach Ländern	77
4.3 Ausländische Familien im April 1982 nach Zahl der ledigen Kinder ohne Altersbegrenzung in der Familie	79
5 Wohnverhältnisse	81
5.1 Haushalte insgesamt 1978 nach Haushaltsgröße	82
5.2 Haushalte insgesamt 1978 nach Haushaltsgröße und Haushaltsnetto- einkommen	85
5.3 Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte 1978 nach Haushaltsgröße und Zahl der selbstbewohnten Räume	88
5.4 Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte 1978 nach Haushaltsgröße und Zahl der selbstbewohnten Wohnfläche	90
5.5 Hauptmieterhaushalte 1978 nach Ausstattung der Wohneinheit	92
5.6 Hauptmieterhaushalte in Gebäuden 1978 nach Haushaltsgröße und Bau- jahr des Gebäudes	94
5.7 Hauptmieterhaushalte in Gebäuden 1978 nach Baujahr des Gebäudes, öffentlicher Förderung und Mietbelastung	95
6 Ausbildung	97
6.1 Ausländische Schüler an Einrichtungen des allgemeinen Schulwesens 1981 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	97
6.2 Ausländische Schüler an Einrichtungen des beruflichen Schulwesens 1981 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	99
6.3 Ausländische Schüler an Einrichtungen der beruflichen Bildung 1981 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	99
6.4 Ausländische Studenten und Studienanfänger im Wintersemester 1981/82 nach Staatsangehörigkeit an Hochschulen	102
6.4.1 Hochschulen	103
6.4.2 Fachhochschulen	104
6.4.3 Kunsthochschulen	105
7 Erwerbstätigkeit und Beschäftigung	107
7.1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitneh- mer am 31. März 1975 und 31. März 1982 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	110
7.2 Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung und Erwerbsquoten im April 1982 nach Bundesländern	113
7.3 Deutsche und ausländische Erwerbspersonen und Erwerbsquoten 1982 - Altersgruppen und Staatsangehörigkeit der Erwerbspersonen	115

	Seite
7.4 Deutsche und ausländische Erwerbstätige im April 1982 nach Stellung im Beruf und Altersgruppen	118
7.5 Ausländische Wohnbevölkerung im April 1982 nach Beteiligung am Erwerbsleben, Familienstand und Überwiegendem Lebensunterhalt	120
7.6 Ausländische Erwerbstätige im April 1982 nach beruflicher Gliederung und ausgewählten Staatsangehörigkeiten	122
7.7 Arbeitslose und Arbeitslosenquote 1974 - 1982	124
7.8 Arbeitslose Ausländer 1973 - 1982 und Arbeitslosenquote nach Monaten	124
7.9 Arbeitslose Ausländer 1970 - 1982 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	124
7.10 Ausländer im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1982 nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen	127
7.11 Ausländer im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1982 nach Wirtschaftsgruppen	127
7.11.1 Beschäftigte in allen Betrieben	129
7.11.2 Beschäftigte in Betrieben, deren Inhaber oder Leiter in die Handwerksrolle eingetragen sind	130
7.12 Ausländer unter den berufstätigen Ärzten am 31.12.1981 nach Berufsausübung und Ländern	131
7.13 Ausländer unter dem Personal der Krankenhäuser am 31.12.1981 nach ausgewählten Berufen und Ländern	131
8 Sozialhilfe	133
8.1 Empfänger von Sozialhilfe 1978 - 1981 nach Art der Unterbringung und Hilfearten	133
9 Behinderte	136
9.1 Behinderte am 31.12.1981 nach Minderung der Erwerbsfähigkeit und Altersgruppen	136
9.2 Behinderte am 31.12.1981 nach Minderung der Erwerbsfähigkeit	136
9.3 Ausländische Behinderte am 31.12.1981 nach Art der schwerwiegendsten Behinderung und Minderung der Erwerbsfähigkeit	136
10 Straffälligkeit	140
10.1 Anteil der Ausländer 1977 - 1981 an der Bevölkerung und ihre Beteiligung an der Straffälligkeit	142
10.2 Die Kriminalität der Deutschen und Ausländer 1977 - 1981 insgesamt	142
10.3 Die Kriminalität der Deutschen und Ausländer 1977 - 1981 bei ausgewählten Straftaten	143
10.4 Verurteilte Ausländer 1981 nach Hauptdeliktsgruppen und ausgewählter Staatsangehörigkeit	144

11	Straßenverkehrsunfälle	145
11.1	An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte und verunglückte Fahrzeugführer und Fußgänger 1981 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit	145
11.2	An Unfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeugführer und Fußgänger 1981 nach Art der Verkehrsbeteiligung und ausgewählter Staatsangehörigkeit	145
11.3	An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeugführer und Fußgänger 1975 - 1981 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit	145
11.4	An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte Ausländer mit Wohnsitz im Inland 1981 nach Art der Verkehrsbeteiligung und Nationalität	145
12	Einbürgerungen	150
12.1	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 1973 - 1981 durch Einbürgerung oder Erklärung	151
12.2	Durch Ermessensentscheidung eingebürgerte Personen 1973 und 1981 nach der früheren Staatsangehörigkeit	151
13	Definitionen	153
14	Stichwortverzeichnis	171
15	Quellenverzeichnis	174

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet;
sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abkürzungen

- BGBI. = Bundesgesetzblatt
- EG = Europäische Gemeinschaft
- GG = Grundgesetz
- StBG = Strafgesetzbuch
- StVG = Straßenverkehrsgesetz

Einführung

Die mit Ausländern zusammenhängenden Fragen und Probleme spielten - wenn auch in weitaus geringerem Maß als heute - bereits im Deutschen Reich eine Rolle. In allen Volkszählungen, die zwischen 1871 und 1939 stattfanden, wurde die Staatsangehörigkeit der Einwohner ermittelt. Speziell für den historisch interessierten Benutzer enthält diese Veröffentlichung Angaben über die Entwicklung der Zahl der Ausländer und ihres Bevölkerungsanteils seit 1871. Ferner wird für einige vor 1945 liegende Volkszählungsjahre die Gliederung der Ausländer nach der Staatsangehörigkeit dargestellt.

In der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die ausländischen Staatsangehörigen in der Ausländerstatistik nachgewiesen, die allerdings ab 1955 nicht fortgeführt wurde. Zahlen wurden dann erst wieder im Rahmen der Volkszählung 1961 ermittelt. Zwischen 1967 und 1971 standen statistische Daten aus Karteiauszahlungen zur Verfügung, die die Ausländerbehörden nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 7.7.1967¹⁾ sowie aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesminister des Innern und den Innenministern bzw. -senatoren der Länder in den Jahren 1967 bis 1970 (jeweils zum 30.9.) und 1971 (zum 31.12.) vorzunehmen hatten. Die so ermittelten Zahlen sind vom Statistischen Bundesamt zum Bundesergebnis konzentriert und regelmäßig veröffentlicht worden. Die Meldungen der Ausländerbehörden dienten in erster Linie verwaltungsinternen Zwecken. Aus diesem Grund wurden neben der Gesamtzahl der Ausländer und ihrer Gliederung nach der Staatsangehörigkeit als "Darunterzahlen" nur die Frauen sowie die Kinder unter 16 Jahren nachgewiesen. Für 1970 stand darüber hinaus Zahlenmaterial über Ausländer aus der Volkszählung 1970 zur Verfügung.

Seit 1972 wird die Ausländerstatistik nicht mehr anhand der Meldungen der örtlichen Ausländerbehörden, sondern in einer erweiterten, aber nach wie vor hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Verwaltung zugeschnittenen Form durch eine maschinelle Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters (AZR) erstellt. Diese Umstellung gab der amtlichen Statistik die Möglichkeit, statistisch relevante Daten (Geburtsdatum, Geschlecht, Staats-

1) Gemeinsames Ministerialblatt (GMB1.) S. 231.

angehörigkeit, Familienstand, Aufenthaltsdauer sowie die regionale Zuordnung) zu gewinnen und damit ihr Informationsangebot zu erweitern. Für die Aufbereitung hat das Statistische Bundesamt ein Tabellenprogramm entwickelt. Die wichtigsten Ergebnisse der zum 30.9.1982 durchgeführten Auszählungen des AZR sind in der vorliegenden Veröffentlichung enthalten²⁾.

Um möglichst schnell aktuelle Ergebnisse über die Entwicklung und Struktur der im Bundesgebiet lebenden ausländischen Personen zu erhalten, erfolgt die Bereitstellung des Datenmaterials für die Auszählung unmittelbar nach dem Stichtag 30.9. eines jeden Jahres. Für die Auszählung können daher nur die Ausländer, deren Daten am Stichtag in der Hauptdatei des Registers enthalten waren, berücksichtigt werden. Insbesondere bei Fortzugsmeldungen treten Verzögerungen dadurch auf, daß Fortzüge von Ausländern oft erst mit erheblicher Verspätung den Ausländerbehörden bekannt werden, zumal viele Ausländer die vorgeschriebene Abmeldung unterlassen. Gleichwohl kann aus der Datelauszählung eine hinreichend genaue Vorstellung über die Größenordnung und Struktur sowie Veränderung der ausländischen Bevölkerung gewonnen werden.

Bei einem zeitlichen Vergleich der Daten aus dem AZR ist zu beachten, daß das Register bis einschließlich Berichtsjahr 1979 keine Angaben für die Stadt München enthielt. In den Jahren 1973 bis 1979 hatte die Ausländerbehörde dieser Stadt jeweils zum 30.9. eine eigene Auszählung durchgeführt, die sich allerdings nur auf die Feststellung der Gesamtzahl der Ausländer sowie ihre Gliederung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit erstreckte. Diese Ergebnisse waren vom Statistischen Bundesamt manuell in die entsprechenden Tabellen eingearbeitet worden.

Neben den Ergebnissen der speziellen Ausländerstatistik sind in diesem Band Zahlen über Ausländer aus verschiedenen Arbeitsgebieten des Statistischen Bundesamtes sowie Daten von der Bundesanstalt für Arbeit über ausländische Arbeitnehmer zusammengestellt worden. Die Analyse der demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der Ausländer in der Bundesrepublik Deutsch-

2) Ausführliches Zahlenmaterial enthält die in der Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2, erschienene Veröffentlichung "Ausländer 1982".

land, der Veränderungen ihres Bestandes und ihrer Struktur, setzt das Vorhandensein umfangreicher statistischer Unterlagen voraus. Die amtliche Statistik weist deshalb seit vielen Jahren und verstärkt seit 1970 in allen Teilen der Bevölkerungsstatistik (Volkszählungen, laufende Bevölkerungsstatistiken, Mikrozensus) nicht nur Daten für die Gesamtbevölkerung, sondern auch getrennte Daten für die deutsche und ausländische Bevölkerung nach. Gesonderte Angaben für Ausländer stehen ferner aus verschiedenen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturstatistiken zur Verfügung. Über die Bevölkerungsstatistik hinausgehend wurden daher in diesem Band auch Ergebnisse aufgenommen aus der Wohnungsstichprobe 1978 (Wohnverhältnisse der Ausländer), der Statistik des Bildungswesens (ausländische Schüler und Studenten) und der Beschäftigtenstatistik (sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer). Ferner werden Zahlen aus den Erhebungen des Bauhauptgewerbes (ausländische Arbeitnehmer unter den Beschäftigten), der Statistik des Gesundheitswesens (ausländische Ärzte und ausländisches Pflegepersonal), der Sozialhilfestatistik (Ausländer unter den Empfängern von Sozialhilfe) sowie Angaben aus der Strafverfolgungsstatistik über die von den Strafgerichten abgeurteilten und verurteilten Ausländer berücksichtigt. Die vorliegende Veröffentlichung enthält außerdem Ergebnisse aus der Statistik der Straßenverkehrsunfälle (an Unfällen mit Personenschaden beteiligte und verunglückte Ausländer) und der Einbürgerungsstatistik (Eingebürgerte nach ihrer früheren Staatsangehörigkeit).

Soweit es das Material sowie drucktechnische Gesichtspunkte zuließen, wurden den Angaben über Ausländer zu Vergleichszwecken jeweils entsprechende Zahlen für die Gesamtbevölkerung bzw. die deutsche Bevölkerung gegenübergestellt.

1. Zahl und Struktur

1.1 Bevölkerung und Ausländeranteil nach Geschlecht

Am 1.12.1871 lebten im Deutschen Reich rd. 207 000 Ausländer; das waren lediglich 0,5 % aller Einwohner. Als Folge des großen Aufschwungs des zwischenstaatlichen Verkehrs nahm die Zahl der Ausländer jedoch dann ständig zu. Bei der Volkszählung vom 1.12.1910 gaben fast 1,3 Mill. oder 2 % aller Einwohner des Deutschen Reichs an, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Der 1. Weltkrieg unterbrach diese Entwicklung. Die Nachkriegsverhältnisse, insbesondere die ungünstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, führten zu einem Rückgang der Ausländerzahl auf zunächst 957 000 im Juni 1925 und schließlich auf 757 000 im Juni 1933. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs verringerte sich im gleichen Zeitraum von 1,6 auf 1,1 %.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs war die Zahl der Ausländer im Bundesgebiet zunächst noch recht klein. Anfang Oktober 1951 betrug sie 506 000 Personen; das waren nur 1 % der Gesamtbevölkerung. Der 1950 in der Bundesrepublik Deutschland einsetzende wirtschaftliche Aufschwung hatte zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis 1961 größtenteils durch die Aufnahme von Deutschen aus der DDR und Berlin (Ost) gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Die Einreise in das Bundesgebiet zur Arbeitsaufnahme, der Nachzug von Familienangehörigen und der hohe Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung des Bundesgebiets führten innerhalb eines Jahrzehnts zu einem Anstieg der Zahl der Ausländer von 686 000 (1961) um nahezu 2,8 Mill. auf 3,4 Mill. (1971). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 1,2 auf 5,6 %. Durch den 1973 erlassenen Anwerbestopp wurde einerseits die Einreise in das Bundesgebiet zum Zwecke der Arbeitsaufnahme weitgehend unterbunden - das war die Hauptursache für den Rückgang der Ausländerzahl in den Jahren 1975/77 -, andererseits jedoch die Familienzusammenführung gefördert. Hinzu kam der starke Zustrom von Asylbewerbern im Zeitraum 1979/80. Diese Entwicklung führte erneut zu einem erheblichen Anstieg der Ausländerzahl, und zwar auf rund 4,7 Mill. im September 1982. Hatte 1971 jeder 18. Einwohner der Bundesrepublik nicht die deutsche Staatsangehörigkeit

besessen, so war 1982 bereits jeder 13. Bundesbürger ein Ausländer. Hervorzuheben ist aber die beachtliche Verringerung der jährlichen Zuwachsrates seit 1981. Sie betrug - jeweils gegenüber dem vorangegangenen Jahr - 1980 7,5 %, 1981 4 % und 1982 nur noch 0,8 %.

1982 sind erstmals wieder mehr Ausländer über die Grenzen des Bundesgebietes fort- als zugezogen. Bemerkenswert ist, daß der negative Wanderungssaldo überwiegend auf dem Rückgang der Zahl der Zuzüge von Ausländern beruht. Dies zeigt zum einen, daß sich der Familiennachzug erheblich abgeschwächt hat. Zum anderen hängt die Abnahme der Zahl der Zuzüge von Ausländern mit der beachtlichen Verringerung der Einreise von Asylbewerbern zusammen. Zurückzuführen ist dies auf den 1980 für mehrere Länder eingeführten Visumzwang und die im gleichen Jahr ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts.

Zu den ausländerpolitischen Leitlinien der Bundesregierung gehören die Beibehaltung des Anwerbstopps und vor allem die Begrenzung des Familiennachzugs. Das dürfte eine weitere Verringerung der Zuwanderung von Ausländern zur Folge haben. Gehen mit dieser Abnahme gleichbleibende oder sogar steigende Fortzugszahlen einher, so ist für 1983 erstmals wieder mit einem Rückgang der Ausländerzahlen zu rechnen.

1.1 Bevölkerung und Ausländeranteil nach Geschlecht *)

Stichtag	Bevölkerung				Ausländer							
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	je 1 000 Einwohner	1 000	%	1 000	%		
1. 12. 1871 ...	41 058,8	20 152,1	49,1	20 906,7	50,9	206,8	5	124,7	60,3	82,0	39,7	
1. 12. 1875 ...	42 727,4	20 986,7	49,1	21 740,7	50,9	290,8	7	178,9	61,5	111,9	38,5	
1. 12. 1880 ...	45 234,1	22 185,4	49,0	23 048,6	51,0	276,1	6	157,8	57,2	118,2	42,8	
1. 12. 1885 ...	46 855,7	22 933,7	48,9	23 922,0	51,1	372,8	8	
1. 12. 1890 ...	49 428,5	24 230,6	49,0	25 197,6	51,0	433,3	9	244,1	56,3	189,2	43,7	
2. 12. 1895 ...	52 279,9	25 661,3	49,1	26 618,7	50,9	486,2	9	270,9	55,7	215,3	44,3	
1. 12. 1900 ...	56 367,2	27 737,2	49,2	28 629,9	50,8	778,7	14	464,1	59,6	314,6	40,4	
1. 12. 1905 ...	60 641,5	29 884,9	49,3	30 756,6	50,7	1 028,6	17	599,3	58,3	429,2	41,7	
1. 12. 1910 ...	64 926,0	32 040,2	49,3	32 885,8	50,7	1 259,9	19	717,0	56,9	542,9	43,1	
16. 6. 1925 ...	62 410,6	30 196,8	48,4	32 213,8	51,6	957,1	16	485,8	50,8	471,4	49,3	
16. 6. 1933 ...	65 218,5	31 685,6	48,6	33 532,9	51,4	756,8	11	377,4	49,9	379,3	50,1	
1. 10. 1951 ...	50 808,9	23 722,9	46,7	27 086,0	53,3	506,0	10	
6. 6. 1961 ...	56 174,8	26 413,4	47,0	29 761,5	53,0	686,2	12	472,7	68,9	213,4	31,1	
30. 9. 1967 ...	59 926,0	28 427,1	47,4	31 498,9	52,6	1 806,7	30	
30. 9. 1968 ...	60 345,3	28 652,8	47,5	31 692,5	52,5	1 924,2	32	
30. 9. 1969 ...	61 069,0	29 107,1	47,7	31 961,8	52,3	2 381,1	39	
27. 5. 1970 ...	60 650,6	28 866,7	47,6	31 783,9	52,4	2 600,6	43	1 632,5	62,8	968,0	37,2	
31. 12. 1971 ...	61 502,5	29 367,4	47,7	32 135,1	52,3	3 438,7	56	
30. 9. 1972 ...	61 776,7	29 529,1	47,8	32 247,6	52,2	3 526,6	57	
30. 9. 1973 ...	62 090,1	29 721,0	47,9	32 369,2	52,1	3 966,2	64	2 482,4	62,6	1 483,8	37,4	
30. 9. 1974 ...	62 048,1	29 656,4	47,8	32 391,7	52,2	4 127,4	67	2 531,1	61,3	1 596,3	38,7	
30. 9. 1975 ...	61 746,0	29 446,3	47,7	32 299,6	52,3	4 089,6	66	2 439,8	59,7	1 649,8	40,3	
30. 9. 1976 ...	61 489,6	29 293,2	47,6	32 196,4	52,4	3 948,3	64	2 324,6	58,9	1 623,7	41,1	
30. 9. 1977 ...	61 389,0	29 239,4	47,6	32 149,6	52,4	3 948,3	64	2 319,7	58,8	1 628,6	41,2	
30. 9. 1978 ...	61 331,9	29 217,6	47,6	32 114,2	52,4	3 981,1	65	2 319,6	58,3	1 661,5	41,7	
30. 9. 1979 ...	61 402,2	29 285,6	47,7	32 116,6	52,3	4 143,8	67	2 398,9	57,9	1 744,9	42,1	
30. 9. 1980 ...	61 653,1	29 476,9	47,8	32 176,3	52,2	4 453,3	72	2 619,2	58,8	1 834,1	41,2	
30. 9. 1981 ...	61 719,2	29 526,5	47,8	32 192,7	52,2	4 629,7	75	2 710,2	58,5	1 919,5	41,5	
30. 9. 1982 ...	61 604,1	29 464,0	47,8	32 140,1	52,2	4 666,9	76	2 709,0	58,0	1 957,9	42,0	

*) Jeweilliger Gebietsstand.

1.2 Ausländer in den Ländern des Bundesgebiets

Die Ausländer verteilen sich nicht gleichmäßig über das gesamte Bundesgebiet; es sind vielmehr starke regionale Schwerpunkte vorhanden, die sich mit den Schwerpunkten der Ausländerbeschäftigung decken. 1982 lebten 31 % der Ausländer in Nordrhein-Westfalen, 20 % in Baden-Württemberg, 15 % in Bayern und 11 % in Hessen. Auf diese vier Länder entfielen somit rd. 77 % aller Ausländer.

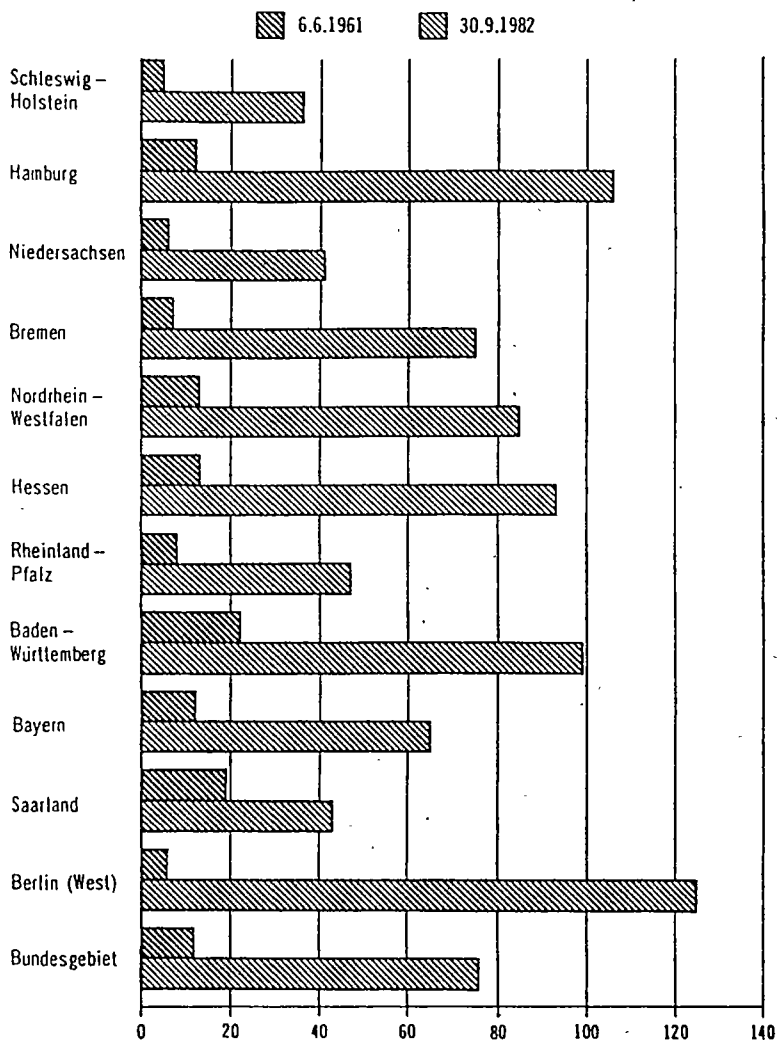
Betrachtet man den Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, so war dieser 1982 mit 12 % am höchsten in Berlin (West), gefolgt von Hamburg (11 %), Baden-Württemberg (10 %) und Hessen (9 %). Am stärksten gestiegen ist der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 1961 bis 1982 in Berlin (West); hier besaßen 1961 lediglich knapp 1 % aller Einwohner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit gegenüber 12 % im Jahr 1982.

1.2 Ausländer in den Ländern des Bundesgebietes

Land	6.6.1961		31.12.1971		30.9.1982	
	1 000	je 1 000 Ein- wohner 1)	1 000	je 1 000 Ein- wohner 1)	1 000	je 1 000 Ein- wohner 1)
Schleswig-Holstein ...	12,6	5	57,7	23	94,5	36
Hamburg	22,3	12	110,8	62	172,6	106
Niedersachsen	38,6	6	218,7	30	300,6	41
Bremen	4,9	7	30,3	41	51,7	75
Nordrhein-Westfalen ..	204,8	13	970,5	57	1 443,6	85
Hessen	60,7	13	397,3	72	522,8	93
Rheinland-Pfalz	29,0	8	124,2	34	170,9	47
Baden-Württemberg	167,5	22	793,1	88	919,8	99
Bayern	110,9	12	545,2	51	709,7	65
Saarland	20,7	19	39,9	36	46,0	43
Berlin (West)	14,2	6	151,1	73	234,7	125
Bundesgebiet ...	686,2	12	3 438,7	56	4 666,9	76

1) Der jeweiligen Wohnbevölkerung.

BEVÖLKERUNGSANTEIL DER AUSLÄNDER IN DEN LÄNDERN DES BUNDESgebietES
AM 6.6.1961 UND 30.9.1982
Ausländer je 1000 Einwohner



Statistisches Bundesamt 830787

1.3 Ausländer in den Großstädten

Die starke Konzentration der Ausländer auf wenige Teile des Bundesgebietes wird noch deutlicher sichtbar, wenn man ihren Anteil an der Wohnbevölkerung der Großstädte untersucht. Die Gebiete, in denen der Bevölkerungsanteil der Ausländer erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt, decken sich im wesentlichen mit den Ballungsräumen.

Von den Ende 1982 im AZR erfaßten knapp 4,7 Mill. Ausländern wohnte die Hälfte (2,3 Mill. oder 50 %) in Gemeinden, die am 30. September 1982 100 000 und mehr Einwohner hatten. 1971 hatte dieser Anteil 44 % betragen. Die höchsten Ausländerquoten wiesen 1982 mit 24 bzw. 21 % Frankfurt und Offenbach auf. 1971 hingegen hatten jeweils 16 bzw. 15 % aller Einwohner dieser beiden Städte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besessen. Zu beachten ist aber, daß die Veränderung des Anteils ausländischer Einwohner 1982 gegenüber den vorangegangenen Jahren bei einigen Großstädten nicht nur auf dem Saldo aus Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen, sondern auch auf den zwischenzeitlich eingetretenen Gebietsstandsänderungen (z.B. durch Eingemeindungen) beruht.

1982 lag der Ausländeranteil erheblich über dem Bundesdurchschnitt (7,6 %) auch in Stuttgart (18 %), München (17 %), Mannheim (16 %), Köln, Düsseldorf und Remscheid (jeweils 15 %). Die niedrigste Ausländerquote hatten 1982 mit jeweils 4 % die Städte Oldenburg, Regensburg und Würzburg.

1.3 Ausländer in den Großstädten *).

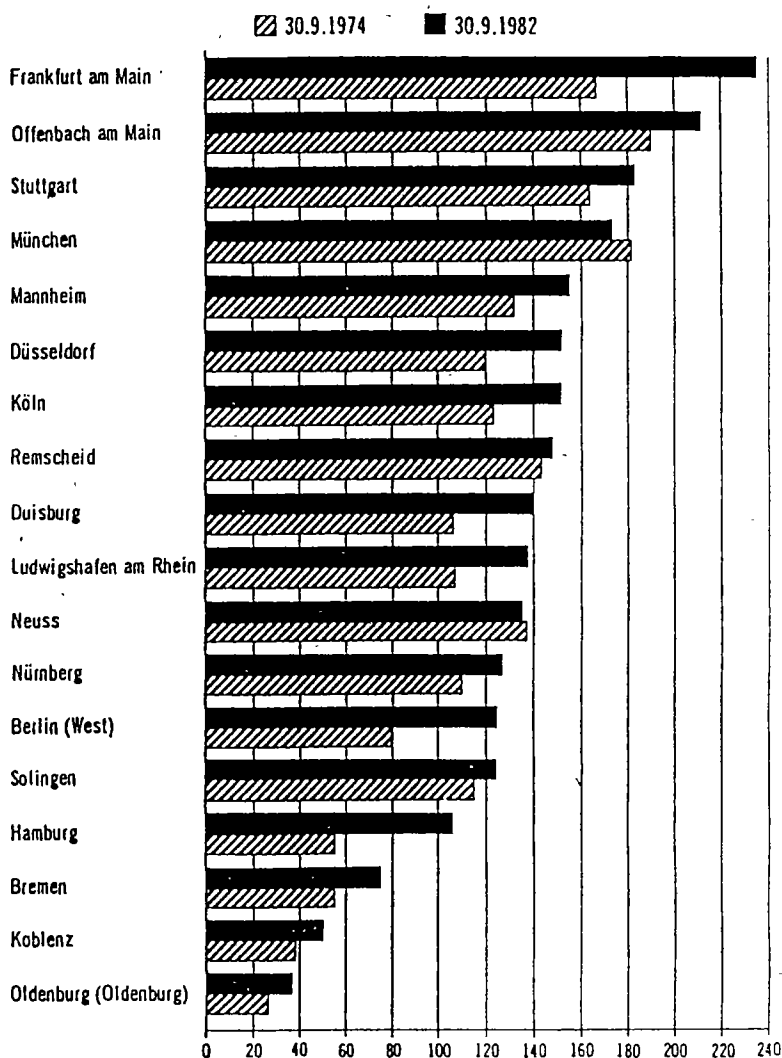
Stadt	31.12.1971		30.9.1976		30.9.1982	
	1 000	je 1 000 Einwohner	1 000	je 1 000 Einwohner	1 000	je 1 000 Einwohner
Aachen	15,7	89	21,0	87	24,6	101
Augsburg	20,0	94	24,0	105	31,4	127
Berlin (West)	151,1	73	169,2	86	234,7	125
Bielefeld	12,0	71	21,5	78	30,8	99
Bochum	12,1	35	24,5	52	26,5	67
Bonn	16,3	58	19,4	69	24,2	83
Bottrop	3,5	33	11,1	110	7,8	68
Braunschweig	10,5	47	12,9	48	15,2	59
Bremen	25,5	43	32,7	57	41,6	75
Bremerhaven	4,7	33	8,4	59	10,1	73
Darmstadt	11,8	83	13,1	96	14,8	107
Dortmund	28,4	44	45,4	72	57,8	96
Düsseldorf	57,1	88	74,7	113	88,9	152
Duisburg	32,3	72	62,5	106	77,3	140
Erlangen	7,2	87	8,7	86	10,1	98
Essen	27,3	39	32,3	48	36,2	56
Frankfurt am Main	103,2	157	113,2	179	146,4	235
Freiburg im Breisgau	10,8	64	11,5	66	12,0	68
Geisenkirchen	17,8	52	25,0	77	31,6	105
Göttingen	5,5	49	6,5	53	7,6	58
Hagen	14,1	71	20,2	89	23,2	108
Hamburg	110,8	62	95,4	56	172,6	106
Hamm	11,4	66	11,4	66	15,3	89
Hannover	35,2	68	44,2	80	54,2	103
Heidelberg	9,9	81	10,7	82	12,2	91
Heilbronn	10,5	103	12,1	108	14,7	132
Herne	4,0	38	13,9	73	17,7	98
Hildesheim	5,4	62	6,5	62	7,0	68
Karlsruhe	24,3	94	22,2	80	25,8	95
Kassel	13,6	63	15,2	75	18,6	96
Kiel	7,7	29	11,9	46	15,7	63
Koblenz	3,2	27	4,3	37	5,7	50
Köln	84,9	100	114,9	114	147,5	152
Krefeld	19,4	87	23,1	102	27,0	121
Leverkusen	3,8	81	15,7	95	15,8	99
Ludwigshafen am Rhein	15,8	90	18,1	108	21,9	138
Lübeck	9,2	38	12,9	56	14,9	68
Mainz	12,4	69	16,4	89	21,2	114
Mannheim	41,2	125	37,6	121	47,0	155
Mönchengladbach	9,2	61	20,2	77	22,3	86
Mülheim a.d. Ruhr	8,1	42	11,1	59	13,1	73
München	176,4	132	219,8	168	222,6	173
Münster	6,9	35	10,5	40	12,5	46
Neuss	13,0	111	17,9	121	20,0	135
Nürnberg	42,4	88	50,6	102	61,0	127
Oberhausen	13,0	53	16,5	79	19,0	83
Offenbach am Main	17,7	147	20,6	181	23,2	211
Oldenburg (Oldenburg)	2,5	19	3,5	26	4,9	36
Osnabrück	8,0	56	11,1	69	14,5	92
Paderborn	8,9	81
Pforzheim	12,2	113	13,1	124
Recklinghausen	4,0	32	6,4	52	9,2	77
Regensburg	5,1	39	5,1	39	5,7	43
Rensselaer	16,7	122	17,9	135	18,9	148
Saarbrücken 1)	8,3	65	20,3	53	21,7	60
Salzgitter	8,1	68	9,4	81	11,7	104
Solingen	17,0	96	18,4	108	20,2	124
Stuttgart	80,5	127	93,2	157	105,5	183
Ulm	13,9	139
Viesbaden	20,9	83	26,4	106	33,2	121
Witten	8,3	79
Wolfsburg	9,7	108	9,5	76	12,0	96
Würzburg	4,0	35	4,4	39	5,3	41
Muppertal	30,8	74	33,7	84	39,7	102

*) Nachgewiesen werden alle Gemeinden, die am 30.9.1982 100 000 und mehr Einwohner hatten; ohne die Städte Bergisch Gladbach, Moers und Siegen, für die keine Ausländerzahlen zum 30.9.1982 vorliegen.

1) Stadtverband.

**AUSLÄNDER IN AUSGEWÄHLTEN STÄDTEN MIT 100 000 EINWOHNERN UND MEHR
AM 30.9.1974 UND 30.9.1982 ¹⁾**

Je 1000 Einwohner ²⁾



1) Jeweiliger Gebietsstand. - 2) 1974 und 1982 am 30.6.

Statistisches Bundesamt 83 0783

1.4 Ausländer in den Großstädten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Die Gliederung der Ausländer nach ihrer Nationalität in den einzelnen Großstädten ist sehr unterschiedlich; sie wird entscheidend von der örtlichen Wirtschaftsstruktur und den hierauf bezogenen Erwerbsmöglichkeiten bestimmt. So waren nach den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik Ende Dezember 1981 beispielsweise drei Viertel der im Bergbau, sieben Zehntel der im Schiffbau und jeweils über die Hälfte der in der Eisen- und Stahlerzeugung sowie in Gießereibetrieben tätigen ausländischen Arbeitnehmer Türken. Dies erklärt mit den überdurchschnittlich hohen Anteil dieser Nationalitätengruppe an den ausländischen Einwohnern beispielsweise Salzgitters (72 %), Gelsenkirchens, Hamms, Hernes und Duisburgs (jeweils über sechs Zehntel) sowie Bottrops, Bremens, Bremerhavens, Lübecks und Kiels (jeweils über die Hälfte). Von der ausländischen Bevölkerung Wolfsburgs wiederum waren über sieben Zehntel Italiener, was damit zusammenhängt, daß das Volkswagenwerk überwiegend ausländische Arbeitnehmer dieser Nationalität beschäftigt.

Als Folge des verstärkten Familiennachzugs und des Zustroms von Asylbewerbern ist der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an der ausländischen Bevölkerung in vielen Großstädten im Zeitraum 1974/82 erheblich gestiegen. So erhöhte er sich beispielsweise in Hamm von 41 auf 65 % und in Hagen von 13 auf 30 %.

1.4 Ausländer in den Großstädten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten *)

Stadt ¹⁾	Wohnbevölkerung ²⁾	Ausländer		Darunter nach der Staatsangehörigkeit		
		1 000	Je 1 000 Einwohner	Türkei	Jugoslawien	Italien
				s ³⁾		
1974						
Aachen	241,3	21,2	88	20,0	17,2	3,6
Augsburg	254,8	27,0	106	32,8	22,8	15,2
Berlin (West)	2 032,6	181,8	80	44,0	17,1	3,2
Bielefeld	320,2	25,7	80	30,0	21,6	6,6
Böckum	336,6	17,3	51	29,7	9,6	13,9
Bonn	283,3	20,4	72	15,4	9,4	9,9
Bottrop	102,8	4,8	47	47,2	7,0	6,0
Braunschweig	271,0	14,4	53	34,7	13,2	14,0
Bremen	582,0	32,0	55	47,2	11,7	4,4
Bremerhaven	144,4	7,9	55	42,8	15,8	3,1
Darmstadt	139,7	14,2	102	15,1	15,3	21,0
Dortmund	630,3	38,9	62	24,9	16,5	10,5
Düsseldorf	623,8	74,8	120	12,7	17,4	11,9
Duisburg	431,9	45,6	106	48,8	12,2	8,7
Erlangen	100,0	8,8	88	15,9	19,2	8,1
Essen	669,4	31,9	48	25,5	18,6	9,7
Frankfurt am Main	658,3	109,9	167	15,6	24,6	14,0
Freiburg im Breisgau	174,0	12,5	72	6,3	18,2	20,0
Gelsenkirchen	330,0	22,8	69	54,3	10,4	10,2
Göttingen	120,7	6,7	56			
Hagen	196,0	17,7	90	12,6	13,3	23,6
Hamburg	1 742,4	95,0	55	22,5	15,1	5,7
Hamm	83,2	4,6	55	41,0	12,9	11,9
Hannover	566,2	47,6	84	26,5	14,8	6,7
Heidelberg	121,4	11,6	96	24,8	8,8	10,1
Heilbronn	116,4	13,8	119	30,9	19,1	19,1
Herne	101,8	5,9	58	58,1	5,8	8,5
Hildesheim	107,5					
Karlsruhe	266,6	23,8	89	17,5	24,4	21,2
Kassel	211,0	16,5	78	32,8	17,1	11,1
Kiel	264,4	11,1	42	51,4	7,0	2,1
Koblenz	119,4	4,5	38	24,7	20,1	12,8
Köln	828,2	101,9	123	37,9	7,8	18,9
Krefeld	220,2	21,8	99	30,4	8,3	15,9
Leverkusen	109,6	11,6	106	14,7	23,0	24,6
Ludwigshafen am Rhein	174,9	18,7	107	17,2	13,9	30,4
Lübeck	234,9	12,0	51	42,8	6,8	5,6
Mainz	183,6	16,8	92	13,7	16,6	27,3
Mannheim	322,1	42,5	132	24,6	17,0	20,4
Mönchengladbach	149,7	11,0	73	25,8	9,5	6,8
Mülheim a.d. Ruhr	190,1	10,6	56	30,4	17,1	11,5
München	1 321,5	240,5	182	15,0	26,2	12,5
Münster	198,9	6,9	35	13,5	14,3	3,4
Neuss	118,5	16,2	137	22,4	14,5	7,1
Nürnberg	512,8	56,3	110	24,8	18,6	15,1
Oberhausen	240,0	16,1	67	35,4	16,7	15,2
Offenbach am Main	119,3	22,7	190	8,5	22,5	19,1
Oldenburg (Oldenburg)	133,9	3,5	26	35,1	7,5	7,9
Osnabrück	163,8	11,7	71	14,1	15,4	4,7
Paderborn	71,8					
Pforzheim	99,2	12,1	12	23,8	22,8	23,9
Recklinghausen	123,8	6,0	48	57,9	9,6	6,3
Regensburg	133,1	6,1	46	22,5	25,3	5,4
Remscheid	134,5	19,2	143	17,0	12,4	22,9
Saarbrücken 4)	207,3	20,6	99	14,3	3,6	39,2
Salzgitter	120,3	11,4	95	65,3	6,4	9,1
Solingen	174,6	20,0	115	22,4	12,2	34,8
Stuttgart	618,6	101,3	164	12,0	29,8	18,6
Ulm	93,2	12,9	14	26,0	20,2	19,4
Wiesbaden	252,3	26,9	107	14,4	14,1	18,8
Witten	95,0					
Wolfsburg	122,7	13,6	102	1,7	4,7	68,6
Würzburg	113,6	4,7	41	22,2	20,2	13,6
Wuppertal	406,9	37,3	92	15,1	14,2	22,0

*) Nachgewiesen werden diejenigen Gemeinden, die am 30.6.1982 100 000 und mehr Einwohner hatten.

1) Ohne die Städte Bergisch Gladbach und Siegen, für die keine Ausländerzahlen vorliegen.

2) Am 30.6..

3) Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl der Ausländer.

4) Stadtverband.

1.4 Ausländer in den Großstädten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten *)

Stadt ¹⁾	Wohnbevölkerung ²⁾	Ausländer	Darunter nach der Staatsangehörigkeit			
			Türkei	Jugoslawien	Italien	
			1 000	Je 1 000 Einwohner	x ³⁾	
1982						
Aachen	244,0	24,6	101	27,9	13,3	3,4
Augsburg	247,5	31,4	127	44,1	18,9	13,3
Berlin (West)	1 879,1	234,7	125	43,5	12,1	2,9
Bielefeld	311,1	30,8	99	45,2	16,3	5,5
Bochum	396,0	26,5	67	44,1	8,6	9,7
Bonn	292,2	24,2	83	18,9	6,4	8,7
Bottrop	114,0	7,8	68	59,6	6,4	4,6
Braunschweig	258,8	15,2	59	43,1	7,5	10,9
Bremen	551,0	41,6	75	54,6	8,0	3,2
Bremerhaven	138,0	10,1	73	55,0	7,8	8,7
Darmstadt	138,4	14,8	107	21,8	13,1	19,0
Dortmund	603,0	57,8	96	39,6	12,8	7,6
Düsseldorf	585,9	88,9	152	17,2	15,3	10,5
Duisburg	551,7	77,3	140	63,5	8,3	6,5
Erlangen	102,7	10,1	98	21,0	17,0	7,3
Essen	641,5	36,2	56	34,9	14,3	7,6
Frankfurt am Main	622,5	146,4	235	19,0	19,1	13,0
Freiburg im Breisgau	177,7	12,0	68	8,6	15,6	20,4
Gelsenkirchen	299,7	31,6	105	66,6	7,9	6,3
Göttingen	131,5	7,6	58	.	.	.
Hagen	215,6	23,2	108	29,9	11,3	18,0
Hamburg	1 630,4	172,6	106	33,5	12,4	4,4
Hann	171,0	15,3	89	65,0	10,9	4,4
Hannover	527,5	54,2	103	37,9	12,1	5,7
Heidelberg	134,1	12,2	91	26,0	7,6	9,2
Heilbronn	111,5	14,7	132	40,6	17,1	16,6
Herne	180,1	17,7	98	64,2	6,2	6,8
Hildesheim	102,4	7,0	68	.	.	.
Karlsruhe	271,3	25,8	95	22,6	20,2	18,0
Kassel	193,3	18,6	96	40,9	14,5	9,7
Kiel	249,4	15,7	63	55,5	4,8	1,7
Koblenz	113,3	5,7	50	34,3	13,6	10,8
Köln	967,7	147,5	152	43,9	6,2	15,4
Krefeld	223,8	27,0	121	46,5	5,9	12,1
Leverkusen	159,5	15,8	99	24,0	18,2	22,4
Ludwigshafen am Rhein	158,7	21,9	138	27,6	12,8	26,5
Lübeck	218,5	14,9	68	53,2	3,9	4,5
Mainz	186,6	21,2	114	22,4	12,5	23,7
Mannheim	303,8	47,0	155	34,8	13,7	18,0
Mönchengladbach	258,6	22,3	96	41,4	6,8	6,9
Mülheim a.d. Ruhr	178,8	13,1	73	42,9	14,2	8,3
München	1 288,2	222,6	173	18,9	24,0	10,4
Münster	271,6	12,5	46	15,7	10,9	4,3
Neuss	148,1	20,0	135	.	.	.
Nürnberg	481,0	61,0	127	33,7	16,5	13,1
Oberhausen	228,2	19,0	83	47,1	14,2	11,8
Offenbach am Main	110,0	23,2	211	13,2	18,4	18,9
Oldenburg (Oldenburg)	137,9	4,9	36	42,2	5,4	7,2
Osnabrück	156,8	14,5	92	27,7	11,9	4,9
Paderborn	110,1	8,9	81	.	.	.
Pforzheim	105,4	13,1	124	30,0	20,2	25,6
Recklinghausen	119,5	9,2	77	.	.	.
Regensburg	132,3	5,7	43	32,8	20,7	4,6
Remscheid	127,5	18,9	148	29,4	12,2	23,2
Saarbrücken 4)	362,5	21,7	60	17,0	3,3	34,4
Salzgitter	112,5	11,7	104	72,3	4,4	6,2
Sollingen	163,5	20,2	124	32,0	10,2	33,4
Stuttgart	575,2	105,5	183	17,2	26,9	17,3
Ulm	100,1	13,9	139	36,8	25,1	16,6
Wiesbaden	274,1	33,2	121	26,7	10,5	14,9
Witten	105,2	8,3	79	.	.	.
Wolfsburg	125,3	12,0	96	3,0	3,2	70,6
Würzburg	129,2	5,3	41	23,5	14,9	13,4
Wuppertal	390,0	39,7	102	28,1	12,1	21,1

*) Nachgewiesen werden diejenigen Gemeinden, die am 30.6.1982 100 000 und mehr Einwohner hatten.

1) Ohne die Städte Bergisch Gladbach und Siegen, für die keine Ausländerzahlen vorliegen.

2) Am 30.6.

3) Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl der Ausländer.

4) Stadtverband.

1.5 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Vergleicht man die Gliederung der Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit im Deutschen Reich mit der entsprechenden Zusammensetzung in der Bundesrepublik Deutschland, so zeigen sich erhebliche Veränderungen. Vor Ausbruch des 1. Weltkriegs waren anteilmäßig Angehörige aus solchen Staaten am stärksten vertreten, die mit dem Deutschen Reich eine gemeinsame Landesgrenze hatten. So besaßen von den bei der Volkszählung 1910 ermittelten Ausländern 50 % die österreichische und jeweils rd. 11 % die russische und niederländische Staatsangehörigkeit. Auf diese drei Länder entfielen somit fast drei Viertel der 1910 im Deutschen Reich ansässigen Ausländer.

Die als Folge des 1. Weltkriegs eingetretenen Gebietsveränderungen (z.B. die Auflösung der Donaumonarchie Österreich-Ungarn, das Wiedererstehen des polnischen Staates) und die Bildung neuer Staaten in Mitteleuropa (z.B. Tschechoslowakei, Jugoslawien) hatten erhebliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der im Deutschen Reich lebenden Ausländer. So ging 1925 im Vergleich zu 1910 der Anteil der österreichischen Staatsangehörigen von 50 auf 14 % und derjenige der Personen mit russischer bzw. sowjetischer Staatsangehörigkeit von 11 auf 5 % zurück. Die Hälfte der 1925 im Deutschen Reich lebenden Ausländer waren Tschechoslowaken und Polen.

In der Bundesrepublik Deutschland sind anteilmäßig am stärksten die Angehörigen der Staaten vertreten, mit denen in den 50er und 60er Jahren Anwerbevereinbarungen abgeschlossen worden sind. So waren von allen 1982 im Bundesgebiet ansässigen Ausländern 34 % Türken; 1910 hatte deren Anteil nur 0,2 % betragen. Seit 1967 hat sich die türkische Bevölkerung im Bundesgebiet verneunfacht. 1982 besaßen etwa 14 % aller Ausländer die jugoslawische Staatsangehörigkeit gegenüber 1,5 % im Jahre 1925. Umgekehrt hat sich der Anteil der Staatsangehörigen aus den Nachbarländern Österreich und Niederlande 1982 im Vergleich zu 1925 von 14 auf 4 % bzw. von 9 auf 2 % verringert. Die Italiener, deren Anteil an der ausländischen Bevölkerung des Deutschen Reichs 1925 nur knapp 3 % betrug, waren 1961 mit rd. 29 % die stärkste Ausländergruppe im Bundesgebiet. Inzwischen hat sich dieser Prozentsatz jedoch mehr als

halbiert. Durch den starken Zustrom von Asylbewerbern und die Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere aus Vietnam, ist die Zahl der Staatsangehörigen aus asiatischen Ländern in der Bundesrepublik im Zeitraum 1974 bis 1982 von 114 000 auf 254 000 gestiegen.

1.5 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	1.12.1900		1.12.1910		16.6.1925		16.6.1933	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ausländer insgesamt	778,7	100	1 259,9	100	957,1	100	756,8	100
dar.: Frankreich	20,5	2,6	19,1	1,5	7,3	0,8	5,9	0,8
Griechenland	0,4	0,0	0,8	0,1	2,2	0,2	1,5	0,2
Italien	69,7	9,0	104,2	8,3	24,2	2,5	22,5	3,0
Jugoslawien	X	X	X	X	14,1	1,5	17,3	2,3
Niederlande	88,1	11,3	144,2	11,4	82,3	8,6	80,6	10,7
Österreich	371,0	47,6	635,0	50,4	128,9	13,5	80,7	10,7
Polen	0,1	0,0	0,3	0,0	259,8	27,1	148,1	19,6
Portugal	0,1	0,0	0,3	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0
Schweiz	55,5	7,1	68,3	5,4	42,4	4,4	39,7	5,2
Sowjetunion	47,0	6,0	137,7	10,9	47,2	4,9	12,8	1,7
Spanien	0,8	0,1	1,7	0,1	1,4	0,1	1,3	0,2
Tschechoslowakei	X	X	X	X	222,5	23,2	186,2	24,6
Türkei	1,5	0,2	2,3	0,2	2,5	0,3	1,7	0,2

Staatsangehörigkeit	6.6.1961		30.9.1967		30.9.1974		30.9.1982	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Europa	534,7	77,9	1 577,8	87,3	3 761,1	91,6	4 107,7	88,0
Belgien	6,5	0,9	11,1	0,6	14,8	0,4	17,8	0,4
Dänemark	3,7	0,5	7,2	0,4	9,4	0,2	12,7	0,3
Frankreich	20,1	2,9	37,9	2,1	59,1	1,4	72,9	1,6
Griechenland 1)	42,1	6,1	201,0	11,1	406,4	9,9	300,8	6,4
Großbritannien und Nordirland	9,1	1,3	25,3	1,4	52,2	1,3	90,6	1,9
Irland	0,3	0,1	1,2	0,1	2,3	0,1	6,2	0,1
Italien	196,7	28,7	412,8	22,8	629,6	15,3	601,6	12,9
Luxemburg	1,9	0,3	3,0	0,2	4,2	0,1	4,6	0,1
Niederlande	65,4	9,5	97,9	5,4	109,9	2,7	109,0	2,3
EG-Staaten	345,8	50,4	797,4	44,1	1 287,8	31,2	1 216,2	26,1
Jugoslawien	16,4	2,4	140,6	7,8	707,8	17,2	631,7	13,5
Österreich	57,4	8,4	115,6	6,4	177,0	4,3	175,0	3,7
Ostblockstaaten 2)	34,9	5,1	97,0	5,4	108,8	2,6	163,4	3,5
dar.: Polen	-	-	54,0	3,0	44,1	1,1	91,4	2,0
Tschechoslowakei	-	-	9,2	0,5	26,8	0,6	26,7	0,6
Portugal	0,8	0,1	24,0	1,3	121,1	3,0	106,0	2,3
Schweiz	16,0	2,3	25,5	1,4	26,2	0,6	29,7	0,6
Spanien	44,2	6,4	177,0	9,8	272,7	6,6	173,5	3,7
Türkei	6,7	1,0	172,4	9,5	1 027,8	25,0	1 580,7	33,9
Drüßige Europa	12,9	1,9	28,3	1,6	31,6	0,8	31,5	0,7
Afrika	7,8	1,1	22,6	1,3	69,3	1,7	124,0	2,7
dar.: Marokko	1,0	0,1	6,8	0,4	24,0	0,6	42,6	0,9
Tunesien	0,4	0,1	1,3	0,1	17,5	0,4	25,2	0,5
Amerika	20,0	2,9	65,8	3,6	101,0	2,5	120,2	2,6
dar.: Kanada	1,1	0,2	4,6	0,3	7,8	0,2	7,8	0,2
Vereinigte Staaten	14,6	2,1	48,1	2,7	72,4	1,8	80,3	1,7
Asien	20,2	2,9	62,7	3,5	113,9	2,8	254,5	5,5
dar.: Indien	2,8	0,4	7,1	0,4	11,7	0,3	28,3	0,6
Iran	6,2	0,9	15,5	0,9	19,6	0,5	32,2	0,7
Pakistan	0,3	0,0	1,4	0,1	3,3	0,1	24,4	0,5
Australien und Ozeanien	0,6	0,1	3,2	0,2	6,7	0,2	6,6	0,1
Staatenlos	72,3	10,5	35,2	1,9	30,7	0,7	33,9	0,7
Ungeklärt und ohne Angabe	30,6	4,5	39,4	2,2	25,6	0,6	20,1	0,4
Insgesamt	686,2	100	1 806,7	100	4 127,4 ¹⁾	100	4 666,9	100

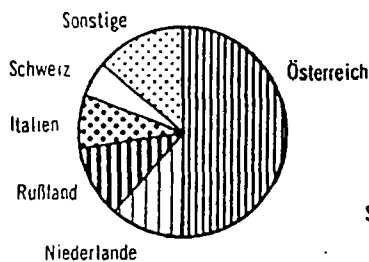
1. Ab 1.1.1981 Mitglied der EG.

2) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn.

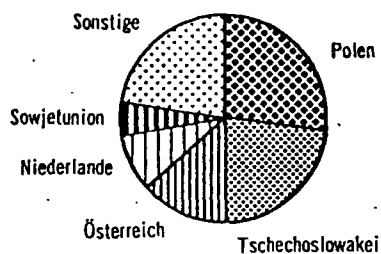
a) Einschl. 19 108 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgeführt werden konnten; die Verhältniszahlen beziehen sich auf 4 108 258 Personen.

AUßLÄNDER NACH DER STAATSANGEHÖRIGKEIT

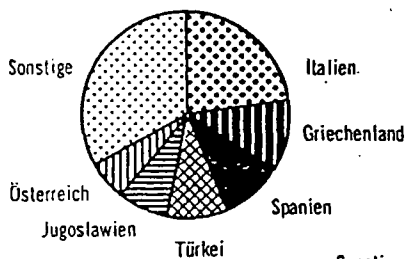
Deutsches Reich
1910
(1,260 Mill.)



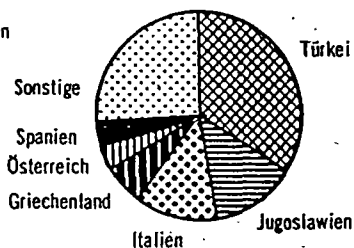
Deutsches Reich
1925
(957 000)



Bundesgebiet
1967
(1,807 Mill.)



Bundesgebiet
1982
(4,667 Mill.)

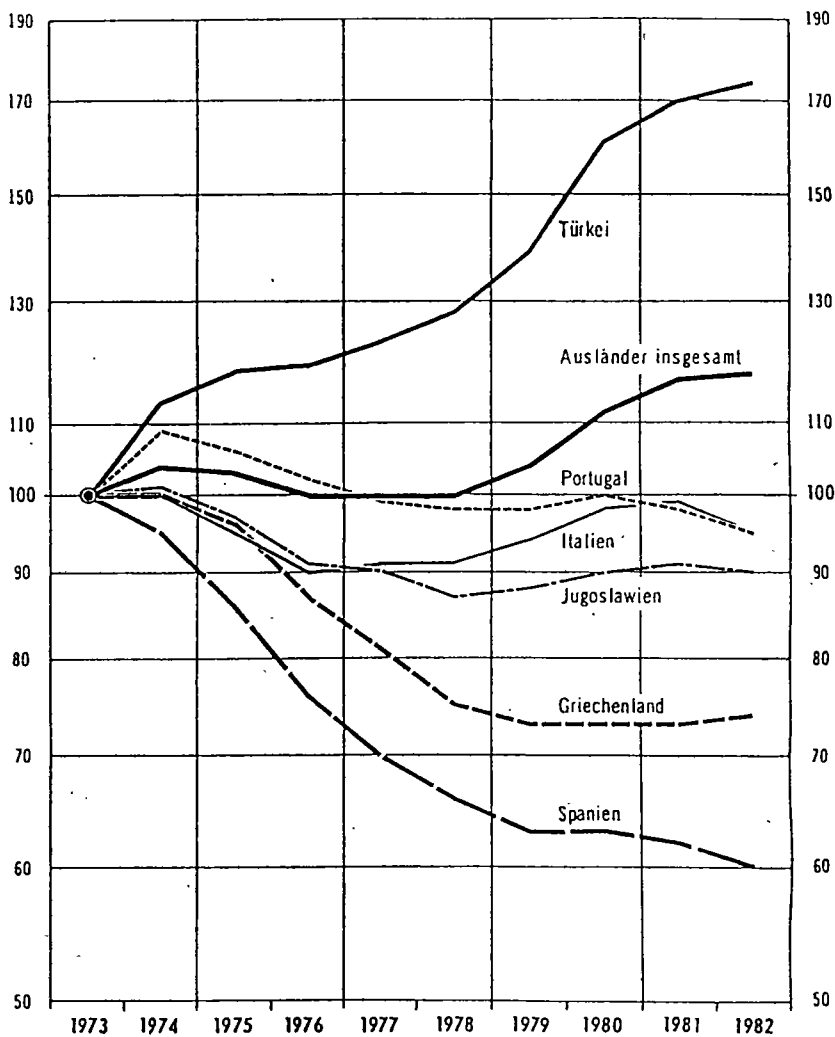


AUSLÄNDER INSGESAMT UND NACH DER STAATSANGEHÖRIGKEIT

1973 = 100

Log. Maßstab

Log. Maßstab



Statistisches Bundesamt 830782

1.6 Ausländer nach Alter und Familienstand

Wegen der erwerbsorientierten Zuwanderung unterscheidet sich der Altersaufbau der Ausländer im Bundesgebiet wesentlich von dem der deutschen Bevölkerung. Bei den bis 1973 angeworbenen ausländischen Arbeitnehmern handelt es sich größtenteils um Personen jüngeren und mittleren Alters, unter denen sich auch viele ledige Männer befanden. Hatten die Ausländer als Arbeitnehmer festen Fuß im Bundesgebiet gefaßt, ließen sie häufig Frau und Kinder nachkommen oder gründeten hier eine Familie. Zur Verbreiterung der Basis der Alterspyramide hat entscheidend auch die - im Vergleich zur deutschen Bevölkerung - zunächst sehr hohe Geburtenhäufigkeit der ausländischen Frauen beigetragen.

Der Altersaufbau der Ausländer im Bundesgebiet ist bis heute durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters und einen niedrigen Anteil älterer Menschen gekennzeichnet. Von den 1982 registrierten rund 4,7 Millionen Ausländern waren 24 % unter 15 Jahre alt, 74 % befanden sich im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), und nur 2 % waren 65 Jahre oder älter. Bei der deutschen Bevölkerung hingegen betrug die prozentuale Relation etwa 16 : 67 : 16.

Die Familienstandsgliederung der Ausländer zeigte 1982 folgendes Bild: 52 % waren ledig, 46 % verheiratet und 2 % verwitwet oder geschieden. Die Zahl der verheirateten ausländischen Männer war um rund 12 % höher als die Zahl der verheirateten Ausländerinnen gegenüber noch etwa 140 % im Jahr 1961. Diese Verringerung ist u.a. eine Folge des Familiennachzugs. In einigen Altersgruppen haben sich hinsichtlich der Familienstandsgliederung sowohl bei den männlichen als auch weiblichen Personen 1982 gegenüber 1961 - teilweise erhebliche - Veränderungen ergeben. So ist in der Altersgruppe der 15- bis unter 45jährigen Männer der Anteil der Ledigen 1982 im Vergleich zu 1961 gestiegen und derjenige der Verheirateten zurückgegangen. Bei den Ausländerinnen verhält es sich hingegen - hauptsächlich bedingt durch den Familiennachzug - umgekehrt. Hier waren die Verheirateten in allen Altersgruppen anteilmäßig 1982 erheblich stärker vertreten als 1961; so betrug die Zunahme der Verheiratetenquote beispielsweise bei den 55- bis unter 65jährigen Frauen 21 Prozentpunkte.

1.6 Ausländer nach Alter und Familienstand

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Davon							
			ledig		verheiratet		verwitwet oder geschieden			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1961										
Männlich										
unter 15	55,0	11,6	55,0	100	-	-	-	-	-	-
15 - 25	106,0	22,4	95,5	90,0	10,2	9,6	0,4	0,4	-	-
25 - 35	149,9	31,7	71,0	47,4	76,8	51,3	2,0	1,4	-	-
35 - 45	83,1	17,6	14,0	16,8	66,0	79,5	3,1	3,7	-	-
45 - 55	44,7	9,4	6,7	15,0	34,7	77,6	3,3	7,4	-	-
55 - 65	19,2	4,1	2,7	14,0	14,2	73,8	2,4	12,2	-	-
65 und mehr	14,9	3,1	2,7	18,2	8,4	56,2	3,8	25,6	-	-
Zusammen ...	472,7	100	247,5	52,4	210,2	44,5	15,0	3,2	-	-
Weiblich										
unter 15	52,4	24,5	52,4	100	-	-	-	-	-	-
15 - 25	40,5	19,0	31,2	77,0	9,1	22,5	0,2	0,5	-	-
25 - 35	36,1	16,9	9,4	26,1	25,2	69,7	1,5	4,2	-	-
35 - 45	33,8	15,8	4,2	12,4	26,1	77,2	3,5	10,4	-	-
45 - 55	20,1	9,4	2,4	12,0	14,0	70,1	3,6	17,9	-	-
55 - 65	14,7	6,9	1,9	13,1	8,1	55,0	4,7	32,0	-	-
65 und mehr	15,8	7,4	2,3	14,2	4,8	30,2	8,8	55,6	-	-
Zusammen ...	213,4	100	103,8	48,6	87,3	40,9	22,4	10,5	-	-
1982										
Männlich										
unter 15	602,3	22,2	602,3	100	-	-	-	-	-	-
15 - 25	426,1	15,7	387,4	90,9	38,2	9,0	0,4	0,1	-	-
25 - 35	559,6	20,7	323,2	57,8	229,2	41,0	7,1	1,3	-	-
35 - 45	617,7	22,8	166,6	27,0	439,8	71,2	11,3	1,8	-	-
45 - 55	341,7	12,6	37,0	10,8	296,5	86,8	8,2	2,4	-	-
55 - 65	112,2	4,1	10,5	9,4	96,1	85,6	5,6	5,0	-	-
65 und mehr	49,4	1,8	6,1	12,4	36,8	74,6	6,5	13,1	-	-
Zusammen ...	2 709,0	100	1 533,3	56,6	1 136,6	42,0	39,0	1,4	-	-
Weiblich										
unter 15	513,3	26,2	513,3	100	-	-	-	-	-	-
15 - 25	334,2	17,1	221,8	66,4	111,3	33,3	1,1	0,3	-	-
25 - 35	487,5	24,9	90,2	18,5	387,1	79,4	10,2	2,1	-	-
35 - 45	341,8	17,5	30,8	9,0	298,9	87,4	12,1	3,5	-	-
45 - 55	160,4	8,2	10,8	6,7	139,3	86,8	10,4	6,5	-	-
55 - 65	70,1	3,6	5,3	7,6	53,2	75,9	11,6	16,5	-	-
65 und mehr	50,5	2,6	5,1	10,1	23,6	46,6	21,9	43,2	-	-
Zusammen ...	1 957,9	100	877,4	44,8	1 013,3	51,8	67,2	3,4	-	-

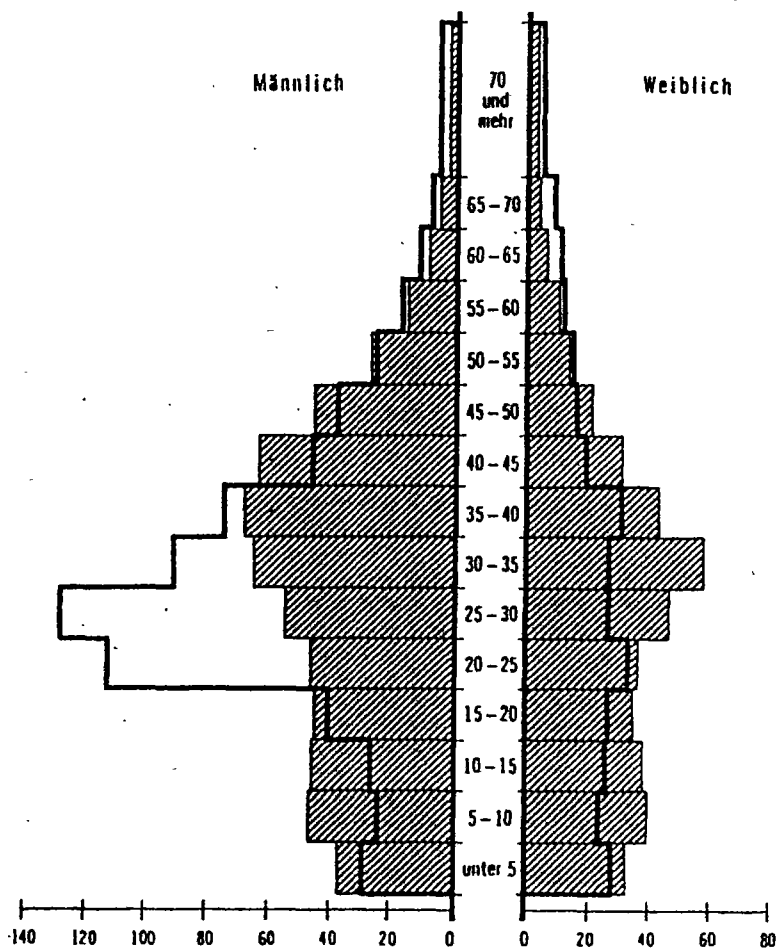
ALTERSAUFBAU DER AUSLÄNDER AM 6.6.1961 UND AM 30.9.1982

Gesamtzahl der Ausländer = 1000 -

□ 6.6.1961
(686 160)

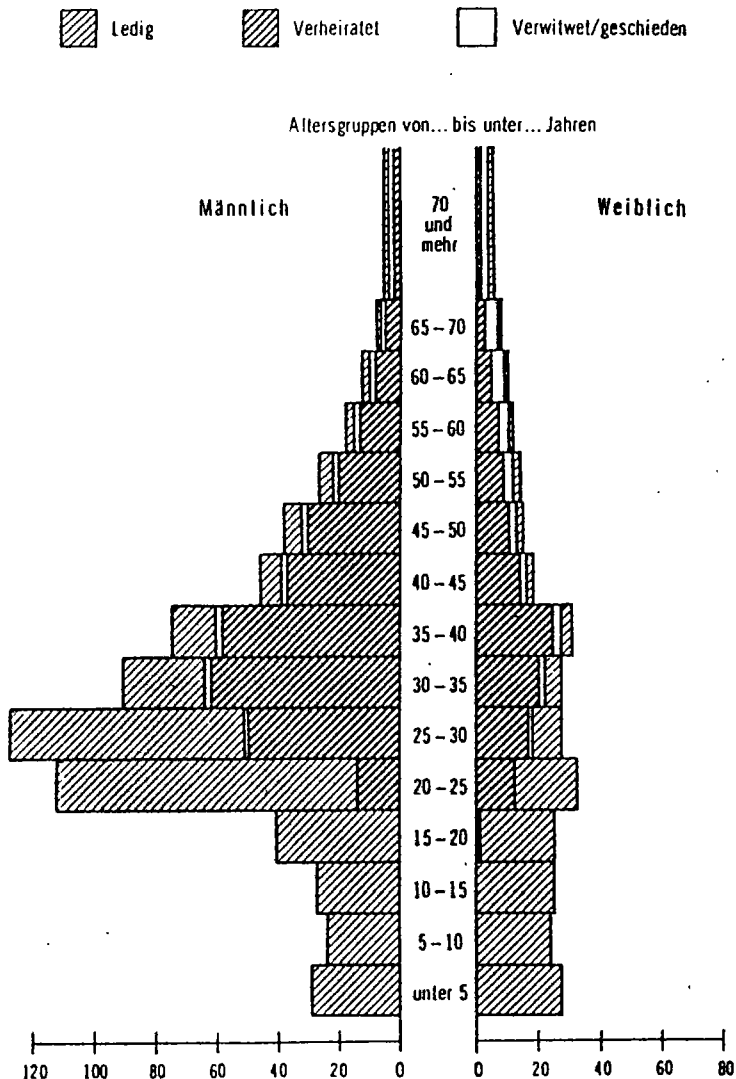
▨ 30.9.1982
(4 666 917)

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren



Statistisches Bundesamt 83 0784

ALTERSAUFBAU UND FAMILIENSTANDSGLIEDERUNG DER AUSLÄNDER AM 6.6.1961
Gesamtzahl der Ausländer = 1000



Statistisches Bundesamt 83 0785

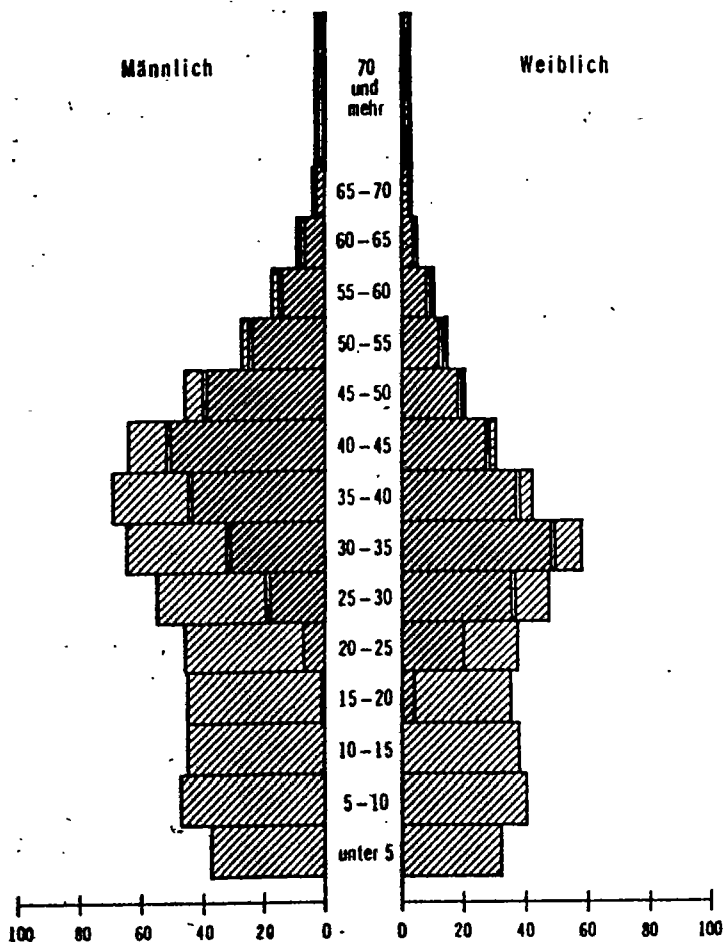
ALTERSAUFBAU UND FAMILIENSTANDSGLIEDERUNG DER AUSLÄNDER AM 30.9.1982 Gesamtzahl der Ausländer = 1000

 Ledig

 Verheiratet

 Verwitwet/geschieden

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren



Statistisches Bundesamt 83 0786

1.7 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Altersgruppen

Erhebliche Unterschiede im Altersaufbau bestehen aber nicht nur zwischen Deutschen und Ausländern, sondern auch zwischen den einzelnen Nationalitäten. Während 1982 von allen Ausländern 24 % unter 15 Jahre alt waren, befanden sich von den Türken 34, von den Jugoslawen hingegen 22 % und von den Niederländern und Schweizern sogar nur 10 bzw. 8 % in diesem Alter. Hervorzuheben ist der Anteil der unter 6jährigen Kinder bei den Türken; mit 12 % war er mehr als doppelt so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung. Von den Niederländern und Schweizern gehörten jeweils nur 2 % dieser Altersgruppe an; dafür gab es unter den Angehörigen dieser beiden Staaten mit 13 bzw. 12 % anteilmäßig erheblich mehr Personen im Alter von 65 und mehr Jahren als unter den Ausländern insgesamt (2 %).

Durch den Nachzug von Kindern und die zunächst sehr hohe Geburtenhäufigkeit ist der Anteil der unter 15jährigen an den Staatsangehörigen aus den früheren Anwerbeländern im Zeitraum 1961/82 beträchtlich gestiegen. So hat er sich beispielsweise bei den Griechen mehr als vervierfacht, bei den Türken nahezu vervierfacht und bei den Spaniern verdreifacht.

1.7 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Altersgruppen

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 15		15 - 65		65 und mehr	
		zusammen		dar. unter 6			
	1 000	± ¹⁾	1 000	± ¹⁾	1 000	± ¹⁾	1 000

1961

Ausländer insgesamt	686,2	107,4	15,6	45,6	6,6	548,1	79,9	30,7	4,5
darunter:									
Belgien	6,5	1,4	22,3	0,7	10,4	4,6	78,5	0,5	7,1
Dänemark	3,7	0,6	16,8	0,3	7,2	2,6	71,5	0,4	11,6
Frankreich	20,1	5,5	27,2	2,0	10,1	13,6	67,7	1,0	5,1
Griechenland	42,1	2,5	6,0	1,4	3,3	39,0	92,8	0,5	1,3
Großbritannien u. Nordirland	9,1	2,4	26,3	1,1	11,9	6,2	68,8	0,5	5,0
Italien	196,7	11,4	5,0	5,7	2,9	182,0	92,6	3,3	1,7
Jugoslawien	16,4	2,2	13,1	0,9	5,3	13,0	84,0	0,5	2,0
Niederlande	65,4	15,0	24,2	6,3	9,7	44,4	67,8	5,2	0,0
Norwegen	2,2	0,3	11,6	0,2	7,2	1,9	84,5	0,1	3,9
Österreich	57,3	10,8	10,0	5,1	8,9	43,7	76,2	2,8	4,9
Portugal	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schweden	2,1	0,3	15,9	0,2	8,0	1,5	74,9	0,2	9,1
Schweiz	16,0	3,1	19,5	1,4	8,6	10,0	67,6	2,1	12,9
Spanien	44,2	2,9	6,6	1,9	4,2	40,7	92,1	0,6	1,3
Türkei	6,7	0,6	9,3	0,4	6,2	6,0	89,0	0,1	0,9
Vereinigte Staaten ...	14,6	3,0	26,4	2,2	14,9	8,3	56,8	2,5	16,0

1962

Ausländer insgesamt	4 666,9	1 115,6	23,9	400,0	0,6	3 451,3	73,9	99,9	2,1
darunter:									
Belgien	17,0	1,8	10,1	0,5	2,0	14,6	81,7	1,5	0,3
Dänemark	12,7	1,3	10,6	0,4	3,0	10,6	83,5	0,9	5,7
Frankreich	72,9	7,2	9,0	2,1	2,9	62,2	85,3	3,6	4,9
Griechenland	380,0	75,3	25,0	21,2	7,0	222,6	74,0	2,9	1,0
Großbritannien u. Nordirland	90,6	9,9	10,9	3,2	3,6	78,5	86,7	2,3	2,5
Italien	601,6	131,4	21,0	51,0	0,5	460,7	76,6	9,5	1,6
Jugoslawien	631,7	138,1	21,0	53,1	0,4	409,0	77,5	4,6	0,7
Niederlande	109,0	10,6	9,6	2,0	1,8	83,9	77,1	14,5	13,3
Norwegen	4,9	0,5	11,0	0,1	2,4	4,2	85,6	0,2	3,3
Österreich	175,0	19,9	11,5	4,1	2,4	146,0	83,2	9,1	5,2
Portugal	196,0	26,8	25,3	8,0	7,5	78,0	74,4	0,5	0,4
Schweden	10,4	1,1	10,5	0,3	3,2	8,6	82,3	0,7	7,2
Schweiz	29,7	2,4	0,3	0,6	1,9	23,6	79,4	3,7	12,3
Spanien	173,5	34,7	19,9	10,1	5,8	136,9	79,0	1,9	1,1
Türkei	1 580,7	540,7	34,2	194,9	12,3	1 036,2	65,4	3,0	0,2
Vereinigte Staaten ...	80,3	10,7	13,4	2,2	2,0	59,6	74,3	10,0	12,4

1) Jeweils von der Spalte "Insgesamt".

1.8 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Familienstand

Auch die Familienstandsgliederung der einzelnen Nationalitäten weist charakteristische Unterschiede auf. So gab es 1982 anteilmäßig weit- aus mehr Verheiratete als im Bundesdurchschnitt (46 %) bei den Niederländern (56 %), Jugoslawen (54 %), Belgiern und Schweden (jeweils 53 %). Von den Italienern wiederum waren 57 % ledig gegenüber 52 % bei allen Ausländern. Der Familiennachzug hat im Zeitraum 1961 bis 1982 nicht nur die Altersstruktur, sondern auch die Familienstandsgliederung einzelner Nationalitäten verändert. So erhöhte sich der Anteil der Verheirateten beispielsweise bei den Türken von 29 auf 44 % und bei den Griechen von 40 auf 48 %.

1. 8 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Familienstand

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Ledig		Verheiratet		Verwitwet oder Geschieden	
	1 000	± ¹⁾		1 000	± ¹⁾		1 000 ± ¹⁾

1961

Ausländer insgesamt	686,2	351,3	51,2	297,5	43,4	37,3	5,4
darunter:							
Belgien	6,5	2,8	43,3	3,0	46,4	0,7	10,3
Dänemark	3,7	1,8	48,3	1,5	41,8	0,4	9,9
Frankreich	29,1	9,9	49,3	8,6	42,7	1,6	8,0
Griechenland	42,1	24,4	58,0	16,8	29,8	0,9	2,2
Großbritannien u. Nordirland	9,1	4,3	47,6	4,1	44,8	0,7	7,7
Italien	196,7	99,2	50,4	93,9	47,7	3,6	1,8
Jugoslawien	16,4	7,4	44,8	8,8	48,7	1,1	6,5
Niederlande	65,4	29,9	45,7	30,9	47,3	4,6	7,0
Norwegen	2,2	1,4	64,5	0,7	21,5	8,1	4,0
Österreich	67,3	31,5	55,0	21,5	37,4	4,4	7,6
Portugal							
Schweden	2,1	1,0	48,5	0,9	42,3	0,2	9,2
Schweiz	16,8	7,2	45,4	6,9	43,2	1,8	11,4
Spanien	44,2	23,4	53,0	20,1	45,4	0,7	1,6
Türkei	6,7	4,6	68,6	1,9	28,6	0,2	2,8
Vereinigete Staaten	14,6	7,1	48,7	6,8	40,9	1,5	10,3

1962

Ausländer insgesamt	4 646,9	2 410,7	51,7	2 150,0	46,1	106,3	2,3
darunter:							
Belgien	17,8	7,2	40,6	9,4	52,6	1,2	6,8
Dänemark	12,7	5,5	43,4	6,4	50,8	0,7	5,8
Frankreich	72,9	38,2	52,4	30,8	42,2	3,9	5,4
Griechenland	300,8	151,1	50,2	145,3	48,3	4,4	1,5
Großbritannien u. Nordirland	90,6	48,8	53,9	37,8	41,7	3,9	4,4
Italien	681,6	341,4	56,7	253,2	42,1	7,8	1,2
Jugoslawien	631,7	276,5	43,7	334,7	53,5	16,5	2,6
Niederlande	189,0	41,8	38,4	60,6	55,6	6,5	6,0
Norwegen	4,9	2,6	53,1	2,1	43,2	0,2	3,7
Österreich	175,8	85,3	48,7	88,2	45,8	9,5	5,4
Portugal	186,0	50,8	47,9	54,3	51,3	0,9	0,8
Schweden	18,4	4,4	42,3	5,5	52,5	8,5	5,3
Schweiz	29,7	12,8	43,1	15,0	50,6	1,9	5,4
Spanien	173,5	92,1	53,1	79,4	45,8	2,0	1,1
Türkei	1 580,7	869,6	55,0	695,7	44,0	15,3	1,0
Vereinigete Staaten	80,3	39,9	49,7	33,9	42,3	6,5	8,1

1) Jeweils von der Spalte "Insgesamt".

1.9 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet

Ein wichtiger Indikator, der auf den Grad der Integration der Ausländer oder ihrer Anpassungsfähigkeit schließen läßt, ist die Aufenthaltsdauer. Holen ausländische Arbeitnehmer ihre Familienangehörigen nach, so dürfte dies in den meisten Fällen bedeuten, daß sie für eine längere Zeit oder sogar für immer in der Bundesrepublik bleiben möchten. Die Zahlen über die Entwicklung der Aufenthaltsdauer bestätigen diese Vermutung. Von den 1982 registrierten rd. 4,7 Mill. Ausländern waren 32 % weniger als 6 Jahre im Bundesgebiet, und rd. 21 % hatten einen Aufenthalt von 6 bis unter 10 Jahren. Etwa 2,2 Mill. oder 48 % aller Ausländer hielten sich 10 Jahre oder länger im Bundesgebiet auf. 1974 hatte dieser Anteil nur 18 % betragen. Für 1982 ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Ausländer in der Bundesrepublik von knapp 10 Jahren. 1981 hatte sie 9 1/2 Jahre und 1980 9 Jahre betragen.

Auch hinsichtlich der Verweildauer gibt es zahlreiche nationalitätenspezifische Unterschiede. So hielten sich 1982 beispielsweise 73 % der Niederländer, 64 % der Österreicher und 63 % der Schweizer bereits seit mindestens 10 Jahren im Bundesgebiet auf. Bei den Österreichern und Schweizern hängt dies hauptsächlich mit der gleichen Sprache, den vielen verwandtschaftlichen Beziehungen und den engen Verflechtungen über die Grenzen hinweg zusammen. Der hohe Prozentsatz bei den Niederländern hat ähnliche Gründe. Bei den Staatsangehörigen der früheren Anwerbeländer hingegen hängt die Dauer des Aufenthalts wesentlich von dem Zeitpunkt des Abschlusses von Anwerbevereinbarungen zusammen. Die Italiener, Spanier und Griechen haben deshalb erwartungsgemäß eine längere Verweildauer als die Jugoslawen und Türken, die erst Ende der 60er Jahre in verstärktem Maße zur Arbeitsaufnahme in das Bundesgebiet gekommen sind.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß die Aufenthaltsdauer ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet ermittelt wird. Die in diesem Abschnitt genannten Zahlen können also keinen Aufschluß darüber geben, wie viele Ausländer sich seit ihrer ersten Einreise ununterbrochen in der Bundesrepublik aufhalten.

1.9 Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer
(in Bundesgebiet *)
1 000

Staatsangehörigkeit	Davon Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren					
	Insgesamt	unter 1	1 - 6	6 - 8	8 - 10	10 und mehr
1974						
Ausländer insgesamt	3 067,9	302,4	2 311,1	305,7	259,4	689,4
darunter:						
Belgien	14,3	0,9	5,3	1,1	0,9	6,1
Frankreich	56,3	5,6	27,4	4,0	3,0	15,5
Griechenland	379,9	16,1	211,4	33,5	30,5	80,3
Großbritannien und Nordirland	49,3	7,3	26,0	3,8	2,5	9,7
Italien	599,6	39,0	296,0	75,9	53,0	134,9
Jugoslawien	644,9	39,4	487,2	46,5	28,0	43,0
Niederlande	180,7	8,0	26,7	6,5	5,6	64,9
Österreich	143,8	8,3	62,2	11,5	10,7	51,0
Ostblockstaaten 1)	23,8	9,4	39,5	5,3	2,3	42,8
dar.: Polen	41,9	3,7	7,3	0,9	0,0	29,2
Tschechoslowakei	23,8	1,0	17,0	2,9	0,3	2,6
Portugal	128,6	13,0	85,9	6,9	18,0	4,8
Schweiz	24,5	1,6	7,7	1,0	1,2	12,2
Spanien	267,9	12,2	143,1	21,6	27,4	63,5
Türkei	991,7	102,9	715,1	58,6	55,6	59,5
Marokko	23,7	1,8	14,9	0,9	1,1	5,1
Tunesien	16,4	2,0	12,9	0,6	0,3	0,6
Vereinigte Staaten	65,3	7,0	35,4	7,0	4,2	11,8
Indien	11,1	1,6	5,5	1,0	0,9	2,1
Iran	10,0	1,5	7,3	1,9	1,5	5,8
Japan	9,6	2,1	6,2	0,6	0,3	0,4
Jordanien	12,2	2,3	5,7	0,9	0,6	2,7
Korea, Republik	12,8	2,4	0,6	0,7	0,7	0,4
Pakistan	2,9	0,6	1,6	0,2	0,1	0,4
1982						
Ausländer insgesamt	4 666,9	209,1	1 289,2	362,0	594,1	2 212,5
darunter:						
Belgien	17,8	1,0	4,4	1,2	1,4	9,0
Frankreich	72,9	6,0	23,0	5,7	6,0	32,4
Griechenland	300,8	6,9	40,0	19,0	28,7	206,2
Großbritannien und Nordirland	90,6	8,8	38,5	7,7	8,0	26,0
Italien	601,6	21,1	140,7	36,2	58,0	337,6
Jugoslawien	631,7	12,6	101,7	39,7	89,7	387,9
Niederlande	109,9	3,1	14,3	4,7	7,0	79,9
Österreich	175,0	6,2	32,0	8,6	15,8	112,5
Ostblockstaaten 1)	163,4	27,4	65,8	7,8	7,6	54,8
dar.: Polen	91,4	10,4	39,7	3,1	2,6	27,5
Tschechoslowakei	26,7	3,1	8,0	1,4	1,3	12,1
Portugal	106,0	1,0	17,1	11,5	26,0	48,0
Schweiz	29,7	1,3	6,0	1,0	2,0	18,6
Spanien	173,5	2,5	16,1	8,5	18,0	127,7
Türkei	1 580,7	52,2	514,6	164,2	275,3	574,4
Marokko	42,6	3,0	16,1	3,0	5,2	15,3
Tunesien	25,2	1,6	8,8	2,1	3,1	9,6
Vereinigte Staaten	80,3	6,8	23,8	6,5	7,7	35,5
Indien	20,3	3,0	16,9	1,7	1,9	4,0
Iran	32,2	1,6	15,5	2,2	2,1	10,8
Japan	16,1	2,0	7,9	1,4	1,2	2,9
Jordanien	12,9	0,6	4,0	1,3	1,6	5,5
Korea, Republik	15,7	1,6	6,3	1,7	2,2	4,0
Pakistan	24,4	2,3	17,8	2,3	0,7	1,3

*) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen als Differenz zwischen Anzählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet. Ein Ausländer, der beispielsweise vom 1.1.1972 bis zum 31.12.1976 im Bundesgebiet wohnte und ab 1.1.1981 seinen Wohnsitz

erneut im Geltungsbereich des Ausländergesetzes hat, hielt sich am 30.9.1982 zehn bis unter elf Jahre im Bundesgebiet auf.

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn.

1.10 Modellrechnung zur Entwicklung der Ausländer bis zum Jahre 2000

Für ausländerpolitische Überlegungen ist es außerordentlich wichtig zu wissen, wie sich die Zahl der Ausländer im Bundesgebiet voraussichtlich weiterentwickeln wird. Eine Vorausschätzung der ausländischen Bevölkerung ist mit größeren Unsicherheitsfaktoren belastet als eine Vorausschätzung der deutschen Bevölkerung. Die Unsicherheitsfaktoren liegen dabei in erster Linie bei der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit. Im einzelnen geht es dabei um das Maß und die Geschwindigkeit einer Angleichung an die Verhältnisse der deutschen Bevölkerung. Zum anderen spielt die Frage der Entwicklung der Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets eine entscheidende Rolle. Wichtig ist dabei nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Struktur der Wanderungsbewegung der Ausländer. Darüber hinaus ist die Entwicklung der Wanderungen der Ausländer von starken Schwankungen gekennzeichnet. Nach Erlass des Anwerbestopps im Jahre 1973 war bis zum Jahre 1976 ein Abwanderungsüberschuß registriert worden, der dann aber wieder in einen Zuwanderungsüberschuß, allerdings von sehr unterschiedlicher Höhe, umschlug. So betrug der positive Wanderungssaldo beispielsweise 1978 50 000 und 1980 246 000 Personen; 1981 ging er auf 86 000 zurück, und für 1982 ist erstmals wieder ein Abwanderungsüberschuß zu verzeichnen.

Für eine vom Statistischen Bundesamt im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Modellrechnung wurde ein jährlicher Zuwanderungsüberschuß von 55 000 - für die Jahre 1988 bis 1992 sogar von 85 000 - Ausländern ausgegangen. Hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit wurde eine gewisse Angleichung an die deutschen Verhältnisse vorausgesetzt. Unter diesen Annahmen würde die Zahl der Ausländer von 4,7 Mill. im Jahr 1982 auf 7,0 Mill. im Jahr 2000 steigen. (Läßt man in der Modellrechnung die Wanderungen von Ausländern über die Grenzen des Bundesgebiets ab 1983 unberücksichtigt, dann würde deren Zahl bis zum Jahr 2000 auf 5,7 Mill. steigen.) Der Anteil der älteren Personen unter den Ausländern würde in diesem Zeitraum von 2 auf 5 % steigen, damit aber noch immer erheblich unter dem Anteil der 65jährigen und älteren Personen bei der deutschen Bevölkerung (17 %) liegen. Hinsichtlich des Anteils der unter 15jährigen Ausländer wäre ein Rückgang von 27 auf 20 % zu verzeichnen.

Wie die Entwicklung der Wanderungsbilanz der Ausländer seit 1976 zeigt, ist die künftige Wanderungsbewegung dieses Personenkreises kaum abschätzbar. Auf das Wanderungsverhalten der Ausländer kann zwar durch die Ausländerpolitik eingewirkt werden. Die Einwirkungsmöglichkeiten sind jedoch wegen der Freizügigkeitsbestimmungen im Bereich der EG und aus humanitären Gründen begrenzt. Eine entscheidende Rolle spielt schließlich auch die künftige wirtschaftliche Entwicklung sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Herkunftsgebieten der Ausländer.

1.10 Modellrechnung zur Entwicklung der Ausländer
bis zum Jahre 2000

Jahr	Ausländer insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 15		15 - 65		65 und älter	
	1 000	1 000	%	1 000	%	1 000	%

Ausländer mit Wanderungen

1982	4 741	1 284	27	3 346	71	112	2
1984	4 985	1 314	27	3 555	71	116	2
1986	5 223	1 326	25	3 768	72	130	3
1988	5 457	1 320	24	3 991	73	147	3
1990	5 747	1 319	23	4 263	74	166	3
1992	6 037	1 323	22	4 525	75	189	3
1994	6 303	1 346	21	4 742	75	215	4
1996	6 540	1 367	21	4 924	75	248	4
1998	6 774	1 397	21	5 091	75	287	4
2000	7 003	1 428	20	5 238	75	338	5

Ausländer ohne Wanderungen (ab 1983)

2000	5 713	1 106	19	4 269	75	339	6
------	-------	-------	----	-------	----	-----	---

zum Vergleich: die deutsche Bevölkerung

2000	52 140	7 863	15	35 618	68	8 659	17
------	--------	-------	----	--------	----	-------	----

Ausgangswerte: Fortgeschriebene Bevölkerung am 1.1.1980;
einmalige Nettozuwanderung 1980: 312 000 Personen.
Geburtenhäufigkeit: 1979, Sterblichkeitsniveau 1976 - 78.

Annahmen: Rückgang der Nettofortpflanzungsrate von 0,937 um 10 % bis zum Jahr 2000.
Anpassung des Sterblichkeitsniveaus an das der deutschen Bevölkerung
bis zum Jahr 1990.
Jährliche Zuwanderung 55 000, von 1988 - 1992 85 000 Personen.

2 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

2.1 Eheschließungen von Ausländern

Im Jahr 1960 wurden in der Bundesrepublik rd. 521 000 Eheschließungen registriert; Ausländer waren nur an jeder 25. Heirat beteiligt. In drei von vier dieser Ehen von oder mit Ausländern heirateten seinerzeit deutsche Frauen einen ausländischen Mann. Die Zahl der Ehen, in denen beide Partner Ausländer sind, war damals noch sehr klein.

Bereits 10 Jahre später hatte sich das Bild etwas verschoben. Absolut gesehen waren die Eheschließungen von Ausländern um etwa die Hälfte angestiegen; der Anteil an allen Eheschließungen hatte sich auf über 7 % erhöht. Nur noch in 44 % der Fälle handelte es sich um die Heirat einer deutschen Frau mit einem Ausländer. Der Anteil der deutschen Männer, die eine Ausländerin heirateten, hatte sich auf über 30 % erhöht und die Zahl der reinen Ausländerehen 1970 gegenüber 1960 verfünffacht.

Zwischen 1970 und 1981 hat sich die absolute Zahl der Eheschließungen unter Beteiligung von Ausländern in nur geringem Maße von 33 000 auf 38 000 erhöht. Wegen der Verringerung der Gesamtzahl der Eheschließungen ist ihr Anteil auf nunmehr fast 11 % gestiegen. In mehr als der Hälfte der Fälle - das sind also rd. 19 000 - haben deutsche Frauen einen ausländischen Mann geheiratet; dies ist die absolut höchste Zahl seit 20 Jahren.

2.2 Eheschließungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Ehepartner

Von allen deutschen Frauen, die einen Ausländer heirateten, schlossen 1960 39 % mit einem US-Amerikaner die Ehe, 1981 hingegen nur noch 11 %. Dagegen stieg der Anteil der Eheschließungen zwischen einer deutschen Frau und einem Türken von 0,5 % (1960) auf 20 % (1981). Den zweiten Platz nach den Türken nehmen 1981 die Italiener ein, gefolgt von den US-Amerikanern, Österreichern, Engländern, Jugoslawen, Holländern und Franzosen. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist zu berücksichtigen, daß Türken durch Heirat mit einer deutschen Frau das Recht erwerben können, trotz Anwerbestopps in die Bundesrepublik einzureisen.

Deutsche Männer, die eine Ausländerin heirateten, schlossen 1960 hauptsächlich mit einer Österreicherin die Ehe. Später nahmen die Jugoslawinnen den ersten Platz ein.

Die Unterschiede in der Rangfolge lassen jedoch nicht ohne weiteres Schlüsse auf die Bevorzugung bestimmter Nationalitäten zu. Die Häufigkeit der Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern bestimmter Nationalität und bestimmten Geschlechts wird wesentlich von der jeweiligen Anzahl der Ledigen, Verwitweten oder Geschiedenen unter den Angehörigen der im Bundesgebiet vertretenen Nationalitäten beeinflußt.

Verglichen mit den Ehen zwischen Ausländern und Deutschen spielen die reinen Ausländerheiraten zahlenmäßig eine geringere Rolle. 1960 wurden 1 625 Fälle registriert; das waren lediglich knapp 8 % aller Eheschließungen von oder mit Ausländern. 1981 betrug dieser Anteil 23 %. Bei den Eheschließungen ausländischer Paare standen 1960 die US-Amerikaner, 1981 hingegen die Türken an der Spitze, gefolgt von den Italienern.

2.1 Eheschließungen von Ausländern

Jahr	Eheschließungen			
	Insgesamt	davon		
		beide Ehepartner Ausländer	Frau Deutsche Mann Ausländer	Mann Deutscher Frau Ausländerin
1960	21 083	1 625	15 600	3 858
1961	34 390	7 694	16 933	9 763
1962	30 162	5 739	15 121	9 302
1963	32 024	6 576	14 795	10 653
1964	32 996	8 199	14 645	10 152
1965	35 002	9 409	14 565	11 028
1966	34 927	9 384	14 700	10 843
1967	34 318	9 821	14 578	10 719
1968	33 946	8 399	14 701	10 846
1969	34 563	7 469	16 054	11 040
1970	31 884	6 162	15 552	10 170
1971	31 349	6 088	15 680	9 661
1972	29 181	5 760	14 875	8 666
1973	30 918	5 895	16 246	8 777
1974	35 385	7 324	18 927	9 084
1975	38 062	8 955	19 427	9 680

2.2 Eheschließungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Ehepartner

Jahr	Insgesamt	Frankreich	Großbritannien und Nordirland	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Österreich	Türkei	Verein. Staaten von Amerika
------	-----------	------------	-------------------------------	---------	-------------	-------------	------------	--------	-----------------------------

Deutsche Frau mit Mann obenstehender Staatsangehörigkeit

1960	11 231	567	708	1 215	331	1 086	1 191	71	5 062
1965	13 408	826	637	2 468	532	1 244	1 941	471	5 289
1970	10 616	914	586	2 277	629	1 182	1 783	404	2 841
1975	10 816	785	654	2 559	1 288	968	1 722	605	2 235
1980	12 788	680	975	2 301	958	863	1 208	3 339	2 472
1981	13 069	667	1 031	2 185	988	806	1 230	3 982	2 180

Deutscher Mann mit Frau obenstehender Staatsangehörigkeit

1960	2 637	235	99	239	126	742	1 087	12	97
1965	8 174	522	186	473	457	1 462	1 865	55	154
1970	6 619	773	346	457	1 739	1 257	1 568	182	297
1975	6 801	755	398	531	2 014	937	1 424	359	391
1980	4 958	606	381	487	1 204	568	969	426	317
1981	5 048	550	334	546	1 142	560	1 028	527	361

Beide Ehepartner mit gemeinsamer obenstehender Staatsangehörigkeit

1960	784	3	2	70	65	37	85	-	522
1965	1 686	5	3	414	323	40	130	2	769
1970	3 268	28	15	622	1 363	67	150	170	853
1975	3 427	19	42	874	923	47	80	801	641
1980	4 376	20	44	953	516	34	61	2 417	331
1981	5 652	32	54	963	479	30	57	3 744	293

2.3 Lebendgeborene mit ausländischem Vater und/oder Mutter sowie gestorbene Ausländer

Im Jahr 1960 hatten von 968 629 Lebendgeborenen insgesamt nur 12 308 oder 1,3 % einen ausländischen Vater und/oder eine ausländische Mutter. Bis 1975 stieg diese Zahl auf 118 665 oder 20 % an. In den Jahren 1976 bis 1978 war ein Rückgang zu verzeichnen, der hauptsächlich auf der Abwanderung von Ausländern beruhte. Seit 1979 steigt die Zahl der Lebendgeborenen mit ausländischem Vater und/oder ausländischer Mutter wieder. 1981 betrug sie 109 776; das waren 17,6 % aller Lebendgeborenen. Zu beachten ist aber, daß seit 1. Januar 1975 nur ehelich geborene Kinder, bei denen beide Elternteile Ausländer sind, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Die Staatsangehörigkeit eines nichtehelich geborenen Kindes richtet sich nach der Nationalität der Mutter. Die Zahl der Kinder, bei denen beide Elternteile Ausländer waren, stieg von 3 803 im Jahr 1960 auf 75 890 im Jahr 1981. Das entspricht nahezu einer Verzwanzigfachung in 21 Jahren. Dagegen hat sich die Zahl der nichtehelichen Ausländergeburten im gleichen Zeitraum "nur" knapp versechsfacht.

Wegen der geringen Anzahl älterer Personen unter den Ausländern und der überdurchschnittlich hohen Zahl von Müttern im gebärfähigen Alter (verbunden mit relativ hoher Geburtenhäufigkeit) ist die Zahl der gestorbenen Ausländer wesentlich niedriger als die Zahl der Lebendgeborenen. 1981 wurden 8 529 Sterbefälle von ausländischen Staatsangehörigen im Bundesgebiet registriert gegenüber 3 593 im Jahr 1960. Die Zahl der gestorbenen Ausländer hat sich somit innerhalb von 21 Jahren wenig mehr als verdoppelt.

2.4 Ehelich Lebendgeborene nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Eltern

Im Jahr 1981 hatten in 67 275 Fällen die Eltern der ehelich Lebendgeborenen die gleiche ausländische Staatsangehörigkeit. Von diesen 67 275 Lebendgeborenen waren 39 628 Türkenkinder. Sie machten damit einen Anteil von knapp 59 % aus. (1961 waren im Bundesgebiet nur 46 Kinder türkischer Eltern geboren worden.) Neben den Türken spielt nur die Zahl der in italienischen und jugoslawischen Ehen geborenen Kinder eine nennenswerte Rolle.

Von 1975 bis 1981 ist die Zahl der Lebendgeborenen, die einen deutschen Vater und eine ausländische Mutter hatten, um 16 % gestiegen. Bei dieser Gruppe waren es vier Nationalitäten von Müttern - Österreich, Jugoslawien, Niederlande und Frankreich -, auf die rd. 40 % aller Lebendgeborenen entfielen.

Viel stärker gestiegen, und zwar um 44 %, ist zwischen 1975 und 1981 die Zahl der Lebendgeborenen von deutschen Müttern, die mit einem Ausländer verheiratet sind. Hier entfallen auf sechs Nationalitäten - Italien, Österreich, Türkei, Vereinigte Staaten, Jugoslawien und Niederlande - 58 % aller Lebendgeborenen dieser Gruppe.

Die Geburtenzahl einer Bevölkerung ist abhängig von der Größe der Bevölkerung, ihrem Altersaufbau und von der altersspezifischen Geburtenhäufigkeit. Bei der ausländischen Bevölkerung im Bundesgebiet ist - wie bereits dargelegt wurde - der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter bzw. - für Frauen - im gebärfähigen Alter größer und derjenige älterer Personen wesentlich geringer als bei der deutschen Bevölkerung. Die Einflüsse der unterschiedlichen Altersstruktur können ausgeschaltet werden, wenn man für Deutsche und Ausländer getrennt altersspezifische Geburtenziffern (Lebendgeborene von Müttern eines bestimmten Alters je 1 000 Frauen gleichen Alters) berechnet. Die Addition der einzelnen Ziffern ergibt die sog. "zusammengefaßte Geburtenziffer". Danach würden bei Fortdauer des im Jahr 1981 beobachteten generativen Verhaltens und ohne Berücksichtigung der Sterblichkeit 1 000 deutsche Frauen während ihres Lebens im Durchschnitt 1 359 Kinder, 1 000 ausländische Frauen im Bundesgebiet dagegen 2 278 und 1 000 türkische Frauen sogar 3 485 Kinder lebend zur Welt bringen. Dabei sind natürlich

jene Kinder, n i c h t miteinbezogen, die ausländische Frauen im Ausland geboren und später mit in die Bundesrepublik gebracht haben.

Staatsangehörigkeit der Mutter	Zusammengefaßte Geburtenziffer		
	1975	1978	1981
Deutsch	1 339	1 303	1 359
Ausländisch	2 643	2 326	2 278
darunter:			
Türkisch	4 302	3 664	3 485
Italienisch	2 336	2 001	1 996
Griechisch	2 837	2 094	1 752
Jugoslawisch	2 146	2 015	1 905
Portugiesisch	2 212	1 698	1 706
Spanisch	2 000	1 789	1 609

Ein Vergleich der zusammengefaßten Geburtenziffer im Zeitablauf für Deutsche, Ausländer insgesamt und die früheren Anwerbeländer zeigt - unterstellt man, daß man aus einem Beobachtungszeitraum von 6 Jahren auf mögliche langfristige Entwicklungen schließen kann -, daß tendenziell mit einer gewissen Angleichung des generativen Verhaltens ausländischer Frauen an die Gewohnheiten deutscher Frauen gerechnet werden kann. Bei der im Bundesgebiet am stärksten vertretenen Nationalitätengruppen, den Türken, ist der Abstand zum generativen Verhalten der deutschen Bevölkerung allerdings nach wie vor sehr groß.

2.3 Lebendgeborene mit ausländischem Vater und/oder Mutter sowie gestorbene Ausländer

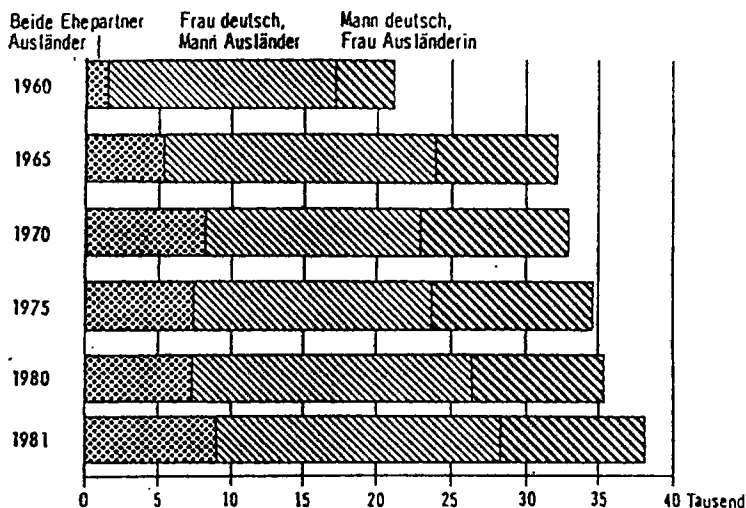
Jahr	Lebendgeborene						Gestorbene 2)
	insgesamt	ehelich			nicht ehelich		insgesamt
		Eltern mit		Mutter deutsch, Vater	Vater deutsch, Mutter	Mutter	
		gleicher	verschie- dener 1)				
		fremder Staatsangehörigkeit		mit fremder Staatsangehörigkeit			
1960	12 308	3 060	743	6 639	1 167	699	3 593
1965	41 121	21 343	1 149	13 104	3 263	2 262	5 535
1970	68 490	45 495	2 138	11 814	5 483	3 560	8 005
1971	88 343	61 667	2 591	12 208	7 629	4 248	9 065
1972	100 001	72 281	3 135	11 627	8 560	4 398	9 591
1973	104 027	80 004	3 595	11 072	8 941	4 415	9 635
1974	118 573	88 061	4 082	11 619	10 303	4 508	9 277
1975	118 665	87 325	4 529	11 931	10 061	4 819	8 991
1976	111 316	78 147	5 202	12 679	11 684	3 604	8 563
1977	103 130	69 632	5 407	13 187	11 672	3 232	8 037
1978	100 634	65 592	6 169	13 671	11 870	3 232	8 044
1979	101 998	65 234	7 024	14 348	12 000	3 302	8 090
1980	108 936	68 546	8 227	15 828	12 413	3 922	8 511
1981	109 776	67 275	8 615	17 154	12 613	4 119	8 529

1) Einschl. nichtaufgliederbarer Gruppen, Staatenlose, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie Fälle ohne Angabe.
2) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegstotbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2.4 Ehelich Lebendgeborene nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Eltern

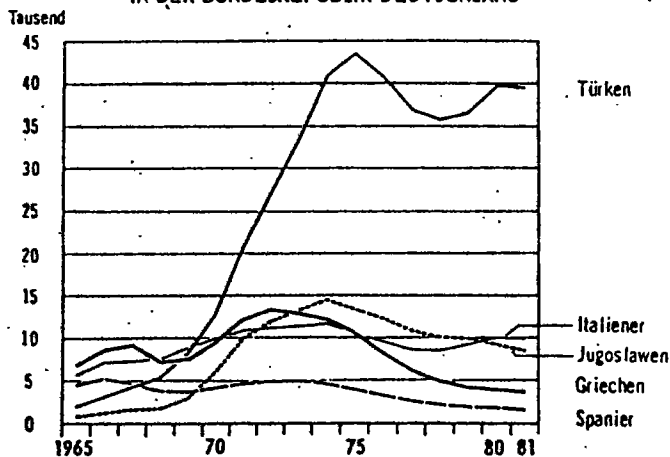
Jahr	insgesamt	Türkei	Jugoslawien	Italien	Griechenland	Spanien	Portugal	Österreich	Niederlande
Deutsche Mutter mit Vater obenstehender Staatsangehörigkeit									
1960	2 751	44	251	726	148	97	15	714	756
1965	7 982	348	551	2 809	776	631	22	1 593	1 252
1970	7 699	476	558	2 682	657	504	42	1 463	1 117
1975	7 379	455	931	2 463	434	423	57	1 627	989
1980	9 094	1 022	1 149	3 199	505	608	83	1 526	1 002
1981	9 715	1 542	1 186	3 227	508	586	95	1 568	1 003
Deutscher Vater mit Mutter obenstehender Staatsangehörigkeit									
1960	483	1	24	66	10	39	2	178	163
1965	1 856	22	83	236	118	300	7	547	543
1970	3 136	90	588	263	161	274	30	817	913
1975	5 671	203	1 542	524	307	416	97	1 337	1 245
1980	5 650	314	1 305	620	329	460	105	1 320	1 197
1981	5 810	351	1 274	683	327	485	180	1 304	1 206
Beide Elternteile mit gemeinsamer obenstehender Staatsangehörigkeit									
1960	1 974	46	222	541	157	117	6	376	509
1965	28 136	1 714	697	5 487	6 759	4 390	99	490	500
1970	44 193	12 748	6 196	9 764	9 362	4 166	1 005	511	441
1975	85 796	43 496	13 389	10 518	10 557	3 925	2 987	520	402
1980	66 805	39 658	9 287	9 871	3 904	1 723	1 465	383	314
1981	65 082	39 628	8 484	9 819	3 639	1 465	1 347	360	340

EHESCHLIESSUNGEN VON UND MIT AUSLÄNDERN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Statistisches Bundesamt 83 0788

LEBENDGEBORENE AUS EHEN VON AUSLÄNDERN GLEICHER STAATSANGEHÖRIGKEIT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Statistisches Bundesamt 83 0789

3 Wanderungen

Nach dem Rückgang der Zuzüge aus der DDR und Berlin(Ost) ab 1961 kam der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und damit auch den Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland eine immer größere Bedeutung zu. Bestimmend für das Wanderungsverhalten der Ausländer sind neben der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik und den Auswirkungen von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z.B. Anwerbestopp) auch die wirtschaftliche und soziale Lage in den Herkunftsländern und das dort vorhandene Arbeitskräftepotential. Darüber hinaus wirken sich seit mehreren Jahren in immer stärkerem Maße konjunkturunabhängige Einflüsse (z.B. die Familienzusammenführung und der zunehmende Wunsch, für immer in der Bundesrepublik zu bleiben) aus. Das Ausmaß und die Zusammensetzung der Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland haben sich daher seit Ende der 60er Jahre erheblich verändert. Damit verbunden sind wesentliche Auswirkungen auf Zahl und Struktur der im Bundesgebiet vorhandenen Ausländer.

3.1 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben

Im Jahr 1967 waren als Folge der starken Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik nahezu 200 000 Ausländer mehr in ihre Heimat zurückgekehrt als in das Bundesgebiet eingereist. Der Anfang 1968 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung führte zu einem verstärkten Zustrom ausländischer Arbeitnehmer. Die Zahl der Zuzüge von Ausländern stieg in den beiden folgenden Jahren von 590 000 (1968) auf 976 000 (1970), was einer Zunahme um 66 % entsprach. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Fortzüge von 333 000 nur um 31 % auf 435 000. Daraus ergab sich in diesem Zeitabschnitt ein Zuwanderungsüberschuß von 542 000 Personen.

In den Jahren 1971 und 1972 verringerte sich dann die Zahl der Zuzüge, stieg 1973 aber noch einmal an. Im September 1973, dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung, waren rd. 2,6 Mill. ausländische Arbeitnehmer im Bundesgebiet tätig. Als Folge des Anwerbestopps ging die Zahl der Zuzüge von Ausländern in den Jahren 1974 und 1975 drastisch zurück. Gegenüber 1973 betrug die Abnahme beispielsweise 1975 rd. 58 %. Gleichzeitig stieg die Zahl der Fortzüge stärker an. 1973 hatte sich aus 869 000 Zuzügen und 527 000 Fortzügen noch ein Zuwanderungsüberschuß von 342 000 Personen ergeben. 1974 verwandelte sich dieser bei 539 000 Zuzügen und 580 000 Fortzügen in einen Abwanderungsüberschuß von 42 000, der sich 1975 auf 234 000 erhöhte.

Hervorzuheben ist die unterschiedliche Entwicklung von Zuzügen und Fortzügen. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß im Zeitraum 1973/75 bei stark rückläufiger Zahl der Zuzüge die Zahl der Fortzüge von Ausländern nicht annähernd so stark zugenommen hat. So betrug die Zunahme bei den Fortzügen 1975 gegenüber 1973 nur etwa 14 %, während sich die Zuzüge im gleichen Zeitraum - wie gesagt - um rd. 58 % verringerten. Der Abwanderungsüberschuß der Ausländer in den Jahren 1974 und 1975 ist somit in erster Linie durch den Rückgang der Zuwanderung entstanden.

In den Jahren 1976 bis 1980 stieg die Zahl der Zuzüge - bedingt durch den verstärkten Familiennachzug und den Zustrom von Asylbewerbern - wieder an. Die Zahl der Fortzüge ging dagegen in den Jahren 1976 bis 1979 zurück. 1978 wiesen die Ausländer im Bundes-

gebiet erstmals seit 1973 wieder eine positive Wanderungsbilanz auf. Seit 1981 ist eine Abnahme der Zuzüge und bereits seit 1980 ein Anstieg der Fortzüge zu beobachten. Der Zuwanderungsüberschuß verringerte sich von 246 000 Personen im Jahr 1980 auf 86 000 im Jahr 1981. Für 1982 wurde - hauptsächlich als Folge der bereits erwähnten, restriktiven Maßnahmen der Bundesregierung - wieder ein Abwanderungsüberschuß, und zwar in Höhe von 111 000 Personen registriert.

Zusätzliche Erkenntnisse über die Fortzugshäufigkeit lassen sich gewinnen, wenn man die Fortzüge von Ausländern nach dem Ausland insgesamt und nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten auf jeweils 1 000 Ausländer gleicher Nationalität bezieht. Eine geringe Fortzugshäufigkeit deutet z.B. auch auf die Tendenz zu einer längeren Aufenthaltsdauer hin. Aus Schaubild S. 60 ist die teilweise beachtliche Verringerung der Fortzugshäufigkeit bei a l l e n in den Vergleich einbezogenen Ausländergruppen und das hohe Niveau der Fortzugsziffern für die italienische Bevölkerung des Bundesgebiets ersichtlich. Bei den Ausländern insgesamt sowie bei den Türken, Jugoslawen und Griechen wurde die rückläufige Entwicklung - von kleineren Schwankungen abgesehen - nur 1974 und 1975 und bei den Spaniern lediglich 1974 durch einen deutlichen Anstieg der Fortzugsziffern unterbrochen. Seit 1980 ist bei den Ausländern insgesamt und bei den Italienern eine leichte Zunahme der Fortzugshäufigkeit zu beobachten. Gegenüber 1968 hat sich die Zahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner entsprechender Staatsangehörigkeit 1981 am stärksten verringert bei den Spaniern (68 %), Jugoslawen (67 %) und Türken (66 %).

Will man aus Zahlen über Zuzüge auf Familienzusammenführungen schließen, so müssen dafür in der Wanderungsstatistik die Zuzüge ausländischer Nichterwerbspersonen, insbesondere der Frauen, herangezogen werden. Der Anteil der weiblichen Personen an allen aus dem Ausland zugezogenen Ausländern betrug 1968 34 %, stieg dann bis 1976 auf 45 % und betrug 1982 42 %. Absolut gesehen ging die Zahl der in das Bundesgebietes zugezogenen ausländischen Frauen zunächst von 314 000 (1973) auf 169 000 (1975) zurück. Zwischen 1976 und 1980 war ein Anstieg zu beobachten. Seit 1982 geht die Zahl der Zuzüge ausländischer Frauen erneut zurück; mit 137 000 Personen war sie 1982 niedriger als 1968. Mit steigenden Zuzugszahlen gingen im Zeitraum 1976 bis 1980 abnehmende Fortzugszahlen einher. Der Anteil der Nichterwerbspersonen an den aus dem Ausland zugezogenen Ausländern hatte

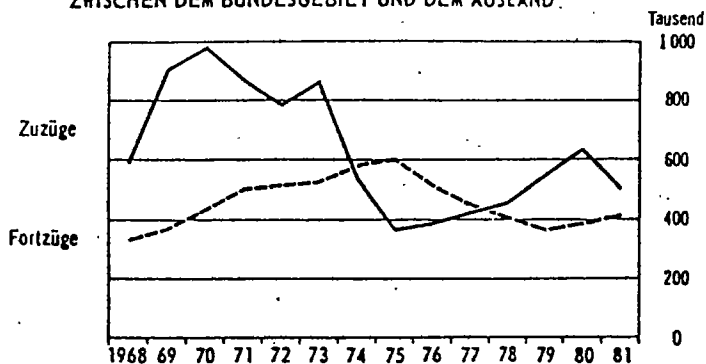
sich zwischen 1969 und 1973 von 21 auf 37 % erhöht. 1974 stieg der Anteilsatz sprunghaft auf 60 % und 1975 nochmals auf 62 % an. Seitdem ist er rückläufig und verringerte sich bis 1982 auf 54 %.

3.1 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland
nach Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben
1 000

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Und zwar				nicht- erwerbs- personen
		männlich	weiblich	erwerbs- personen		
Zuzüge						
1968	589,6	389,1	200,5	441,9	147,7	
1969	909,6	620,7	288,9	714,1	195,5	
1970	975,2	668,3	307,9	741,1	235,1	
1971	870,7	578,6	292,1	596,7	274,1	
1972	787,2	497,3	289,9	492,9	294,3	
1973	869,1	554,7	314,4	544,2	324,9	
1974	538,6	299,4	239,2	217,3	321,3	
1975	366,1	197,6	168,7	127,9	228,2	
1976	387,3	214,4	172,9	152,9	234,4	
1977	422,8	238,8	184,8	172,6	250,2	
1978	456,1	266,4	189,7	191,6	264,5	
1979	545,2	337,6	207,5	238,5	306,7	
1980	631,4	403,1	228,3	298,5	333,0	
1981	501,1	300,9	200,2	233,8	267,3	
1982	321,7	185,8	136,7	147,5	174,2	
Fortzüge						
1968	332,6	228,7	103,9	242,6	90,0	
1969	368,7	258,9	109,7	272,6	96,0	
1970	434,7	318,3	124,4	326,4	108,3	
1971	500,3	359,2	141,1	367,9	132,4	
1972	614,4	358,8	155,7	353,7	160,7	
1973	526,8	357,6	169,2	338,8	180,0	
1974	580,4	385,4	195,0	357,4	223,0	
1975	600,1	375,9	224,2	332,1	268,0	
1976	515,4	309,1	204,3	250,5	265,8	
1977	452,1	266,6	185,5	198,7	253,4	
1978	405,8	241,6	164,1	170,8	235,7	
1979	366,0	221,8	145,8	155,6	210,5	
1980	385,8	243,4	142,4	181,4	204,4	
1981	415,5	264,1	151,4	176,6	239,0	
1982	433,3	274,5	158,8	195,8	237,4	
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)						
1968	+ 256,9	+ 160,4	+ 96,6	+ 199,2	+ 57,7	
1969	+ 540,9	+ 361,7	+ 179,2	+ 441,5	+ 99,4	
1970	+ 541,6	+ 350,0	+ 183,6	+ 414,7	+ 126,8	
1971	+ 370,5	+ 219,4	+ 151,0	+ 228,8	+ 141,7	
1972	+ 272,7	+ 138,6	+ 134,2	+ 139,1	+ 133,6	
1973	+ 342,3	+ 197,1	+ 145,2	+ 205,4	+ 136,9	
1974	- 41,8	- 86,8	+ 44,2	- 140,1	+ 98,2	
1975	- 234,0	- 178,8	- 65,8	- 194,3	+ 39,8	
1976	- 128,1	- 94,7	- 33,4	- 97,6	- 30,6	
1977	- 29,2	- 28,6	- 9,7	- 26,0	- 3,2	
1978	+ 50,4	+ 24,8	+ 29,6	+ 21,6	+ 28,7	
1979	+ 179,2	+ 116,6	+ 62,6	+ 82,9	+ 96,3	
1980	+ 245,6	+ 159,7	+ 85,9	+ 117,0	+ 128,6	
1981	+ 85,6	+ 36,9	+ 48,8	+ 57,3	+ 28,3	
1982	- 111,6	- 89,5	- 22,1	- 48,4	+ 63,2	

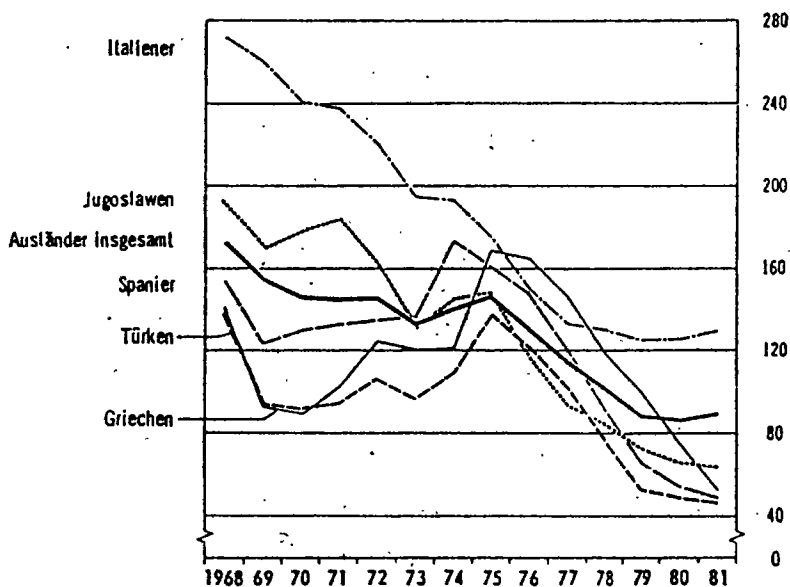
1) Ab 1975 einschl. Ostgebiete des Deutschen Reiches.

WANDERUNGEN VON AUSLÄNDERN ZWISCHEN DEM BUNDESGBEIT UND DEM AUSLAND



Statistisches Bundesamt 83 0790

FORTZÜGE VON AUSLÄNDERN NACH DEM AUSLAND INSGESAMT UND NACH AUSGEWÄHLTEN STAATSANGEHÖRIGKEITEN Je 1000 Ausländer gleicher Staatsangehörigkeit



Statistisches Bundesamt 83 0751

3.2 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern

Die Verteilung der zu- bzw. fortgezogenen Ausländer auf Herkunfts- bzw. Zielländer hat sich seit Ende der 60er Jahre teilweise beträchtlich verändert. In den ersten Jahren der Ausländerbeschäftigung waren hauptsächlich Italiener angeworben worden. (Eine entsprechende Vereinbarung geht auf das Jahr 1955 zurück.) Italienische Staatsangehörige wurden außerdem im Rahmen der innerhalb der EG vereinbarten Freizügigkeitsregelungen bei Arbeitsaufnahme im Bundesgebiet deutschen Arbeitnehmern frühzeitig weitgehend gleichgestellt. Aus diesem Grund entfielen 1968 noch 30 % aller Zuzüge von Ausländern auf italienische Staatsangehörige. Bis 1982 hat sich dieser Anteil jedoch auf 13 % verringert. Mit Jugoslawien war erst 1968 eine Anwerbevereinbarung geschlossen worden. Trotzdem kamen in jenem Jahr bereits 16 % aller zugezogenen Ausländer aus Jugoslawien. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Zuzüge stieg 1970 auf 24 % und ging dann bis 1982 auf 7 % zurück. Hinsichtlich des Anteils der Zuzüge von Ausländern aus der Türkei verhält es sich hingegen umgekehrt. Obwohl mit diesem Land bereits 1961 eine Anwerbevereinbarung abgeschlossen worden war, entfielen 1968 nur knapp 14 % aller Zuzüge von Ausländern auf die Türkei. Dieser Anteil stieg bis 1980 auf 34 % und ging 1982 auf 13 % zurück. Von allen 1968 zugezogenen Ausländern kamen jeweils weniger als ein Zehntel aus Spanien und Griechenland. Bis 1982 ging dieser Anteil auf 1 % (Spanien) bzw. 4 % (Griechenland) zurück.

Auch von den Fortzügen ausländischer Staatsangehöriger entfielen 1968 mit 37 % die meisten auf Italien. Bis 1982 verringerte sich dieser Anteil auf 19 %. Demgegenüber stieg der Anteil der nach der Türkei verzogenen Ausländer von 8 % (1968) auf 20 % (1982). Auch nach Jugoslawien kehrten zwischen 1969 und 1982 anteilmäßig Jahr für Jahr mehr Ausländer zurück als 1968. Hinsichtlich der Fortzüge von Ausländern nach Spanien verlief die Entwicklung hingegen umgekehrt.

Der Anwerbestopp hatte 1974 eine Nettoabwanderung gegenüber Jugoslawien, Spanien und Portugal zur Folge. Die Nettozuwanderung aus Griechenland war allerdings bereits 1973 in eine Nettoabwanderung umgeschlagen. Aber auch aus den von dieser

Maßnahme nicht betroffenen EG-Staaten zogen 1974 weniger Ausländer zu als sich nach dort abmeldeten. 1975 ergab sich aus den Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und der Türkei ein negativer Saldo. 1977 schlug der Abwanderungsüberschuß gegenüber diesem Land in einen Zuwanderungsüberschuß um, der von 1 000 Personen (1977) auf 142 000 (1980) stieg. 1981 und 1982 verringerten sich die Zuzüge von türkischen Staatsangehörigen. Gegenüber 1980 betrug die Abnahme 80 %. Der starke Rückgang resultiert aus dem Nachlassen des Zustroms von türkischen Asylbewerbern und der geringer gewordenen Zahl von Familienzusammenführungen. Die Zahl der Fortzüge von Ausländern nach der Türkei stieg von 71 000 im Jahre 1980 auf 87 000 im Jahre 1982. Als Folge dieser Entwicklung schlug die Nettozuwanderung von Ausländern aus der Türkei 1982 in eine Nettoabwanderung um (- 44 000). Aus den Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und den früheren Anwerbeländern Jugoslawien, Spanien und Portugal ergab sich zwischen 1974 und 1981 Jahr für Jahr ein Überschuß der Fortzüge. Die Nettoabwanderung aus Griechenland hingegen war 1981 erstmals wieder in eine - allerdings geringfügige - Nettozuwanderung umgeschlagen. Für 1982 wurde jedoch wieder eine Nettoabwanderung (- 5 300 Personen) festgestellt.

Gewisse Aufschlüsse über den Umfang der Familienzusammenführungen vermitteln - wie bereits angedeutet - die Zuzüge ausländischer Frauen. Betrachtet man die Entwicklung des Frauenanteils nach Herkunftsländern der zugezogenen Ausländer, dann ist für die früheren Anwerbeländer Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland und Portugal von 1968 bis etwa Mitte der 70er Jahre ein - teilweise erheblicher - Anstieg festzustellen. So waren beispielsweise von allen 1976 aus Jugoslawien zugezogenen Ausländern 53 % weiblichen Geschlechts gegenüber 36 % im Jahr 1968. Bei den Türken stieg der Anteil der Frauen im gleichen Zeitraum von 31 auf 49 %. Seit Mitte der 70er Jahre reisen anteilmäßig erheblich weniger Frauen in das Bundesgebiet ein. So waren 1982 beispielsweise von jeweils 100 zugezogenen jugoslawischen und türkischen Staatsangehörigen nur noch 47 bzw. 45 weiblichen Geschlechts.

3.2 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach ausgewählten

Herkunfts- und Zielländern
1 000

Herkunfts- bzw. Zielland	1968			1972		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Zuzüge						
Europäisches Ausland	550,5	365,1	185,4	718,4	453,9	264,5
EG-Staaten ¹⁾	266,7	184,3	82,4	250,6	166,3	84,3
dar.: Griechenland	53,1	29,1	24,0	51,1	28,2	22,9
Italien	178,3	135,3	43,0	147,2	106,0	41,2
Türkei	79,7	55,3	24,4	184,5	111,0	73,5
Jugoslawien	95,3	68,6	34,7	134,1	83,7	50,4
Spanien	38,0	26,3	11,7	44,5	29,1	15,4
Portugal	8,2	6,0	3,2	24,5	15,3	9,2
Übriges Europa	62,4	33,7	28,7	80,1	48,6	31,6
Außereuropäisches Ausland	39,0	23,9	15,1	68,3	43,1	25,2
dar. Asien	10,1	7,3	2,8	20,4	13,0	7,4
Unbekanntes Ausland	0,1	0,1	0,0	0,4	0,3	0,1
insgesamt	589,6	389,1	200,5	787,2	497,3	289,8
Fortzüge						
Europäisches Ausland	297,1	206,2	90,9	472,5	330,5	142,0
EG-Staaten ¹⁾	173,6	126,2	47,4	205,7	141,6	64,1
dar.: Griechenland	29,0	16,9	12,1	48,1	27,9	20,2
Italien	121,6	99,9	25,7	127,5	95,5	32,0
Türkei	27,7	21,4	8,3	75,0	54,7	20,3
Jugoslawien	30,8	20,6	10,0	97,2	69,5	27,7
Spanien	26,6	17,2	9,4	36,1	26,6	9,5
Portugal	2,9	2,2	0,7	8,7	6,9	1,8
Übriges Europa	35,6	18,7	16,3	49,8	31,3	18,5
Außereuropäisches Ausland	35,4	22,6	12,9	41,7	28,0	13,7
dar. Asien	8,4	6,4	2,0	11,3	8,8	2,5
Unbekanntes Ausland	0,1	0,1	0,0	0,3	0,2	0,1
insgesamt	332,6	228,7	103,9	514,4	358,8	155,7
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)						
Europäisches Ausland	+ 253,4	+ 159,0	+ 94,4	+ 245,9	+ 123,3	+ 122,7
EG-Staaten ¹⁾	+ 93,2	+ 58,1	+ 35,1	+ 44,9	+ 24,7	+ 20,2
dar.: Griechenland	+ 24,1	+ 12,2	+ 11,9	+ 3,0	+ 0,3	+ 2,7
Italien	+ 94,7	+ 39,4	+ 17,3	+ 19,7	+ 10,6	+ 9,1
Türkei	+ 52,0	+ 34,0	+ 18,0	+ 109,5	+ 56,4	+ 53,1
Jugoslawien	+ 64,7	+ 48,0	+ 24,7	+ 36,8	+ 14,3	+ 22,6
Spanien	+ 11,4	+ 9,1	+ 2,3	+ 8,4	+ 2,5	+ 5,9
Portugal	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 15,9	+ 8,4	+ 7,5
Übriges Europa	+ 26,8	+ 15,0	+ 11,8	+ 38,3	+ 17,2	+ 13,1
Außereuropäisches Ausland	+ 3,6	+ 1,4	+ 2,2	+ 26,6	+ 15,1	+ 11,5
dar. Asien	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 9,1	+ 4,2	+ 4,9
Unbekanntes Ausland	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1
insgesamt	+ 254,9	+ 160,4	+ 96,6	+ 272,7	+ 138,6	+ 134,2

1) Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande sowie Dänemark, Irland, Großbritannien und Nordirland, die seit 1. Januar 1973 Mitglied der EG sind, und Griechenland, das seit 1. Januar 1981 Mitglied der EG ist.

3.2 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach ausgewählten
Herkunfts- und Zielländern
1 000

Herkunfts- zw. Zielland	1974			1976		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Zuzüge						
Europäisches Ausland	475,5	260,6	214,9	328,9	178,0	150,9
EG-Staaten ¹⁾	157,7	95,9	61,8	116,5	72,6	43,9
dar.: Griechenland	30,0	16,0	14,0	16,0	9,1	6,9
Italien	85,6	56,2	29,4	66,4	44,6	21,8
Türkei	160,8	83,8	77,0	105,8	54,0	51,8
Jugoslawien	72,3	38,4	33,9	40,7	19,3	21,4
Spanien	13,8	6,8	7,0	6,3	3,3	3,0
Portugal	13,2	6,9	6,3	5,8	2,4	3,4
Übriges Europa	57,7	30,9	26,8	53,8	26,4	27,4
Außereuropäisches Ausland	62,9	30,6	24,3	58,2	36,3	21,9
dar. Asien	26,6	17,9	8,7	25,4	17,7	7,7
Unbekanntes Ausland	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
insgesamt ...	538,6	299,4	239,2	387,3	214,4	172,9
Fortzüge						
Europäisches Ausland	532,4	353,9	178,5	465,1	276,5	188,6
EG-Staaten ¹⁾	202,9	121,7	71,2	172,0	102,1	69,9
dar.: Griechenland	48,7	27,7	21,0	58,2	31,9	26,3
Italien	120,3	83,7	36,6	84,8	53,5	31,3
Türkei	110,8	74,6	36,3	130,4	79,6	50,8
Jugoslawien	102,0	70,1	31,9	74,4	45,3	29,1
Spanien	47,6	32,2	14,4	32,8	19,7	13,1
Portugal	17,4	12,9	4,5	12,3	7,2	5,1
Übriges Europa	51,8	31,4	20,4	43,3	22,7	20,6
Außereuropäisches Ausland	47,8	31,4	16,4	50,1	32,4	17,7
dar. Asien	15,0	10,9	4,1	19,4	13,7	5,7
Unbekanntes Ausland	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,1
insgesamt ...	580,4	385,4	195,0	515,4	309,1	206,3
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)						
Europäisches Ausland	- 56,9	- 93,2	+ 36,3	- 136,2	- 98,5	- 37,7
EG-Staaten ¹⁾	- 45,1	- 35,9	- 9,2	- 55,5	- 29,5	- 26,0
dar.: Griechenland	- 18,8	- 11,7	- 7,1	- 42,2	- 22,8	- 19,4
Italien	- 34,7	- 27,5	- 7,2	- 18,4	- 8,8	- 9,6
Türkei	+ 49,9	+ 9,3	+ 40,6	- 24,6	- 25,6	+ 1,0
Jugoslawien	- 29,7	+ 31,7	+ 2,0	- 33,7	- 26,0	- 7,7
Spanien	- 33,8	- 26,4	- 7,4	- 26,5	- 16,4	- 10,1
Portugal	- 4,1	- 8,0	+ 3,9	- 6,4	- 4,7	- 1,7
Übriges Europa	+ 6,0	- 0,5	+ 6,5	+ 10,5	+ 3,7	+ 6,8
Außereuropäisches Ausland	+ 15,1	+ 7,2	+ 7,9	+ 8,2	+ 3,9	+ 4,3
dar. Asien	+ 11,6	+ 6,9	+ 4,7	+ 6,0	+ 4,0	+ 2,0
Unbekanntes Ausland	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0
insgesamt ...	- 41,9	- 86,0	+ 44,1	- 128,1	- 94,7	- 33,4

¹⁾ Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande sowie Dänemark, Irland, Großbritannien und Norwegen; die seit 1. Januar 1973 Mitglied der EG sind, und Griechenland, das seit 1. Januar 1981 Mitglied der EG ist.

3.2 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach ausgewählten
Herkunfts- und Zielländern
1 000

Herkunfts- bzw. Zielland	1978			1982		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Zuzüge						
Europäisches Ausland	380,7	215,8	164,9	245,4	137,3	108,0
EG-Staaten ¹⁾	137,2	86,8	50,4	91,6	53,6	38,0
dar.: Griechenland	15,4	8,9	6,5	12,8	7,6	5,3
Italien	83,0	56,0	27,0	41,4	25,6	15,0
Türkei	131,0	72,0	59,0	42,7	23,5	19,2
Jugoslawien	38,6	19,2	19,4	22,2	11,7	10,5
Spanien	5,3	2,7	2,6	3,8	2,2	1,6
Portugal	4,4	1,9	2,5	1,9	0,9	1,0
Übriges Europa	64,2	33,3	30,9	83,2	45,4	37,7
Außereuropäisches Ausland	75,2	50,4	24,8	76,1	47,5	28,6
dar. Asien	39,3	29,6	9,7	37,3	24,7	12,6
Unbekanntes Ausland	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2	0,1
Insgesamt	456,1	266,4	189,7	321,7	185,8	136,7
Fortzüge						
Europäisches Ausland	354,0	207,7	146,3	357,0	221,7	135,3
EG-Staaten ¹⁾	141,0	86,1	54,9	126,6	82,4	54,3
dar.: Griechenland	36,3	19,8	16,5	18,1	10,6	7,6
Italien	73,9	48,8	25,1	81,8	50,4	31,4
Türkei	88,1	53,3	34,8	86,9	58,3	28,6
Jugoslawien	50,9	28,5	22,4	41,2	24,2	17,0
Spanien	17,4	9,8	7,6	10,4	6,3	4,1
Portugal	6,6	3,5	3,1	9,2	4,8	4,4
Übriges Europa	50,0	26,5	23,5	72,7	45,7	26,9
Außereuropäisches Ausland	51,6	33,7	17,9	75,9	52,6	23,3
dar. Asien	21,2	15,6	5,6	37,0	28,5	8,5
Unbekanntes Ausland	0,2	0,2	0,0	0,3	0,2	0,1
Insgesamt	405,8	241,6	164,1	433,3	274,5	158,8
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)						
Europäisches Ausland	+ 26,8	+ 8,2	+ 18,6	- 111,7	- 84,4	- 27,3
EG-Staaten ¹⁾	- 3,8	+ 0,7	- 4,5	- 45,0	- 28,8	- 16,3
dar.: Griechenland	- 20,9	- 10,9	- 10,0	- 5,3	- 3,0	- 2,3
Italien	+ 9,1	+ 7,2	+ 1,9	- 40,4	- 24,9	- 15,5
Türkei	+ 42,9	+ 18,7	+ 24,2	- 44,1	- 34,7	- 9,4
Jugoslawien	- 12,4	- 9,3	- 3,1	- 19,0	- 12,6	- 6,4
Spanien	- 12,2	- 7,1	- 5,1	- 6,6	- 4,1	- 2,5
Portugal	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 7,3	- 3,9	- 3,4
Übriges Europa	+ 14,3	+ 6,8	+ 7,5	+ 10,3	- 0,3	+ 10,7
Außereuropäisches Ausland	+ 23,7	+ 16,7	+ 7,0	+ 0,2	+ 5,0	+ 5,2
dar. Asien	+ 18,0	+ 14,0	+ 4,0	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,1
Unbekanntes Ausland	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Insgesamt	+ 50,4	+ 24,8	+ 25,6	- 111,6	- 89,5	- 22,1

1) Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande sowie Dänemark, Irland, Großbritannien und Nordirland, die seit 1. Januar 1973 Mitglied der EG sind, und Griechenland, das seit 1. Januar 1981 Mitglied der EG ist.

3.3 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Altersgruppen und Familienstand

Im Jahr 1968 betrug der Anteil der unter 18jährigen Personen (Kinder und Jugendliche) an allen aus dem Ausland zugezogenen Ausländern nur 15 %. Das hing offensichtlich damit zusammen, daß nach Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs von den verheirateten Ausländern viele zunächst ohne ihre Familie in das Bundesgebiet kamen. Hatten sie als Arbeitnehmer festen Fuß gefaßt, ließen sie häufig Frau und Kinder nachkommen. Das erklärt mit den Anstieg des Anteils der Kinder und Jugendlichen an den zugezogenen Ausländern auf 23 % bis zum Jahr 1972. Als Folge des Anwerbestopps ging die Zahl der Zuzüge von Ausländern im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) 1974 gegenüber 1973 um etwa 47 % zurück. Ihr Anteil an allen zugezogenen Ausländern verringerte sich von 72 % (1973) auf 62 % (1974). Die Zuzüge ausländischer Kinder und Jugendlicher gingen im gleichen Zeitraum zwar ebenfalls zurück; die Abnahme betrug aber nur 13 %. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Zuzüge stieg 1974 auf 36 %. Seit 1976 reisen anteilmäßig jedoch wieder mehr 18- bis unter 65jährige als unter 18jährige Ausländer in das Bundesgebiet ein. Das Verhältnis "zugewanderte Personen im erwerbsfähigen Alter zu Kinder und Jugendliche" betrug 1981 etwa 72 : 25 %.

Die Zahl der im Alter von 65 und mehr Jahren jährlich in das Bundesgebiet einreisenden Ausländern ist sehr klein; 1981 betrug sie 2,6 % aller Zuzüge von Ausländern. Gegenüber 1968 (1,2 %) hat sich dieser Anteil jedoch mehr als verdoppelt.

Von allen nach dem Ausland fortgezogenen Ausländern waren 1968 lediglich 14 % unter 18 Jahre alt. Bis 1976 stieg dieser Anteil auf 30 %. Seitdem kehren anteilmäßig mehr 18- bis unter 65jährige als unter 18jährige Ausländer in ihre Heimat zurück.

Die seit Ende der 60er Jahre in der Altersstruktur der aus dem Ausland zu- bzw. nach dort fortgezogenen Ausländer eingetretenen Veränderungen haben sich auch erheblich auf die Gliederung der Zu- und Fortzüge dieses Personenkreises nach dem Familienstand ausgewirkt. So stieg der Anteil der Ledigen an den zugezogenen Ausländern von 46 % (1968) auf 60 % (1978), während derjenige der Verheirateten im gleichen Zeitraum von 51 % auf 36 % zurückging. Seitdem verläuft

die Entwicklung umgekehrt; die Ledigenquote verringert sich und die Verheiratetenquote steigt. Bei den aus dem Ausland zugezogenen ausländischen Männern haben sich diese Anteile noch stärker verändert; der Anteil der Ledigen unter ihnen stieg von 46 % (1968) auf 67 % (1978) und ging dann bis 1981 auf 61 % zurück. Die Verheiratetenquote verringerte sich von 52 % (1968) auf 31 % (1976) und erhöhte sich dann wieder bis auf 36 % im Jahr 1981.

Der hohe Anteil der Ledigen an den Zuzügen hängt hauptsächlich mit der anteilmäßig starken Einreise ausländischer Kinder und Jugendlicher zusammen. Beträchtlich erhöht hat sich aber auch der Anteil lediger Personen an den Zuzügen 25- bis unter 40jähriger ausländischer Männer; und zwar von 25 % (1968) auf 38 % (1981).

3.3 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Altersgruppen und Familienstand

Zuflüge

1 000

Jahr	Insgesamt		Ledig		Verheiratet		Verwitwet/Geschieden	
	insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren								
1968								
unter 18	89,2	47,8	87,6	47,7	1,6	0,1	-	-
18 - 25	168,0	101,0	124,3	84,6	43,8	16,3	1,0	0,2
25 - 40	243,3	180,0	56,1	44,5	118,1	135,5	5,1	2,0
40 - 65	81,7	57,5	5,4	3,5	66,2	52,4	7,2	1,7
65 und mehr	7,2	2,6	0,6	0,2	3,0	1,8	3,7	0,7
Insgesamt ...	589,6	389,1	274,0	180,5	295,6	174,0	16,9	4,6
1972								
unter 18	181,0	102,2	176,6	101,9	4,5	0,3	-	-
18 - 25	224,6	130,8	148,9	105,3	74,6	25,3	1,3	0,3
25 - 40	282,9	200,2	60,3	48,0	216,8	149,3	5,8	2,8
40 - 65	90,2	61,2	5,5	3,6	76,5	55,6	8,2	2,8
65 und mehr	8,4	2,9	0,6	0,2	3,4	2,0	4,5	0,7
Insgesamt ...	787,1	497,3	391,8	259,0	375,6	232,5	19,8	5,9
1974								
unter 18	193,6	108,1	189,5	107,8	4,1	0,3	-	-
18 - 25	129,8	65,9	82,2	54,5	46,9	11,2	0,7	0,2
25 - 40	147,1	87,6	36,2	27,7	107,1	57,9	3,8	2,1
40 - 65	59,3	34,7	3,9	2,4	47,8	30,5	7,5	1,7
65 und mehr	8,9	3,1	0,6	0,2	3,5	2,1	4,8	0,8
Insgesamt ...	538,6	299,4	312,4	192,6	225,4	120,0	16,8	4,8
1976								
unter 18	134,9	74,3	122,3	74,1	2,4	0,1	0,0	0,0
18 - 25	93,8	52,7	64,8	44,3	28,4	8,3	0,6	0,2
25 - 40	101,7	59,6	29,3	22,2	68,8	35,4	3,6	1,9
40 - 65	47,4	24,7	3,5	2,1	36,9	21,1	7,0	1,5
65 und mehr	10,0	3,5	0,6	0,2	4,0	2,4	5,5	0,9
Insgesamt ...	387,8	214,8	230,5	142,9	140,5	67,3	16,8	4,6
1978								
unter 18	148,7	85,0	146,9	84,9	1,8	0,1	-	-
18 - 25	116,1	71,6	84,9	60,4	31,5	11,0	0,6	0,2
25 - 40	125,0	77,2	38,5	29,2	82,0	45,6	4,4	2,4
40 - 65	55,1	28,6	3,8	2,4	43,8	24,5	7,6	1,8
65 und mehr	11,3	4,0	0,6	0,2	4,5	2,7	6,1	1,0
Insgesamt ...	456,1	266,4	274,9	177,2	162,6	83,9	18,6	5,3
1980								
unter 18	185,1	110,9	181,9	110,5	3,1	0,3	0,0	-
18 - 25	169,6	114,5	131,4	97,6	37,4	16,6	0,9	0,3
25 - 40	187,3	131,1	60,6	48,8	119,6	75,2	6,8	4,1
40 - 65	76,0	41,9	5,0	3,3	61,5	26,0	9,4	2,6
65 und mehr	13,5	4,7	0,7	0,3	5,6	3,3	7,2	1,2
Insgesamt ...	631,4	403,1	379,8	260,6	227,3	124,4	24,3	8,1
1981								
unter 18	127,0	73,2	124,9	73,0	2,0	0,2	0,0	0,0
18 - 25	127,6	76,8	101,1	67,3	25,8	9,3	0,7	0,2
25 - 40	159,4	105,9	54,2	40,6	98,6	51,7	6,7	3,6
40 - 65	74,3	40,5	5,1	3,3	59,6	34,6	9,6	2,6
65 und mehr	12,8	4,6	0,7	0,2	5,5	3,3	6,7	1,0
Insgesamt ...	501,1	300,9	286,0	184,4	191,5	109,1	23,6	7,5

3.3 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Altersgruppen und Familienstand

Fortzüge

1 000

Jahr Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Ledig		Verheiratet		Verwitwet/Geschieden	
	Insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
1968								
unter 18	47,3	25,6	47,0	25,6	0,3	0,0	-	-
18 - 25	75,3	48,2	60,9	42,7	14,1	5,4	0,3	0,1
25 - 40	145,1	109,5	43,3	35,3	99,4	72,9	2,4	1,2
40 - 65	59,6	43,4	4,5	2,9	50,7	39,3	4,5	1,1
65 und mehr	5,3	2,0	0,4	0,2	2,3	1,4	2,6	0,4
Insgesamt ...	332,6	228,7	156,0	106,8	166,8	119,1	9,8	2,9
1972								
unter 18	96,5	54,9	95,7	54,8	0,7	0,1	0,0	0,0
18 - 25	120,4	80,9	93,3	69,6	26,5	11,1	0,6	0,2
25 - 40	207,4	158,4	53,5	44,4	150,1	111,9	3,9	2,2
40 - 65	83,8	62,1	5,6	3,9	72,1	56,5	6,0	1,6
65 und mehr	6,3	2,4	0,4	0,2	2,8	1,7	3,1	0,6
Insgesamt ...	514,5	358,8	248,5	172,8	252,4	181,4	13,6	4,6
1974								
unter 18	131,2	75,4	130,3	75,3	0,9	0,1	-	-
18 - 25	117,9	74,3	87,4	63,2	29,9	11,0	0,7	0,2
25 - 40	225,0	162,0	56,4	46,1	164,1	113,4	4,6	2,5
40 - 65	98,1	70,6	6,1	4,2	85,0	64,4	7,0	2,0
65 und mehr	8,2	3,2	0,5	0,2	3,7	2,3	4,0	0,7
Insgesamt ...	580,4	385,4	280,7	188,9	283,6	191,2	16,1	5,3
1976								
unter 18	153,3	87,2	152,8	87,2	0,6	0,1	-	-
18 - 25	78,5	42,9	58,6	37,4	19,4	5,3	0,4	0,1
25 - 40	183,8	117,1	44,8	34,2	134,5	80,7	4,4	2,2
40 - 65	90,0	58,3	5,8	3,8	77,0	52,7	7,5	2,0
65 und mehr	10,0	3,7	0,6	0,2	4,3	2,7	5,1	0,8
Insgesamt ...	515,5	309,2	262,5	162,7	235,5	141,3	17,4	5,1
1978								
unter 18	114,3	65,5	114,1	65,5	0,2	0,0	0,0	-
18 - 25	69,5	40,9	56,3	36,4	12,8	4,4	0,4	0,1
25 - 40	135,8	84,4	42,3	31,1	89,4	51,1	4,2	2,2
40 - 65	74,9	46,5	5,6	3,7	62,1	40,8	7,3	2,0
65 und mehr	11,3	4,4	0,7	0,3	5,1	3,2	5,5	0,9
Insgesamt ...	405,7	241,6	218,9	136,9	169,5	99,5	17,3	5,2
1980								
unter 18	84,0	46,8	83,7	46,8	0,3	0,1	0,0	-
18 - 25	84,7	55,9	70,8	49,4	13,4	6,3	0,5	0,2
25 - 40	132,9	91,6	42,5	33,3	86,2	55,8	4,3	2,5
40 - 65	72,1	44,4	5,5	3,8	59,0	38,5	7,5	2,2
65 und mehr	12,2	4,7	0,7	0,3	5,7	3,5	5,8	0,9
Insgesamt ...	385,8	243,4	203,3	133,5	164,4	104,1	18,1	5,8
1981								
unter 18	84,7	47,3	84,4	47,2	0,3	0,0	0,0	-
18 - 25	89,1	57,1	75,1	51,0	13,6	5,9	0,4	0,1
25 - 40	148,6	104,3	48,6	38,1	95,1	63,3	5,0	2,9
40 - 65	80,4	50,5	5,9	4,0	66,3	44,0	8,2	2,5
65 und mehr	12,7	5,0	0,6	0,3	5,9	3,7	6,2	1,0
Insgesamt ...	415,5	264,1	214,6	140,6	181,1	117,0	19,8	6,5

3.3 Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Altersgruppen und Familienstand
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)

1 000

Jahr Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Ledig		Verheiratet		Verwitwet/Geschieden	
	Insgesamt	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
1968								
unter 18	+ 41,9	+ 22,2	+ 40,6	+ 22,1	+ 1,3	+ 0,1	-	-
18 - 25	+ 92,7	+ 52,8	+ 63,4	+ 41,9	+ 28,7	+ 10,9	+ 0,7	+ 0,1
25 - 40	+ 98,2	+ 70,5	+ 12,8	+ 9,2	+ 82,7	+ 68,6	+ 2,7	+ 0,8
40 - 65	+ 22,1	+ 14,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 18,5	+ 13,1	+ 2,7	+ 0,6
65 und mehr	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,3
Insgesamt ...	+ 257,0	+ 160,4	+ 118,0	+ 73,7	+ 131,8	+ 84,9	+ 7,1	+ 1,7
1972								
unter 18	+ 84,5	+ 47,3	+ 80,9	+ 47,1	+ 3,8	+ 8,2	- 0,8	- 0,0
18 - 25	+ 104,2	+ 49,9	+ 55,6	+ 36,7	+ 48,1	+ 14,2	+ 0,7	+ 0,1
25 - 40	+ 75,5	+ 41,8	+ 6,8	+ 3,6	+ 66,7	+ 37,4	+ 1,9	+ 0,6
40 - 65	+ 5,4	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 4,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,4
65 und mehr	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,1
Insgesamt ...	+ 272,6	+ 139,5	+ 143,3	+ 86,2	+ 123,2	+ 51,1	+ 6,2	+ 1,3
1974								
unter 18	+ 62,4	+ 32,7	+ 59,2	+ 32,6	+ 3,2	+ 0,2	-	-
18 - 25	+ 11,9	+ 8,4	+ 5,2	+ 8,7	+ 17,0	+ 8,2	+ 0,0	+ 0,0
25 - 40	+ 77,9	+ 74,4	+ 20,2	+ 18,4	+ 57,0	+ 55,5	+ 0,8	+ 0,4
40 - 65	+ 38,8	+ 35,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 37,2	+ 33,9	+ 0,5	+ 0,3
65 und mehr	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,1
Insgesamt ...	+ 41,8	+ 86,0	+ 31,7	+ 3,7	+ 74,2	+ 89,2	+ 0,7	+ 0,5
1976								
unter 18	+ 18,4	+ 12,9	+ 20,5	+ 13,1	+ 1,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0
18 - 25	+ 15,3	+ 9,8	+ 6,2	+ 6,9	+ 9,0	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,1
25 - 40	+ 82,1	+ 57,5	+ 15,5	+ 12,0	+ 65,7	+ 45,3	+ 0,8	+ 0,3
40 - 65	+ 42,6	+ 33,6	+ 2,3	+ 1,7	+ 40,1	+ 31,6	+ 0,5	+ 0,5
65 und mehr	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1
Insgesamt ...	+ 127,7	+ 94,3	+ 32,0	+ 19,8	+ 95,0	+ 74,0	+ 0,6	+ 0,5
1978								
unter 18	+ 34,4	+ 19,5	+ 32,8	+ 19,4	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,0	-
18 - 25	+ 46,6	+ 30,7	+ 28,6	+ 24,0	+ 17,7	+ 6,6	+ 0,2	+ 0,1
25 - 40	+ 10,8	+ 7,2	+ 3,8	+ 1,9	+ 7,4	+ 5,5	+ 0,2	+ 0,2
40 - 65	+ 19,8	+ 17,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 18,3	+ 16,3	+ 0,3	+ 0,2
65 und mehr	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1
Insgesamt ...	+ 50,4	+ 24,8	+ 56,0	+ 40,3	+ 6,9	+ 15,6	+ 1,3	+ 0,1
1980								
unter 18	+ 101,0	+ 64,0	+ 98,2	+ 63,7	+ 2,8	+ 8,2	+ 0,8	-
18 - 25	+ 84,9	+ 58,6	+ 60,6	+ 48,2	+ 24,0	+ 18,2	+ 0,5	+ 0,2
25 - 40	+ 54,3	+ 39,4	+ 18,2	+ 15,5	+ 33,7	+ 22,4	+ 2,5	+ 1,5
40 - 65	+ 4,0	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,4
65 und mehr	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,2
Insgesamt ...	+ 245,6	+ 159,7	+ 176,5	+ 127,1	+ 62,9	+ 38,3	+ 6,2	+ 2,3
1981								
unter 18	+ 42,3	+ 25,9	+ 40,6	+ 25,8	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0
18 - 25	+ 38,8	+ 19,8	+ 26,1	+ 16,3	+ 12,2	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,1
25 - 40	+ 18,8	+ 1,6	+ 5,6	+ 2,5	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,7
40 - 65	+ 6,2	+ 10,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 6,7	+ 9,4	+ 1,3	+ 0,1
65 und mehr	+ 0,1	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,0
Insgesamt ...	+ 85,6	+ 36,9	+ 71,4	+ 43,8	+ 10,3	+ 7,9	+ 3,9	+ 1,0

3.4 Wanderungen von Ausländern nach Ländern des Bundesgebietes

1982 wurden in allen Bundesländern - außer Berlin (West) - mehr Fortzüge von Ausländern nach dem Ausland als Zuzüge von dort registriert. Die höchsten Abwanderungsüberschüsse aus den Wanderungen von Ausländern über die Grenzen des Bundesgebietes hatten 1982 Nordrhein-Westfalen (- 42 000), Baden-Württemberg (- 37 000) und Bayern (- 14 000). Aus den Wanderungen von Ausländern zwischen den Bundesländern hatten 1982 Schleswig-Holstein, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern Zuwanderungsüberschüsse. In den übrigen Ländern haben die Zuzüge die Fortzüge nicht kompensiert.

Aus der Binnen- und Außenwanderung zusammen hatten 1982 alle Bundesländer außer Berlin (West) eine negative Wanderungsbilanz bei den Ausländern. Am stärksten abgenommen hat die Zahl der Ausländer durch Wanderungen in Nordrhein-Westfalen (- 44 000), Baden-Württemberg (- 37 000) und Bayern (- 12 000).

3.4 Wanderungen von Ausländern nach Ländern des Bundesgebietes

Land	Jahr	Zuzüge			Fortzüge			Überschuß der Zu-(+) bzw. Fortzüge (-)		
		Insgesamt	Über die Grenzen des Bundesgebietes	aus einem anderen Land des Bundesgebietes	Insgesamt	Über die Grenzen des Bundesgebietes	nach einem anderen Land des Bundesgebietes	Insgesamt	Über die Grenzen des Bundesgebietes	zwischen den Ländern des Bundesgebietes
Schleswig-Holstein	1976	12 149	8 851	3 298	13 789	10 254	3 535	- 1 640	- 1 403	- 237
	1978	12 530	9 600	2 930	11 274	8 203	3 071	+ 1 256	+ 1 397	- 141
	1982	11 199	8 161	3 038	11 835	9 043	2 792	- 636	- 882	+ 246
Hamburg	1976	16 366	11 518	4 848	17 454	14 290	3 164	- 1 088	- 2 772	+ 1 684
	1978	17 379	13 777	3 602	13 827	10 327	3 500	+ 3 552	+ 3 450	+ 102
	1982	14 988	12 102	2 886	15 746	12 418	3 328	- 758	- 316	- 442
Niedersachsen	1976	31 926	24 524	7 402	42 460	34 234	8 226	- 10 534	- 9 710	- 824
	1978	36 287	29 426	6 861	31 504	23 055	8 449	+ 4 783	+ 6 371	- 1 588
	1982	26 953	20 212	6 741	31 922	25 079	6 843	- 5 019	- 4 867	- 152
Bremen	1976	6 495	4 780	1 715	8 322	6 759	1 563	- 1 827	- 1 979	+ 152
	1978	7 420	5 696	1 724	6 421	4 652	1 769	+ 999	+ 1 844	- 45
	1982	5 799	4 203	1 596	6 844	5 313	1 531	- 1 045	- 1 110	+ 65
Nordrhein-Westfalen	1976	115 708	99 570	16 138	147 791	136 717	11 074	- 32 083	- 37 147	+ 5 064
	1978	133 004	117 576	15 428	117 155	102 473	14 682	+ 15 849	+ 15 103	+ 746
	1982	89 516	76 820	12 696	133 172	118 965	14 187	+ 43 656	- 42 165	- 1 491
Hessen	1976	51 104	41 860	9 244	66 083	56 641	9 442	- 14 979	- 14 781	- 198
	1978	60 780	49 270	11 518	51 577	41 975	9 602	+ 9 211	+ 7 295	+ 1 916
	1982	42 246	32 254	9 992	54 053	44 663	9 390	- 11 807	- 12 409	+ 602
Rheinland-Pfalz	1976	21 705	15 973	5 732	25 657	19 565	6 092	- 3 952	- 3 592	- 360
	1978	22 431	16 786	5 645	20 422	13 831	6 591	+ 2 009	+ 2 955	- 946
	1982	19 744	13 345	6 399	21 013	15 405	5 608	- 1 269	- 2 060	+ 791
Baden-Württemberg	1976	97 752	87 859	9 893	140 040	128 005	12 035	- 42 288	- 40 146	- 2 142
	1978	114 572	101 534	13 038	108 981	95 385	13 596	+ 5 591	+ 6 149	- 558
	1982	75 131	63 023	12 108	112 067	99 815	12 252	- 36 936	- 36 792	- 144
Bayern	1976	71 411	62 065	9 346	87 118	75 049	11 269	- 15 707	- 13 784	- 1 923
	1978	89 039	74 837	14 202	88 379	77 039	11 340	+ 660	- 2 202	+ 2 862
	1982	69 219	57 874	11 345	81 362	71 887	9 475	- 12 143	- 14 813	+ 1 870
Saarland	1976	5 887	4 806	1 081	6 645	4 526	2 119	- 758	+ 280	- 1 038
	1978	5 705	4 671	1 034	6 069	3 272	2 797	- 364	+ 1 399	- 1 763
	1982	5 913	4 590	1 323	6 148	3 955	2 193	- 235	+ 635	- 870
Berlin (West)	1976	28 546	26 352	2 194	31 133	28 764	2 369	- 2 587	- 2 412	- 175
	1978	35 996	33 551	2 445	28 817	25 784	3 033	+ 7 179	+ 7 767	- 588
	1982	32 721	29 865	2 856	30 506	27 335	3 171	+ 2 215	+ 2 530	- 315
Bundesgebiet	1976	459 049	388 158	70 891	586 492	515 604	70 888	-127 443	-127 446	+ 3)
	1978	535 151	456 724	78 427	484 426	405 996	78 430	+ 50 725	+ 50 728	+ 3)
	1982	393 429	322 449	70 980	504 718	433 890	70 828	-111 289	-111 449	+ 160)

a) Aufbereitungsdivergenz.

4 Haushalte und Familien

Zahlen über Haushalte und Familien der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer werden jährlich im Rahmen des Mikrozensus ermittelt. Hierbei handelt es sich um eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlatz von 1 %. Die bei jedem Stichprobenergebnis zu berücksichtigende Größe des Zufallsfehlers hängt insbesondere von der jeweiligen Zahl der Merkmalsfälle ab. Da sehr gering besetzte Tabellenfelder mit einem relativ hohen Stichprobenfehler behaftet sind, wurden in den Tabellenfeldern Ergebnisse der 1 %-Stichprobe mit - hochgerechnet - weniger als 5 000 Fällen durch (/) ersetzt.

4.1. Ausländische Frauen

Von den 1,421 Mill. ausländischen Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im April 1982 im Bundesgebiet lebten, wohnten 844 100 (59,4 %) mit ihren ledigen Kindern zusammen. Mehr als die Hälfte der ausländischen Frauen mit ledigen Kindern im Haushalt (55,6 %) war nicht erwerbstätig. Von den 1,799 Mill. ledigen Kindern hatten 40,1 % eine erwerbstätige und 59,9 % eine nicht erwerbstätige Mutter.

Die überwiegende Mehrzahl der Frauen mit ledigen Kindern (93,9 %) war verheiratet und lebte mit ihrem Ehepartner zusammen. Dagegen waren 61,1 % der ausländischen Frauen, die nicht mit ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenlebten, alleinstehend. Der Anteil der Erwerbstätigen war bei den verheirateten Frauen mit ledigen Kindern mit 43,1 % erheblich niedriger als bei den alleinstehenden mit 64,1 %.

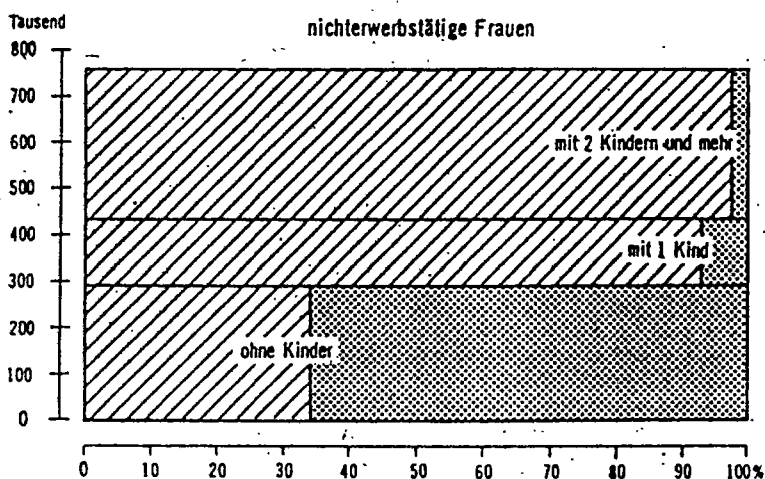
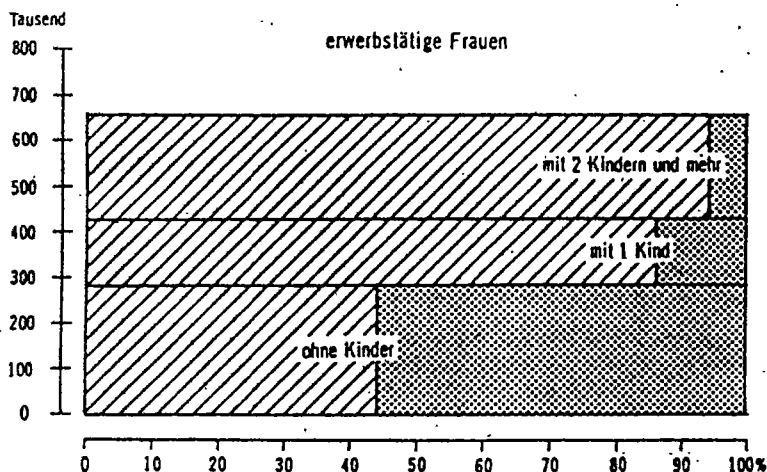
Insgesamt entfielen auf 100 ausländische Frauen 213 ledige Kinder; 100 Erwerbstätige hatten im Durchschnitt 192, 100 Nichterwerbstätige hingegen 230 Kinder. Auch hinsichtlich des Familienstandes zeigen sich deutliche Unterschiede in der durchschnittlichen Zahl der Kinder: Auf 100 verheiratete Frauen kamen 216, auf 100 alleinstehende jedoch 168 Kinder.

Von den verheirateten ausländischen Frauen, die erwerbstätig waren, hatten 26,9 % keine Kinder, 26,9 % hatten ein Kind und 46,2 % hatten zwei Kinder oder mehr. Bei den alleinstehenden erwerbstätigen Frauen, war der Anteil derjenigen, die keine Kinder hatten, mit 82,9 % rd. dreimal größer als bei den Verheirateten; 10,4 % hatten ein Kind, 6,7 % zwei oder mehr Kinder. Bei den verheirateten nichterwerbstätigen Frauen war dagegen der Anteil derjenigen, die nicht mit ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenlebten mit 18,0 % relativ gering; 24,0 % dieser Frauen hatten ein Kind und 58,0 % hatten zwei oder mehr Kinder. Dagegen hatte die weit überwiegende Mehrzahl der alleinstehenden nichterwerbstätigen Frauen (91,3 %) keine ledigen Kinder im Haushalt; die Anteile der Frauen mit einem bzw. zwei oder mehr Kindern waren dementsprechend mit 4,9 bzw. 3,8 % sehr niedrig.

AUSLÄNDISCHE FRAUEN IM APRIL 1982 NACH BETEILIGUNG AM ERWERBSLEBEN UND KINDERZAHL

Ergebnis des Mikrozensus

 Verheiratet zusammenlebende
  Alleinstehende



4.1 Ausländische Frauen im April 1982^{a)}

1 000

Frauen mit ... ledigen Kind(ern) 1)	Insgesamt			Verheiratet zusammenlebend			Alleinstehend		
	Insgesamt	erwerbstätig	nicht-erwerbstätig	zusammen	erwerbstätig	nicht-erwerbstätig	zusammen	erwerbstätig	nicht-erwerbstätig
1 Kind	208	146	142	258	126	132	30	20	10
2 Kinder und mehr	556	229	327	535	216	319	21	13	8
Frauen	844	375	469	793	342	451	51	33	18
Kinder	1 799	721	1 078	1 713	669	1 045	86	52	34
Außerdem: Frauen ohne Kinder	577	285	292	225	126	99	352	159	193

^{a)} Bevölkerung in Privathaushalten. - Frauen im Alter von 15 Jahren und mehr; Ergebnis des Mikrozensus.
1) Ohne Altersbegrenzung.

4.2 Ausländische Haushalte im April 1982 nach Ländern^{a)}

Land	Insgesamt	Ein- persen- haus- halte	Mehrpersonenhaushalte					Personen je Haus- halt
			zu- sammen	davon mit ... Personen				
				2	3	4	5 und mehr	
1 000								Anzahl
Schleswig-Holstein	30	11	20	6	/	/	6	2,79
Hamburg	62	17	45	14	13	10	8	2,67
Niedersachsen	98	19	79	17	20	21	22	3,25
Bremen	15	/	12	/	/	/	/	3,21
Nordrhein-Westfalen	470	95	376	91	89	100	96	3,18
Hessen	179	42	137	36	36	40	25	2,94
Rheinland-Pfalz	59	11	48	13	13	12	10	3,05
Baden-Württemberg	358	109	250	64	66	75	45	2,75
Bayern	279	73	207	51	57	62	37	2,86
Saarland	17	/	14	/	/	/	5	3,37
Berlin (West)	100	38	62	21	14	11	16	2,59
Bundesgebiet ...	1 668	419	1 248	321	314	339	275	2,95

^{a)} Bevölkerung in Privathaushalten. - Ergebnis des Mikrozensus.

4.2 Ausländische Haushalte nach Ländern

Im April 1982 lebte die Hälfte der in der Bundesrepublik Deutschland ermittelten ausländischen Haushalte in Nordrhein-Westfalen (28,2 %) und Baden-Württemberg (21,5 %). In Baden-Württemberg war fast jeder zehnte Haushalt (9,6 %) ein ausländischer Haushalt. In Berlin (West) lag dieser Anteil mit 9,7 % fast gleich hoch. Daneben wiesen noch Hessen (7,8 %), Hamburg (7,8 %) und Nordrhein-Westfalen (6,7 %) überdurchschnittliche Anteile auf. Die geringsten Anteile wiesen Schleswig-Holstein mit 2,8 und Niedersachsen mit 3,4 % auf.

Rund ein Viertel der Ausländerhaushalte im Bundesgebiet (25,1 %) waren Einpersonenhaushalte; 19,2 % der Ausländerhaushalte bestanden aus zwei, 18,8 % aus drei, 20,3 % aus vier und 16,5 % aus fünf und mehr Personen. Der Vergleich mit den deutschen Haushalten zeigt, daß die Ausländerhaushalte im Durchschnitt größer sind: 31,7 % der deutschen Haushalte waren Einpersonenhaushalte, 29,4 % setzten sich aus zwei, 17,6 % aus drei, 13,9 % aus vier und nur 7,4 % aus fünf und mehr Personen zusammen.

Die relativ meisten ausländischen Mehrpersonenhaushalte waren mit Anteilen von mehr als 80 % im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen zu verzeichnen. Die relativ meisten Einpersonenhaushalte bestanden mit einem Anteil von fast (38,3 %) in Berlin (West).

Die unterschiedliche Größenstruktur der ausländischen bzw. deutschen Haushalte wird auch in der durchschnittlichen Haushaltsgröße deutlich: Auf 100 Ausländerhaushalte im Bundesgebiet entfielen im April 1982 im Durchschnitt 295 Personen gegenüber 239 bei den deutschen Haushalten. Mit 337 Personen je 100 Ausländerhaushalte war dieser Wert im Saarland am höchsten. Aber auch die Ausländerhaushalte in Niedersachsen (325), in Bremen (321) und in Nordrhein-Westfalen (318) lagen, was die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder angeht, deutlich über dem Bundesdurchschnitt, während sie in Hamburg und Berlin mit 267 bzw. 259 Personen je 100 Haushalte ebenso deutlich darunter lagen.

4.3 Ausländische Familien nach Zahl der ledigen Kinder ohne Altersbegrenzung in der Familie

In der Bundesrepublik Deutschland lebten im April 1982 1,501 Mill. ausländische Familien. Davon waren 76,5 % Ehepaare und 23,5 % Alleinstehende (Ledige mit Kindern sowie verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete und Geschiedene mit oder ohne Kinder). Von den Ausländerfamilien insgesamt hatten 36,0 %, von den ausländischen Ehepaaren 23,4 % und von den Alleinstehenden dagegen 77,2 % keine ledigen Kinder in der Familie. Bei den alleinstehenden Ausländern betrug dieser Anteil 86,4 %, bei den alleinstehenden Ausländerinnen hingegen 62,5 %.

Im Vergleich dazu war - hauptsächlich aufgrund der anderen Altersstruktur der deutschen Bevölkerung - bei den deutschen Familien der Anteil der Ehepaare mit 65,3 % deutlich geringer, während der Anteil der Alleinstehenden entsprechend höher war. Von den deutschen Familien hatten - ebenfalls weitgehend altersstrukturbedingt - 53,7 % keine ledigen Kinder, von den deutschen Ehepaaren waren dies 40,5 % und von den Alleinstehenden mit deutscher Staatsangehörigkeit sogar 78,7 %, wobei auch hier dieser Anteil bei den Männern mit 84,3 % höher lag als bei den Frauen (77,3 %).

Von den ausländischen Familien hatten 22,9 % ein Kind, 23,4 % zwei und 17,6 % drei oder mehr Kinder. Von den Familien mit einem Kind waren 85,5 % Ehepaare, 8,8 % alleinerziehende Mütter und 5,6 % alleinerziehende Väter. Bei den Familien mit zwei Kindern belief sich der Anteil der Ehepaare auf 94,5 %, während die alleinerziehenden Mütter 3,6 und die alleinerziehenden Väter 1,9 % ausmachten. Unter den Familien mit drei und mehr Kindern war der Anteil der Ehepaare mit 95,7 % am höchsten. Der Anteil der alleinstehenden Mütter betrug hier 3,1 %, derjenige der alleinerziehenden Väter hingegen weniger als 1,2 %.

Von den rd. 2 Mill. ledigen Kindern in Ausländerfamilien lebte der weitaus größte Teil (93,5 %) bei verheiratet zusammenlebenden Eltern; 1,4 % von ihnen lebten bei einem verheiratet getrenntlebenden Vater, 1,4 % bei einer verheiratet getrenntlebenden Mutter. Jeweils 0,3 % der Kinder lebten bei einem verwitweten bzw. geschiedenen Vater, während 1,0 bzw. 1,3 % mit einer verwitweten bzw. geschiedenen Mutter zusammen lebten.

4.3 Ausländische Familien im April 1982 nach Zahl der ledigen Kinder ohne Altersbegrenzung in der Familie^{*)}

1 000

Ledige Kinder in der Familie	Ins- gesamt	Ehe- paare	Alleinstehende									
			Männer					Frauen				
			Zu- sammen	Zusam- men 1)	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden	Zu- sammen	ledig	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden
Familien	1 501	1 149	353	216	160	16	37	137	9	39	48	42
Ohne Kinder	540	268	272	187	141	13	33	86	2	25	36	25
Mit Kindern	961	880	81	29	28	/	/	51	9	14	11	17
1 Kind	344	294	58	19	14	/	/	38	7	7	6	11
2 Kinder	352	332	19	7	/	/	/	13	/	/	/	/
3 Kinder und mehr Kinder	265	254	11	/	/	/	/	8	/	/	/	/
	2 016	1 886	130	44	29	7	6	86	12	28	20	27

^{*)} Bevölkerung in Privathaushalten; Ergebnis des Mikrozensus.

1) Einschließlich einer geringen Zahl der ledigen Väter.

5 Wohnverhältnisse

Durch die Jahr für Jahr gestiegene Ausländerzahl haben sich die damit verbundenen sozialen Probleme, z.B. einer angemessenen Versorgung der Ausländer mit Wohnraum, erheblich verstärkt. Dies gilt insbesondere für die Ballungsräume. Gestiegen ist daher auch das Interesse sowohl der Öffentlichkeit als auch der mit der Lösung der vielfältigen Probleme betrauten Stellen an ausführlichem Informationsmaterial über die Lebensverhältnisse der Ausländer.

Die Wohnverhältnisse der ausländischen Haushalte sind zuletzt im Rahmen einer 1 %-Wohnungstichprobe untersucht worden, die zusammen mit dem Mikrozensus im Frühjahr 1978 durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Repräsentativerhebung wurden - wie schon bei der 1 %-Wohnungstichprobe 1972 - die wohnungstatistischen Merkmale Wohnverhältnis, Größe und Ausstattung der Wohneinheit, Miete und Baualter des Gebäudes im Zusammenhang mit den Haushaltsmerkmalen soziale Stellung, Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen erfragt. Zum Vergleich sind in diesem Abschnitt den Daten über ausländische Haushalte entsprechende Angaben für deutsche Haushalte gegenübergestellt worden.

Bei derartigen Befragungen ist es schwer, die Ausländer vollständig zu erfassen. Neben Sprachschwierigkeiten ist dies darauf zurückzuführen, daß viele von ihnen allein leben, in behelfsmäßigen Unterkünften untergebracht oder illegal eingereist sind und damit zu Personengruppen gehören, die bei Zählungen ohnehin schwierig zu erreichen sind. Gleichwohl dürften die hier dargestellten Zahlen ein hinreichend repräsentatives Strukturbild von den Wohnverhältnissen der Ausländer im Jahr 1978 vermitteln.

5.1 Haushalte insgesamt nach Haushaltsgröße

Die nach der Personenzahl gegliederten deutschen und ausländischen Haushalte aus der 1 %-Wohnungsstichprobe 1978 lassen im Vergleich zu den Stichprobenergebnissen von 1972 einige wesentliche Verschiebungen erkennen. Bei den ausländischen Haushalten fällt auf, daß sich der 1972 festgestellte hohe Anteil der Einpersonenhaushalte (40 % gegenüber 26 % bei deutschen Haushalten) erheblich verringert hat und nur noch rund 29 % betrug. Umgekehrt hat sich der Anteil der deutschen Einpersonenhaushalte auf knapp 30 % erhöht. Auch bei den ausländischen Haushalten mit 2 Personen ist eine anteilmäßige Verringerung von 23 % auf rund 21 % festzustellen. Dagegen haben sich bei den Ausländern die Anteile der Haushalte mit 4 Personen von 12 % auf über 18 % und mit 5 oder mehr Personen von 9 % auf knapp 13 % verschoben.

Auch hinsichtlich des Wohnverhältnisses haben sich bei den ausländischen Haushalten die Anteile auffällig verändert. Wohnten 1972 noch 34 % der Haushalte zur Untermiete, so waren es 1978 nur noch knapp 10 %. Umgekehrt hat sich bei den ausländischen Hauptmieterhaushalten der Anteil von 62 % im Jahre 1972 auf knapp 85 % 1978 erhöht.

Im Zusammenhang zwischen Haushaltsgröße und Wohnverhältnis zeigt sich, daß bei den Ausländern mit zunehmender Personenzahl vor allem der Anteil der Hauptmieter steigt. So wohnten 1978 von den Einpersonenhaushalten 69 % als Hauptmieter; bei den Haushalten mit 2 Personen waren es bereits 88 % und bei den Haushalten mit 3 oder mehr Personen rund 93 %. Gegenläufig ist die Bewegung bei den ausländischen Untermietern. Ihr Anteil betrug 1978 bei den Einpersonenhaushalten knapp 29 % und ging bei den Zweipersonen-Haushalten bereits auf 4 % zurück.

Zieht man zum Vergleich die deutschen Haushalte heran, so wird deutlich, daß bei ihnen mit steigender Personenzahl der Anteil der Hauptmieter stetig zugunsten der Eigentümer abnimmt, so daß 1978 einem Rückgang der Hauptmieterquote von über 72 % bei den Einpersonenhaushalten auf 34 % bei den Haushalten mit 5 oder mehr Personen eine Zunahme des Eigentümeranteiles von etwas über 19 % auf knapp 66 % gegenüberstand.

5.1 Haushalte insgesamt 1978 nach Haushaltsgröße

Haushalte mit ... Person(en) Staatsangehörigkeit	Haus- halte ins- gesamt	Davon					
		Hauptmieter-		Eigentümer-		Untermieter-	
		Haushalte		Haushalte		Haushalte	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
1							
ausländische Haushalte	338	233	69,0	7	2,2	97	28,8
deutsche Haushalte	6 700	4 849	72,4	1 291	19,3	560	8,4
2							
ausländische Haushalte	245	217	88,3	19	7,8	10	4,0
deutsche Haushalte	6 485	4 087	63,0	2 358	36,4	41	0,6
3							
ausländische Haushalte	234	217	92,6	13	5,5	5	1,9
deutsche Haushalte	4 012	2 250	56,1	1 747	43,6	14	0,4
4							
ausländische Haushalte	215	198	91,9	14	6,7	3	1,4
deutsche Haushalte	3 254	1 514	46,5	1 731	53,2	10	0,3
5 und mehr							
ausländische Haushalte	150	138	92,6	10	6,6	1	0,9
deutsche Haushalte	2 067	703	34,0	1 361	65,8	4	0,2
Insgesamt							
ausländische Haushalte	1 182	1 003	84,9	64	5,4	116	9,8
deutsche Haushalte	22 518	13 403	59,5	8 487	37,7	628	2,8

1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen und ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten.

5.2 Haushalte insgesamt nach Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen

Nach den Angaben der in der Wohnungsstichprobe 1978 erfassten Haushalte verfügten von rund 22,5 Mill. deutschen Haushalten knapp 16 % über ein monatliches Nettoeinkommen bis unter 1 000,- DM. Bei den etwa 1,2 Mill. nichtdeutschen Haushalten betrug der Anteil nur etwas über 10 %. Umgekehrt hatten rund 54 % der Deutschen, dagegen fast 68 % der Ausländer ein Nettoeinkommen zwischen 1 000,- DM bis unter 2 500,- DM. Bei einem Einkommen von mindestens 2 500,- DM lag der Anteil der deutschen Haushalte mit 25 % deutlich über dem der Nichtdeutschen mit knapp 20 %. Allerdings wurden von rund 5 % der Deutschen, aber nur von rund 2 % der Ausländer keine Angaben zum Einkommen gemacht.

Bei einer Gliederung der Haushalte nach der Größe lassen sich einige von diesen Feststellungen interessante Abweichungen erkennen. Mit zunehmender Haushaltsgröße sanken in den unteren Einkommensklassen (bis unter 1 000,- DM) die Anteile sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern. Bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1 000,- DM bis unter 1 800,- DM verringerte sich diese Tendenz; bei den nichtdeutschen Haushalten läßt sich mit zunehmender Personenzahl bereits hier eine Trendwende erkennen, die sich in den Klassen ab 1 800,- DM verstärkt. Bei einem Nettoeinkommen von 2 500,- DM und mehr liegen mit zunehmender Personenzahl die Anteile der deutschen Haushalte deutlich über denen der Ausländer. Von den Haushalten mit 4 Personen verfügten fast 43 % der Deutschen, dagegen nur rund 26 % ausländischer Haushalte über mindestens 2 500,- DM monatlich. Bei den Haushalten mit 5 oder mehr Personen betrug der Anteil in dieser Einkommensklasse bei den deutschen Haushalten knapp 45 % und bei den Nichtdeutschen 29 %.

Ein Blick auf die Mehrpersonenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren läßt in den unteren Einkommensklassen ähnliche Verhältnisse wie bei der Gliederung nach der Haushaltsgröße erkennen.

In der gleichen Weise steigen bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1 000,-DM bis unter 1 800,-DM die Anteile der nichtdeutschen Haushalte mit steigender Kinderzahl und erreichen bei 3 und mehr Kindern in dieser Klasse mit fast 44% ihren höchsten Anteil. Bei

einem Monatsnettoeinkommen von 1 800,- bis unter 2 500,- DM und von mindestens 2 500,- DM steigen für die deutschen Haushalte mit 1 oder 2 Kindern die Anteile zunächst an, erreichen bei 2 Kindern und mindestens 2 500,- DM knapp 36 %, um dann bei 3 und mehr Kindern wieder abzusinken. Bei nichtdeutschen Haushalten nehmen die Anteile am Nettoeinkommen in diesen beiden Klassen mit steigender Kinderzahl stetig ab.

5.2 Haushalte insgesamt 1978 nach Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen

Haushalte mit ... Person(en) Staatsangehörigkeit	Haushalte insgesamt ¹⁾	Davon mit einem monatlichen Haushalts- nettoeinkommen von ... bis unter ... DM					
		unter 600	600 - 1 000	1 000 - 1 800	1 800 - 2 500	2 500 und mehr	ohne An- gabe
		1 000					
1							
ausländische Haushalte	338	9,6	18,0	58,6	8,1	2,6	3,1
deutsche Haushalte	6 700	13,3	30,1	41,1	8,2	3,2	4,1
2							
ausländische Haushalte	245	1,3	5,8	32,5	35,4	23,3	1,7
deutsche Haushalte	6 485	1,5	6,7	36,3	26,1	24,7	4,7
3							
ausländische Haushalte	234	0,1	2,4	31,8	35,5	27,8	2,3
deutsche Haushalte	4 012	0,4	2,0	24,5	30,9	37,4	4,8
4							
ausländische Haushalte	215	0,2	1,3	35,5	34,7	26,3	1,9
deutsche Haushalte	3 254	0,2	1,1	22,0	28,6	42,6	5,6
5 und mehr							
ausländische Haushalte	150	0,1	0,7	37,0	31,0	29,0	2,3
deutsche Haushalte	2 067	0,1	0,8	18,5	24,1	44,5	12,0
Insgesamt							
ausländische Haushalte	1 182	3,1	7,2	40,9	26,9	19,6	2,3
deutsche Haushalte	22 518	4,5	11,4	32,0	21,8	25,0	5,3
darunter:							
Mehrpersonenhaushalte mit							
... Kindern unter 18 Jahren							
0							
ausländische Haushalte	275	0,9	4,2	28,1	35,0	30,0	1,8
deutsche Haushalte	8 187	1,0	4,7	29,4	25,7	33,3	5,9
1							
ausländische Haushalte	242	0,3	2,9	32,5	34,7	27,3	2,3
deutsche Haushalte	3 691	0,8	2,8	26,9	29,2	35,5	4,8
2							
ausländische Haushalte	203	0,2	2,0	37,3	34,4	23,8	2,2
deutsche Haushalte	2 699	0,3	1,9	26,0	30,1	35,8	5,9
3 und mehr							
ausländische Haushalte	124	0,2	0,9	43,7	33,0	20,6	1,6
deutsche Haushalte	1 242	0,3	1,8	27,8	28,5	32,6	9,1
Insgesamt							
ausländische Haushalte	844	0,5	2,8	33,9	34,5	26,4	2,0
deutsche Haushalte	15 818	0,8	3,6	28,1	27,5	34,2	5,9

1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen und ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten.

5.3 Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte nach Haushaltsgröße und Zahl der selbstbewohnten Räume

Als Maßstab für die Größe der Wohnungen deutscher und nichtdeutscher Haushalte kann die Zahl der selbstbewohnten Räume oder die Fläche der Wohnung herangezogen werden.

Gemessen an der Raumzahl besaßen von den bei der Wohnungsstichprobe 1978 erfassten knapp 22 Mill. deutschen Hauptmieter- und Eigentümerhaushalten einer Wohneinheit weniger als 9 % einen oder zwei Räume. Etwa 19 % verfügten über 3 Räume, 30 % hatten 4 und fast 42 % 5 oder mehr Räume. Bei den ausländischen Haushalten mußten sich mehr als 21 % mit einem oder zwei Räumen begnügen, rund 27 % kamen auf 3 und etwa 32 % auf 4 Räume. Bei den Wohneinheiten mit 5 oder mehr Räumen betrug ihr Anteil nur rund 20 %.

Sowohl bei den deutschen als auch bei den ausländischen Haushalten nimmt mit wachsender Personenzahl auch die Zahl der selbstbewohnten Räume zu. Es zeigen sich aber auch hier erhebliche Unterschiede. So besaßen nur rund 8 % der deutschen Dreipersonenhaushalte 3 Räume, dagegen belief sich der Anteil bei den ausländischen Haushalten auf 29 %. Umgekehrt betrug bei dieser Haushaltsgröße der Anteil der Wohneinheiten mit 5 oder mehr Räumen bei deutschen Haushalten knapp 52 %, bei den Ausländern aber nur etwas über 20 %.

Ähnliche Abweichungen zeigen sich bei den Haushalten mit 4 bzw. 5 und mehr Personen, bezogen auf Wohneinheiten mit 4 oder 5 und mehr selbstbewohnten Räumen.

5.3 Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte 1978 nach Haushaltsgröße
und Zahl der selbstbewohnten Räume

Haushalte mit ... Person(en) Staatsangehörigkeit	Hauptmieter- und Eigen- tümerhaus- halte 1)	Davon in Wohneinheiten mit ... selbstbewohnten Räumen				
		1	2	3	4	5 und mehr
	1 000	%				
1						
ausländische Haushalte	240	21,4	34,7	25,7	12,7	5,4
deutsche Haushalte	6 140	7,3	18,4	35,1	24,8	14,4
2						
ausländische Haushalte	236	4,7	15,3	35,6	29,6	14,8
deutsche Haushalte	6 444	1,0	3,1	24,7	38,0	33,2
3						
ausländische Haushalte	230	2,1	8,9	29,0	39,8	20,2
deutsche Haushalte	3 998	0,7	0,9	7,7	38,9	51,8
4						
ausländische Haushalte	212	1,5	5,2	23,0	42,9	27,4
deutsche Haushalte	3 245	0,7	0,4	3,2	24,8	70,9
5 und mehr						
ausländische Haushalte	148	1,3	3,2	17,0	37,9	40,6
deutsche Haushalte	2 063	0,6	0,3	1,6	11,5	86,1
Insgesamt						
ausländische Haushalte	1 066	6,8	14,6	26,9	31,8	19,9
deutsche Haushalte	21 890	2,6	6,3	19,1	30,0	41,9

1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen und ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten.

5.4 Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte nach Haushaltsgröße und Zahl der selbstbewohnten Wohnfläche

Zieht man die Fläche zur Beurteilung der Wohnungsgröße heran, so werden die im Zusammenhang mit der Zahl der Räume getroffenen Feststellungen bestätigt.

Mit einer Fläche unter 40 m² begnügten sich nur rund 8 % der Deutschen, aber 20 % der Ausländer. Demgegenüber verfügten mehr als 25 % der deutschen Haushalte über die Wohneinheiten mit einer Fläche von 100 m² und mehr, dagegen nur 9 % der Ausländerhaushalte.

Zieht man die Haushaltsgröße in die Betrachtung ein, so zeigt sich, daß mehr als 50 % der ausländischen Einpersonenhaushalte in Wohneinheiten mit einer Fläche von weniger als 40 m² untergebracht waren, während bei den Deutschen der Anteil nur bei knapp 23 % lag. Mit zunehmender Personenzahl gewinnen die mittleren und oberen Größenklassen anteilmäßig an Gewicht. Die größeren Wohneinheiten werden jedoch häufiger von deutschen als von nichtdeutschen Haushalten bewohnt. Bei den Haushalten mit 4 Personen waren Ausländer überwiegend in Wohneinheiten mit einer Fläche zwischen 60 und 80 m² anzutreffen, während deutschen Haushalten mit entsprechender Personenzahl vorzugsweise 100 und mehr m² zur Verfügung standen. Die gleichen Feststellungen lassen sich bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen treffen.

5.4 Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte 1978 nach Haushaltsgröße
und Zahl der selbstbewohnten Wohnfläche

Haushalte mit ... Person(en) Staatsangehörigkeit	Hauptmieter- und Eigen- tümerhaus- halte 1)	Davon in Wohneinheiten mit einer Fläche von ... bis unter ... m²				
		unter 40	40 60	60 80	80 100	100 und mehr
		1 000	%			
1						
ausländische Haushalte	240	52,1	27,9	13,4	3,8	2,7
deutsche Haushalte	6 140	22,5	37,4	24,2	9,6	6,3
2						
ausländische Haushalte	236	19,0	34,4	27,9	10,8	7,8
deutsche Haushalte	6 444	3,5	23,7	35,2	20,0	17,6
3						
ausländische Haushalte	230	10,4	29,7	36,3	14,4	9,1
deutsche Haushalte	3 998	1,3	9,2	32,6	25,8	31,0
4						
ausländische Haushalte	212	6,5	27,8	34,5	19,0	12,2
deutsche Haushalte	3 245	1,1	4,4	22,2	26,3	46,1
5 und mehr						
ausländische Haushalte	148	4,3	20,9	33,3	23,9	17,7
deutsche Haushalte	2 063	0,8	2,2	12,7	22,7	61,6
Insgesamt						
ausländische Haushalte	1 066	20,1	28,7	28,5	13,5	9,2
deutsche Haushalte	21 890	7,8	20,0	27,6	19,3	25,2

1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich
gemieteten Wohnungen und ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten.

5.5 Hauptmieterhaushalte nach Ausstattung der Wohneinheit

Gliedert man die von deutschen und ausländischen Hauptmieterhaushalten bewohnten Wohneinheiten hinsichtlich ihrer sanitären Ausstattung nach Ausstattungstypen, so zeigt ein Vergleich der beiden Bevölkerungsgruppen, daß Ausländer häufiger als Deutsche in sanitär schlechter ausgestatteten Einheiten anzutreffen sind.

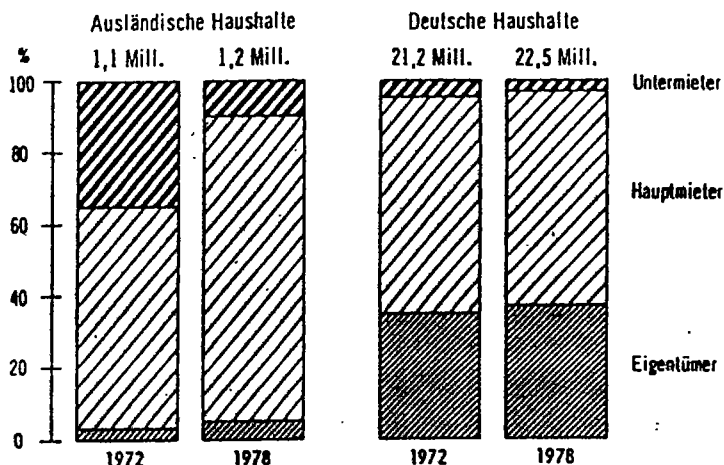
Nach den Angaben in der Wohnungsstichprobe 1978 lebten aber immerhin über 63 % der rund 1 Mill. ausländischen Hauptmieterhaushalte in Wohneinheiten, die Bad und WC besaßen. Etwas mehr als 36 % dieser Haushalte verfügten außerdem über eine Sammelheizung in ihrer Wohneinheit. Der Anteil ist jedoch gering, wenn zum Vergleich die Zahlen für deutsche Hauptmieterhaushalte herangezogen werden. Fast 86 % dieser 13,4 Mill. Haushalte befanden sich in Wohneinheiten mit Bad und WC, während mehr als 57 % auch eine Sammelheizung besaßen. In Wohneinheiten mit WC aber ohne Bad lebten nur knapp 7 % der deutschen, aber über 14 % der ausländischen Hauptmieterhaushalte. Die "sonstigen" Wohneinheiten, die zwar über ein Bad verfügen können, aber kein WC haben oder aber ein WC aufweisen, das außerhalb der Einheit liegt, wurden nur von knapp 8 % der deutschen, dagegen von über 22 % der ausländischen Haushalte bewohnt.

5.5 Hauptmieterhaushalte 1978 nach
Ausstattung der Wohneinheit

Staatsangehörigkeit	Haupt- mieter- haushalte insgesamt 1)	Davon Wohneinheiten			
		mit Bad, WC und/ohne Sammelheizung	ohne Bad, WC in der Wohnung	mit sonstiger Ausstattung	
	1 000	%			
Ausländisch	1 003	36,2	27,1	14,4	22,4
Deutsch	13 403	57,2	28,3	6,9	7,6
Insgesamt ...	14 406	55,7	28,2	7,4	8,6

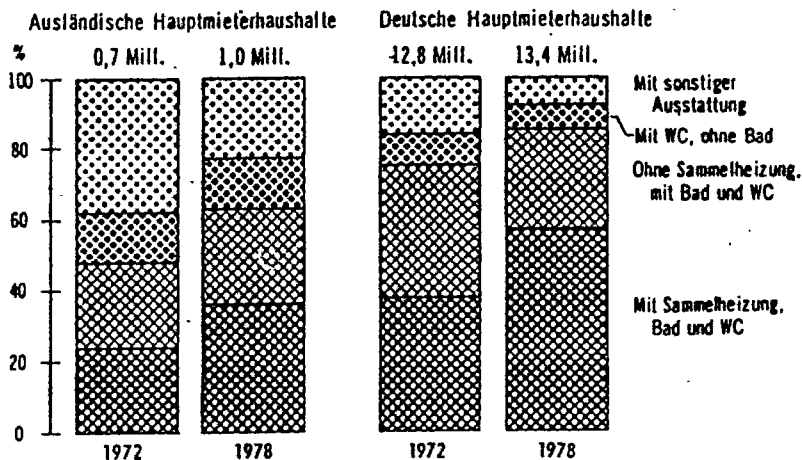
1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen und ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten.

WOHNVERHÄLTNIS DER HAUSHALTE VON AUSLÄNDERN UND DEUTSCHEN 1972 UND 1978



Statistisches Bundesamt 83 0793

HAUPTMIETERHAUSHALTE VON AUSLÄNDERN UND DEUTSCHEN 1972 UND 1978 NACH AUSSTATTUNG DER WOHN-EINHEIT



Statistisches Bundesamt 83 0794

5.6 Hauptmieterhaushalte in Gebäuden nach Haushaltsgröße und Baujahr des Gebäudes

Anhand der vorliegenden Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1978 kann festgestellt werden, daß sich die Wohneinheiten ausländischer Hauptmieterhaushalte relativ häufiger in Altbauten befanden als die deutscher Hauptmieter. Für Ausländer betrug der Anteil in bis 1918 errichteten Gebäuden rund 38 %, für Deutsche dagegen nur etwa 21 %. Mit zunehmender Haushaltsgröße stieg für die ausländischen Haushalte der Anteil in Altbauten von knapp 37 % bei Einpersonenhaushalten auf über 44 % für Haushalte mit 5 und mehr Personen.

Betrachtet man die bis 1948 erstellten Gebäude, so zeigt sich daß nahezu 51 % der Ausländer gegenüber knapp 36 % der deutschen Haushalte dort wohnten. Im Jahre 1972 hatte der Anteil für Ausländer bei 58 % und für Deutsche bei 43 % gelegen.

5.7 Hauptmieterhaushalte in Gebäuden nach Baujahr des Gebäudes, öffentlicher Förderung und Mietbelastung

Von den rund 49 % ausländischen Hauptmieterhaushalten, die 1978 in den nach 1948 errichteten Gebäuden lebten, besaßen nicht ganz 20 % eine öffentlich geförderte Wohnung, während fast 30 % in freifinanzierten Einheiten wohnten. Für die deutschen Hauptmieter belief sich der Anteil in Gebäuden, die nach 1948 gebaut worden sind, auf rund 64 %; davon waren knapp 29 % in öffentlich geförderten und nahezu 36 % in freifinanzierten Wohneinheiten untergebracht.

Der Umstand, daß ausländische Hauptmieterhaushalte häufiger als deutsche in älteren und auch sanitär schlechter ausgestatteten Wohneinheiten anzutreffen sind, bewirkt eine für sie im Durchschnitt geringere Monatsmiete. Im Frühjahr 1978 betrug die Miete je Wohneinheit für ausländische Hauptmieter durchschnittlich 248,- DM, für deutsche Hauptmieterhaushalte dagegen 281,- DM. Für Wohneinheiten in bis 1948 erstellten Gebäuden zahlten Ausländer im Durchschnitt 205,- DM und Deutsche 240,- DM. In den nach 1948 errichteten Gebäuden mußte eine durchschnittliche Miete von 291,- DM von ausländischen und 302,- DM von deutschen Hauptmieterhaushalten monatlich entrichtet werden. Am höchsten war die Durchschnittsmiete für Ausländer im nichtöffentlichen Wohnungsbau mit 319,- DM je Wohneinheit.

Auch die Mietbelastung, das ist der Anteil der Miete am Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts, war 1978 bei den ausländischen Haushalten wesentlich niedriger als bei deutschen Hauptmieterhaushalten. Mehr als 39 % der Ausländer, dagegen nur 22 % der Deutschen gaben weniger als 10 % ihres Einkommens für die wohnliche Unterbringung aus. Eine Mietbelastung von 25 % und mehr hatten knapp 17 % der deutschen gegenüber rund 10 % der ausländischen Hauptmieterhaushalte.

5.6 Hauptmieterhaushalte in Gebäuden 1978 nach Haushaltsgröße und Baujahr des Gebäudes

Haushalte mit ... Person(en) Staatsangehörigkeit	Hauptmieter- haushalte in Gebäuden insgesamt 1)	Davon in ... errichteten Gebäuden			
		bis 1918	1919-1948	1949-1964	1965 und später
	1 000				
1					
ausländische Haushalte	231	36,8	10,4	32,7	20,0
deutsche Haushalte	4 839	24,4	15,3	37,3	23,0
2					
ausländische Haushalte	215	36,0	12,6	29,3	22,1
deutsche Haushalte	4 078	19,5	14,9	40,4	28,1
3					
ausländische Haushalte	216	37,8	12,5	29,0	20,7
deutsche Haushalte	2 247	18,2	13,0	37,6	31,2
4					
ausländische Haushalte	197	38,0	13,8	26,5	21,7
deutsche Haushalte	1 512	18,8	12,5	35,9	32,9
5 und mehr					
ausländische Haushalte	138	44,2	13,0	24,3	18,4
deutsche Haushalte	700	21,8	13,9	32,1	32,3
Insgesamt					
ausländische Haushalte	997	38,1	12,4	28,8	28,7
deutsche Haushalte	13 376	21,1	14,4	37,9	26,6

1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen und ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten.

5.7 Hauptmieterhaushalte in Gebäuden 1978 nach Baujahr des Gebäudes, Öffentlicher Förderung und Mietbelastung

Gegenstand der Nachweisung	Hauptmieterhaushalte in Gebäuden		Davon mit einer monatlichen Mietbe- lastung von ... bis unter ... %					Durch- schnitts- miete je Wohn- einheit
	insgesamt 1)		mit Miet-u. Einkommens- angabe 2)					
	1 000	%	1 000	%	unter 10	10 r 15	15 - 25	25 und mehr
Insgesamt								
ausländische Haushalte	990	100	919		39,4	26,2	24,4	9,9
deutsche Haushalte	13 112	100	11 167		22,0	27,3	33,9	16,9
In bis 1948 errichteten Gebäuden								
ausländische Haushalte	501	50,6	465		50,6	25,0	18,1	6,3
deutsche Haushalte	4 679	35,7	3 767		30,0	26,8	28,6	14,6
In nach 1948 errichteten Gebäuden								
ausländische Haushalte	490	49,4	454		28,0	27,4	30,9	13,7
deutsche Haushalte	8 433	64,3	7 410		17,9	27,5	36,5	18,0
Davon: Öffentlich gefördert								
ausländische Haushalte	195	19,7	188		29,6	29,4	30,0	11,0
deutsche Haushalte	3 754	28,6	3 504		20,3	29,6	35,1	15,1
nicht Öffentlich gefördert								
ausländische Haushalte	294	29,7	266		26,8	26,0	31,6	15,6
deutsche Haushalte	4 679	35,7	3 906		15,8	25,7	37,9	20,7

1) Ohne Haushalte in von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten sowie Haushalte, deren Miete wegen finanzieller Vorleistung ermäßigt ist.

2) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 DM und mehr.

6 Ausbildung

Angaben über ausländische Schüler stehen aus der Schulstatistik zur Verfügung. Im Rahmen dieser Statistik werden die Ausländer an Einrichtungen des allgemeinen und beruflichen Schulwesens sowie der beruflichen Bildung nach der Staatsangehörigkeit nachgewiesen.

6.1 Ausländische Schüler an Einrichtungen des allgemeinen Schulwesens nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Die starke Zunahme der Zahl von Ausländern der zweiten Generation, von jungen Menschen also, die entweder bereits in der Bundesrepublik Deutschland geboren wurden oder im Rahmen des Familiennachzugs hierher gekommen sind, stellt die Schulverwaltung vor erhebliche Probleme. Ein Blick auf die Entwicklung der ausländischen Schülerzahlen verdeutlicht dies. Im Schuljahr 1965 besuchten nur 35 000 ausländische Schüler Schulen der allgemeinen Ausbildung. Im Schuljahr 1972 waren es bereits 256 000; innerhalb von 7 Jahren hatte sich ihre Zahl somit versiebenfacht. Im Schuljahr 1981 besuchten rd. 662 000 ausländische Kinder und Jugendliche Schulen der allgemeinen Ausbildung; das sind 406 000 oder 159 % mehr als 1972. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Schüler betrug 1981 8 %. Von den 662 000 Schülern an Einrichtungen des allgemeinen Schulwesens waren mit rd. 570 000 oder 86 % die weitaus meisten Grund- und Hauptschüler. Der Anteil der Gymnasiasten betrug 7 %.

Die Gliederung der ausländischen Grund- und Hauptschüler nach der Staatsangehörigkeit spiegelt weitgehend die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung des Bundesgebiets nach ihrer Nationalität wider. So besaßen 56 % die türkische, 11 % die italienische, 10 % die jugoslawische und 8 % die griechische Staatsangehörigkeit. Bei den Realschulen betrug der Anteil der türkischen Schüler nur 31 % und bei den Gymnasien 18 %. Der Prozentsatz türkischer Schüler vermindert sich also bei den weiterführenden Schulen. Dabei dürften ohne Zweifel auch sprachliche Probleme eine Rolle spielen, denn bei den Schülern mit ausländischer Staatsangehörigkeit - und zwar den Österreichern und Schweizern -, aber deutscher Muttersprache, verschieben sich die Anteile zugunsten der höherqualifizierten Bildungsgänge. So waren von den Schülern an Grund- und Hauptschulen 1981 nur 0,8 % Österreicher und 0,1 Schweizer; bei den Realschulen betrugen die entsprechenden Werte 4 bzw. 0,3 % und bei den Gymnasien 11 bzw. 1,4 %.

6.1 Ausländische Schüler an Einrichtungen
des allgemeinen Schulwesens 1981
nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Grund- und Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Gesamtschulen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	537 752	94,4	30 647	89,0	36 040	81,0	11 073	83,0
Belgien	696	0,1	153	0,4	426	1,0	46	0,3
Dänemark	350	0,1	92	0,3	235	0,5	20	0,2
Frankreich	1 457	0,3	204	0,6	1 064	2,4	148	1,1
Griechenland	42 772	7,5	2 963	8,6	4 390	9,9	622	4,7
Großbritannien und Nordirland	2 456	0,4	452	1,3	1 243	2,8	228	1,7
Irland	68	0,0	3	0,0	48	0,1	2	0,0
Italien	64 380	11,3	4 279	12,4	3 246	7,3	1 247	9,3
Luxemburg	95	0,0	18	0,1	46	0,1	2	0,0
Niederlande	3 194	0,6	820	2,4	1 404	3,2	124	0,9
EG-Staaten ...	115 468	20,3	8 984	26,1	12 102	27,2	2 439	18,3
Jugoslawien	58 982	10,4	5 363	15,6	4 729	10,6	938	7,0
Norwegen	64	0,0	7	0,0	164	0,4	5	0,0
Österreich	4 763	0,8	1 347	3,9	4 734	10,6	313	2,3
Portugal	16 008	2,8	1 106	3,2	786	1,8	268	2,0
Schweiz	317	0,1	87	0,3	614	1,4	71	0,5
Spanien	18 105	3,2	2 253	6,5	2 095	4,7	557	4,2
Türkei	318 968	56,0	10 681	31,0	7 935	17,8	6 043	45,3
Obriges Europa	5 077	0,9	819	2,4	2 881	6,5	439	3,3
Afrika	7 082	1,2	251	0,7	563	1,3	199	1,5
Amerika	3 080	0,5	904	2,6	3 515	7,9	1 193	8,9
Asien	10 398	1,8	850	2,5	3 099	7,0	529	4,0
Australien und Ozeanien	127	0,0	31	0,1	124	0,3	37	0,3
Staatenlos, unge- klärt und ohne Angabe	11 303	2,0	1 743	5,1	1 173	2,6	315	2,4
Insgesamt ...	569 742	100	34 426	100	44 514	100	13 346	100

In den Tabellen 6.2 und 6.3 werden ausländische Schüler an Einrichtungen des beruflichen Schulwesens bzw. der beruflichen Bildung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten nachgewiesen.

1981 besuchten etwa 119 400 Ausländer Schulen der beruflichen Ausbildung. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler betrug knapp 5 %.

Nahezu 100 000 oder 84 % der ausländischen Jugendlichen erhielten eine Ausbildung an Berufs- und Berufssonderschulen, 13 % an Berufsfachschulen, 0,3 % an Berufsaufbauschulen sowie 3 % an Fachoberschulen und Fachgymnasien. Auch unter den Schülern an Einrichtungen des beruflichen Schulwesens sind türkische Staatsangehörige am stärksten vertreten. So betrug ihr Anteil beispielsweise an den ausländischen Berufs- bzw. Berufsfachschülern 62 % bzw. 43 %. An zweiter Stelle standen hier mit 11 bzw. 12 % die Italiener.

Im Schuljahr 1981 nahmen rd. 6 100 ausländische Jugendliche am Unterricht in den Schulen der allgemeinen Fortbildung (Abendschulen, Kollegs) und der beruflichen Fortbildung (Fachschulen, Schulen des Gesundheitswesens) teil. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler betrug ca. 3 %.

Von den ausländischen Schülern waren die meisten - 2 800 oder 47 % - Fachschüler. Weitere 32 % besuchten Schulen des Gesundheitswesens und 21 % Abendschulen und Kollegs.

Unter den ausländischen Schülern in den Einrichtungen dieses Schulbereichs waren mit 68 % die Angehörigen europäischer Staaten am stärksten vertreten; allein die türkische Bevölkerungsgruppe machte 15 % aus. Auffallend ist jedoch der relativ hohe Anteil von Asiaten, der bei den Abendschulen und Kollegs 14 %, bei den Fachschulen 11 % und bei den Schulen des Gesundheitswesens 22 % betrug.

6.2 Ausländische Schüler an Einrichtungen des beruflichen Schulwesens
1981 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Berufsschulen 1)		Berufsfachschulen		Berufsaufbau- schulen		Fachober- schulen/ Fachgymnasien	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	94 920	95,8	13 971	89,9	349	84,3	2 746	78,5
Belgien	355	0,4	103	0,7	5	1,2	30	0,9
Dänemark	72	0,1	12	0,1	-	-	2	0,1
Frankreich	445	0,4	152	1,0	5	1,2	17	0,5
Griechenland	5 132	5,1	1 259	8,1	39	9,4	192	5,5
Großbritannien und Nordirland	634	0,6	182	1,2	13	3,1	43	1,2
Irland	9	0,0	3	0,0	-	-	1	0,0
Italien	10 964	11,0	1 780	11,5	42	10,1	204	5,8
Luxemburg	26	0,0	11	0,1	-	-	3	0,1
Niederlande	1 388	1,4	432	2,8	14	3,4	89	2,5
EG-Staaten ...	19 025	19,0	3 934	25,3	118	28,5	581	16,6
Jugoslawien	5 830	5,8	1 512	9,7	45	10,9	250	7,2
Norwegen	9	0,0	8	0,1	-	-	-	-
Österreich	1 930	1,9	411	2,6	32	7,7	210	6,0
Portugal	2 210	2,2	403	2,6	6	1,4	32	0,9
Schweiz	217	0,2	82	0,5	4	1,0	27	0,8
Spanien	3 827	3,8	780	5,0	21	5,1	139	4,0
Türkei	61 470	61,5	6 615	42,6	119	28,7	1 429	40,9
Übriges Europa	402	0,4	226	1,5	4	1,0	78	2,2
Afrika	898	0,9	214	1,4	10	2,4	79	2,3
Amerika	715	0,7	343	2,2	20	4,8	163	4,7
Asien	1 255	1,3	637	4,1	17	4,1	344	9,8
Australien und Ozeanien	31	0,0	15	0,1	1	0,2	6	0,2
Staatenlos, unge- klärt und ohne Angabe	2 066	2,1	365	2,3	17	4,1	158	4,5
Insgesamt ...	99 885	100	15 545	100	414	100	3 496	100

1) Einschl. Berufssonderschulen.

6.3 Ausländische Schüler an Einrichtungen der beruflichen Bildung
1981 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	Fachschulen		Schulen des Gesundheitswesens		Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	1 811	64,3	1 335	69,0	971	74,7
Belgien	39	1,4	34	1,8	10	0,8
Dänemark	14	0,5	20	1,0	-	-
Frankreich	93	3,3	54	2,8	33	2,5
Griechenland	151	5,4	74	3,8	85	6,5
Großbritannien und Nordirland	47	1,7	38	2,0	31	2,4
Irland	3	0,1	1	0,1	-	-
Italien	206	7,3	120	6,2	105	8,1
Luxemburg	7	0,2	7	0,4	3	0,2
Niederlande	84	3,0	94	4,9	41	3,2
EG-Staaten ...	644	22,9	442	22,8	308	23,7
Jugoslawien	151	5,4	201	10,4	92	7,1
Norwegen	10	0,4	114	5,9	-	-
Österreich	249	8,8	83	4,3	89	6,8
Portugal	20	0,7	39	2,0	17	1,3
Schweiz	78	2,8	18	0,9	17	1,3
Spanien	130	4,6	110	5,7	48	3,7
Türkei	400	14,2	189	9,8	323	24,8
Übriges Europa	129	4,6	139	7,2	77	5,9
Afrika	174	6,2	92	4,8	86	6,6
Amerika	168	6,0	64	3,3	29	2,2
Asien	311	11,0	426	22,0	181	13,9
Australien und Ozeanien	5	0,2	2	0,1	-	-
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	347	12,3	17	0,9	33	2,5
Insgesamt ...	2 816	100	1 936	100	1 300	100

6.4 Ausländische Studenten und Studienanfänger nach Staatsangehörigkeit an Hochschulen

Angaben über ausländische Studenten und Studienanfänger nach Staatsangehörigkeiten und Hochschularten liefert die Hochschulstatistik.

Im Wintersemester 1981/82 waren von den rd. 62 500 ausländischen Studenten die weitaus meisten - 49 600 oder 79 % - an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten, pädagogische und theologische Hochschulen, Gesamthochschulen) eingeschrieben. Weitere 17 % studierten an Fachhochschulen und 4 % an Kunsthochschulen. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Studenten betrug im Wintersemester 1981/82 6 % an den wissenschaftlichen Hochschulen, 5 % an den Fachhochschulen und 12 % an den Kunsthochschulen.

8 700 Ausländer haben im Wintersemester 1981/82 ein Studium an wissenschaftlichen Hochschulen, 2 000 an Fachhochschulen und 400 an Kunsthochschulen aufgenommen. Die Zahl der ausländischen Studienanfänger erhöhte sich damit gegenüber dem Wintersemester 1980/81 um knapp 13 % an wissenschaftlichen Hochschulen und 29 % an Fachhochschulen; die Kunsthochschulen wiesen hier dagegen einen deutlichen Rückgang auf (- 10 %).

Unter den ausländischen Studenten bildeten an den wissenschaftlichen Hochschulen die Griechen mit 11 % die stärkste Nationalitätengruppe; an den Fachhochschulen waren dies die Türken (25 %) und an den Kunsthochschulen die Japaner (18 %).

6.4 Ausländische Studenten und Studienanfänger im Wintersemester 1981/82

nach Staatsangehörigkeit an Hochschulen

6.4.1 Hochschulen *)

Staatsangehörigkeit	Insgesamt				Darunter im ersten Hochschulesemester			
	Insgesamt		weiblich		Insgesamt		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	25 494	51,4	9 804	61,7	4 782	55,1	2 128	61,6
Belgien	381	0,8	172	1,1	69	0,8	36	1,0
Dänemark	163	0,3	93	0,6	38	0,4	19	0,6
Frankreich	2 136	4,3	1 596	10,0	608	7,0	440	12,7
Griechenland	5 257	10,6	1 567	9,9	681	7,8	232	6,7
Großbritannien und Nordirland	1 368	2,8	708	4,5	551	6,4	343	9,9
Irland	100	0,2	50	0,3	39	0,4	20	0,6
Italien	1 014	2,0	459	2,9	201	2,3	103	3,0
Luxemburg	688	1,4	167	1,1	133	1,5	36	1,0
Niederlande	1 174	2,4	462	2,9	209	2,4	79	2,3
EG-Staaten ...	12 281	24,8	5 274	33,2	2 529	29,1	1 308	37,9
Bulgarien	110	0,2	65	0,4	21	0,2	10	0,3
Finnland	710	1,4	570	3,6	78	0,9	62	1,8
Island	101	0,2	40	0,3	23	0,3	12	0,3
Jugoslawien	950	1,9	224	2,7	143	1,6	70	2,0
Norwegen	595	1,2	244	1,4	98	1,1	43	1,2
Österreich	2 340	4,7	899	5,7	529	6,1	194	5,6
Polen	441	0,9	202	1,3	123	1,4	57	1,7
Portugal	218	0,4	111	0,7	43	0,5	28	0,8
Rumänien	162	0,3	90	0,6	21	0,2	12	0,3
Schweden	370	0,7	223	1,4	78	0,9	42	1,2
Schweiz	792	1,6	313	2,0	152	1,8	64	1,9
Sowjetunion	44	0,1	32	0,2	7	0,1	5	0,1
Spanien	739	1,5	263	1,7	137	1,6	52	1,5
Tschechoslowakei	534	1,1	220	1,4	64	0,7	34	1,0
Türkei	4 840	9,8	748	4,7	691	8,0	122	3,5
Ungarn	252	0,5	103	0,6	40	0,5	11	0,3
Übriges Europa	15	0,0	5	0,0	5	0,1	2	0,1
Afrika	3 129	6,3	352	2,2	312	3,6	71	2,1
Amerika	5 847	11,8	2 472	15,5	1 645	19,0	803	23,2
Asien	14 184	28,6	2 997	18,8	1 827	21,1	413	12,0
Australien und Ozeanien	107	0,2	43	0,3	16	0,2	8	0,2
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	825	1,7	232	1,5	94	1,1	31	0,9
Insgesamt ...	49 586	100	15 900	100	8 676	100	3 454	100

*) Ohne Fachhochschulen und ohne Kunsthochschulen.

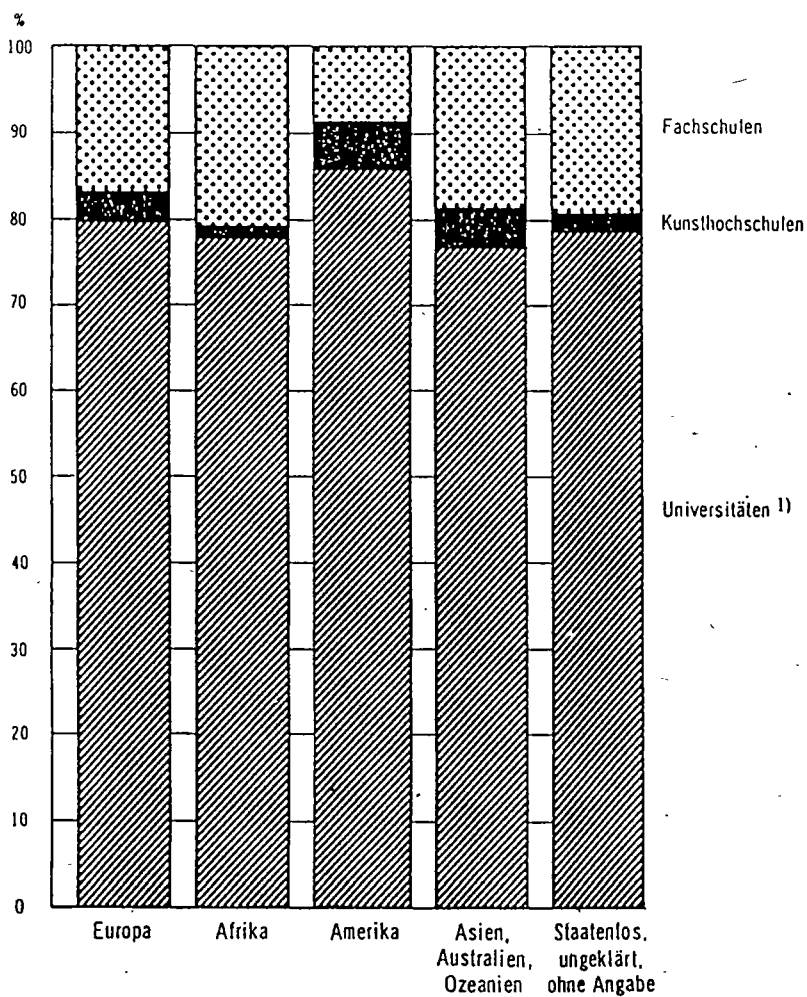
6.4 Ausländische Studenten und Studienanfänger im Wintersemester 1981/82
nach Staatsangehörigkeit an Hochschulen
6.4.2 Fachhochschulen

Staatsangehörigkeit	Insgesamt				Darunter im ersten Hochschulsemester			
	Insgesamt		weiblich		Insgesamt		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	5 477	51,7	992	63,1	1 268	61,9	283	1,3
Belgien	88	0,8	26	1,7	26	1,3	5	1,3
Dänemark	29	0,3	17	1,1	5	0,2	4	1,0
Frankreich	300	2,8	135	8,6	112	5,5	44	1,1
Griechenland	458	4,3	80	5,1	67	3,3	22	5,5
Großbritannien und Nordirland	155	1,5	71	4,5	73	3,6	37	3,3
Irland	8	0,1	5	0,3	3	0,1	1	0,3
Italien	220	2,1	45	2,9	58	2,8	12	3,0
Luxemburg	35	0,3	2	0,1	16	0,8	1	0,3
Niederlande	289	2,7	81	5,2	76	3,7	24	5,0
EG-Staaten ...	1 582	14,9	462	29,4	436	21,3	150	27,8
Finnland	47	0,4	35	2,2	9	0,4	6	1,5
Jugoslawien	257	2,4	64	4,1	66	3,2	17	4,3
Norwegen	18	0,2	10	0,6	2	0,1	1	0,3
Österreich	371	3,5	116	7,4	103	5,0	34	8,6
Polen	44	0,4	14	0,9	15	0,7	8	2,0
Portugal	55	0,5	9	0,6	18	0,9	3	0,8
Rumänien	18	0,2	9	0,6	2	0,1	1	0,3
Schweden	17	0,2	7	0,4	4	0,2	2	0,5
Schweiz	146	1,4	31	2,0	26	1,3	6	1,5
Spanien	159	1,5	26	1,7	30	1,5	4	1,0
Tschechoslowakei	45	0,4	10	0,6	9	0,4	3	0,8
Türkei	2 673	25,2	181	11,5	540	26,4	45	1,3
Ungarn	29	0,3	11	0,7	6	0,3	2	0,5
Obrißes Europa	16	0,2	7	0,4	2	0,1	1	0,3
Afrika	846	8,0	19	1,2	121	5,9	1	0,3
Amerika	587	5,5	142	9,0	134	6,5	36	9,1
Asien	3 470	32,8	303	24,4	482	23,5	70	17,6
Australien und Ozeanien	10	0,1	5	0,3	1	0,0	1	0,3
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	201	1,9	31	2,0	41	2,0	6	1,5
Insgesamt ...	10 591	100	1 572	100	2 047	100	397	100

6.4 Ausländische Studenten und Studienanfänger im Wintersemester 1981/82
nach Staatsangehörigkeit an Hochschulen
6.4.3 Kunsthochschulen

Staatsangehörigkeit	Insgesamt				Darunter im ersten Hochschulsemester			
	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	987	43,2	416	36,6	185	42,7	78	38,2
Belgien	22	1,0	9	0,8	4	0,9	-	-
Dänemark	10	0,4	3	0,3	2	0,5	-	-
Frankreich	74	3,2	35	3,1	15	3,5	9	4,4
Griechenland	44	1,9	18	1,6	6	1,4	1	0,5
Großbritannien und Nordirland	77	3,4	40	3,5	16	3,7	11	5,4
Irland	3	0,1	1	0,1	1	0,2	1	0,5
Italien	50	2,2	20	1,8	18	4,2	10	4,9
Luxemburg	27	1,2	10	0,9	3	0,7	1	0,5
Niederlande	44	1,9	13	1,1	7	1,6	2	1,0
EG-Staaten ...	351	15,3	149	13,1	72	16,6	35	17,2
Bulgarien	8	0,4	4	0,4	3	0,7	2	1,0
Finnland	21	0,9	17	1,5	3	0,7	2	1,0
Island	13	0,6	8	0,7	3	0,7	1	0,5
Jugoslawien	39	1,7	16	1,4	6	1,4	3	1,5
Norwegen	27	1,2	13	1,1	3	0,7	-	-
Österreich	96	4,2	49	4,3	13	3,0	3	1,5
Polen	33	1,4	12	1,1	9	2,1	3	1,5
Rumänien	20	0,9	5	0,4	10	2,3	2	1,0
Schweden	36	1,6	18	1,6	5	1,2	2	1,0
Schweiz	173	7,6	66	5,8	33	7,6	15	7,4
Spanien	35	1,5	11	1,0	6	1,4	2	1,0
Tschechoslowakei	23	1,0	7	0,6	4	0,9	1	0,5
Türkei	75	3,3	23	2,0	6	1,4	3	1,5
Ungarn	27	1,2	12	1,1	6	1,4	2	1,0
Obriges Europa	10	0,4	6	0,5	3	0,7	2	1,0
Afrika	45	2,0	7	0,6	18	4,2	3	1,5
Amerika	374	16,4	183	16,1	72	16,6	34	16,7
Asien	831	36,3	506	44,5	146	33,7	84	41,2
Australien und Ozeanien	29	1,3	16	1,4	8	1,8	3	1,5
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	21	0,9	9	0,8	4	0,9	2	1,0
Insgesamt ...	2 287	100	1 137	100	433	100	204	100

**AUSLÄNDISCHE STUDENTEN IM WINTERSEMESTER 1981/82
NACH ERDTEIL DES HERKUNFTSLANDES UND HOCHSCHULARTEN**



1) Einschließlich pädagogische und theologische Hochschulen sowie Gesamthochschulen.

Statistisches Bundesamt 830795

7 Erwerbstätigkeit und Beschäftigung

Die Angaben über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben stammen aus verschiedenen Quellen. Das umfangreichste Material fällt in etwa zehnjährigen Abständen (zuletzt 1961 und 1970) aus den Volks- und Berufszählungen an, die als Totalzählungen u.a. einen Nachweis der Erwerbstätigen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung ermöglichen. Aktuelle Zahlen über die Erwerbstätigkeit vermittelt die jährliche Mikrozensus-erhebung (Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlatz von 1 %), sowie die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer auf der Grundlage des integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung (Beschäftigtenstatistik).

Bei den Ergebnissen des Mikrozensus handelt es sich stets um hochgerechnete Zahlen. Die Basis für die Hochrechnung bilden die Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Dabei ist zu beachten, daß die Bevölkerungsfortschreibung mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur letzten Volkszählung Abweichungen aufweist, die in erster Linie auf nicht erfolgte Abmeldungen, insbesondere von Ausländern, zurückzuführen sind. Derartige Abweichungen - erfahrungsgemäß Überhöhungen - wirken sich bei der Anpassung des Mikrozensus an die Eckzahlen der Bevölkerungsfortschreibung auch auf die Stichprobenergebnisse aus.

Bei der Beurteilung von Ergebnissen des Mikrozensus ist auch der durch den Stichprobenfehler bestimmte Unsicherheitsbereich (Zufallsschwankungen) der Angaben zu beachten. Die Größe des Zufallsfehlers hängt im besonderen von der jeweiligen Zahl der Merkmalsfälle ab. Da sehr gering besetzte Tabellenfelder mit einem relativ hohen Stichprobenfehler behaftet sind, wurden in den Tabellenfeldern Ergebnisse der 1 %-Stichprobe mit - hochgerechnet - weniger als 5 000 Fällen durch einen Schrägstrich (/) ersetzt.

Grundlage für die Beschäftigtenstatistik ist das Meldesystem in der Sozialversicherung (Datenerfassungsverordnung - DEVO - vom 24. November 1972, BGBl. I-S. 2159), das die Meldepflichten der Arbeitgeber zur Krankenversicherung, zur Rentenversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung) in einem Meldeverfahren koordiniert. Alle versicherungsrechtlichen Meldetab-

stände, wie Beginn und Beendigung einer Beschäftigung sowie die Berichterstattung über die jeweils am 31. Dezember eines Jahres beschäftigten Arbeitnehmer sind von den Arbeitgebern auf maschinell lesbaren Vordrucken nach den Anlagen der DEVO oder aus maschinell verwertbaren Datenträgern gemäß der Datenübermittlungsverordnung (DÜVO) vom 18. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2482) zu erstatten. Diese von den Arbeitgebern an die Krankenkassen und von dort über die Rentenversicherungsträger an die Bundesanstalt für Arbeit übermittelten Meldungen werden von der Bundesanstalt für Arbeit auch dem Statistischen Bundesamt für eigene Auswertungen zur Verfügung gestellt. Die Meldebelege enthalten folgende Tatbestände über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer: Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Arbeitsort, Beruf, Stellung im Beruf, Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung, Ausbildung, Beginn und Ende der Beschäftigung und beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt sowie - durch die Bundesanstalt für Arbeit ergänzt - den Wirtschaftszweig des Betriebes. Erwerbstätige, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen - also Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte und ein kleiner Anteil von Angestellten - sind in dem hier nachgewiesenen Personenkreis nicht enthalten. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Bestandsergebnisse in vierteljährlicher und jährlicher Periodizität, insbesondere in tiefer wirtschaftlicher und regionaler Gliederung.

Zahlen über die im Bauhauptgewerbe tätigen Ausländer fallen im Rahmen der jährlich zum Stichtag 30. Juni durchgeführten Totalerhebung an, die alle Betriebe des Bauhauptgewerbes im Bundesgebiet umfaßt. Diese Erhebung ermittelt u.a. grundlegende Daten über die Betriebs- und Beschäftigtenstruktur im Bauhauptgewerbe.

Die in Berufen des Gesundheitswesens tätigen Personen werden nach Geschlecht und Berufsgruppen erfaßt; Ärzte und Zahnärzte außerdem nach Art der Berufsausübung und Facharztstätigkeit. Grundlage der Erhebung sind in den Gesundheitsämtern geführte Listen bzw. Karteien über die Ärzte, Zahnärzte und die in sonstigen Berufen des Gesundheitswesens tätigen Personen. Von den Gesundheitsämtern gehen die jährlichen Bestandsmeldungen an die Statistischen Landesämter zur Erstellung der Länderergebnisse. Die Meldungen der Bundesländer werden dann im Statistischen Bundesamt zum Bundesergebnis konzentriert und zu der Statistik "Berufe des Gesundheitswesens" zusammengestellt.

Soweit die jährlich erfaßten Personen in Krankenhäusern tätig sind, werden sie außerdem in die Jahresstatistik der Krankenhäuser einbezogen. Da diese Statistik auf den Meldungen einzelner Krankenhäuser beruht, sind geringe Abweichungen von den Angaben der Gesundheitsämter möglich.

7.1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Im September 1973 hatte die Ausländerbeschäftigung mit rd. 2,6 Mill. als Arbeitnehmer im Bundesgebiet tätigen ausländischen Staatsangehörigen ihren Höhepunkt erreicht. Durch den Anwerbestopp verringerte sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer drastisch; bis Ende September 1977 ging sie um etwa 700 000 Personen oder 27 % auf 1,9 Mill. zurück. Die vorübergehende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führte nochmals zu einem Anstieg auf 2,072 Mill. Ende Juni 1980. Danach war ein erneuter Rückgang zu verzeichnen. Ende März 1982 betrug die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Bundesgebiet 1,784 Mill. Unter ihnen waren mit 31,1 % die Türken am stärksten vertreten, gefolgt von den Jugoslawen (17,5 %), Italienern (14,5 %) und Griechen (6,5 %). Gegenüber Ende März 1975 hat sich die Zahl ausländischer Arbeitnehmer um 307 092 Personen oder 14,7 % verringert. Am stärksten war der Rückgang bei den Griechen (45,0 %), Spaniern (43,1), Niederländern (30,2 %) und Portugiesen (29,7 %). Bei den Türken betrug die Abnahme hingegen nur 0,5 %. Dem Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitnehmer aus den früheren Anwerbeländern steht eine relativ starke Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer aus einigen asiatischen Ländern, insbesondere aus Pakistan und Indien, gegenüber. Dieser Anstieg dürfte hauptsächlich mit der Aufnahme von Asylbewerbern zusammenhängen.

7.1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer
nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

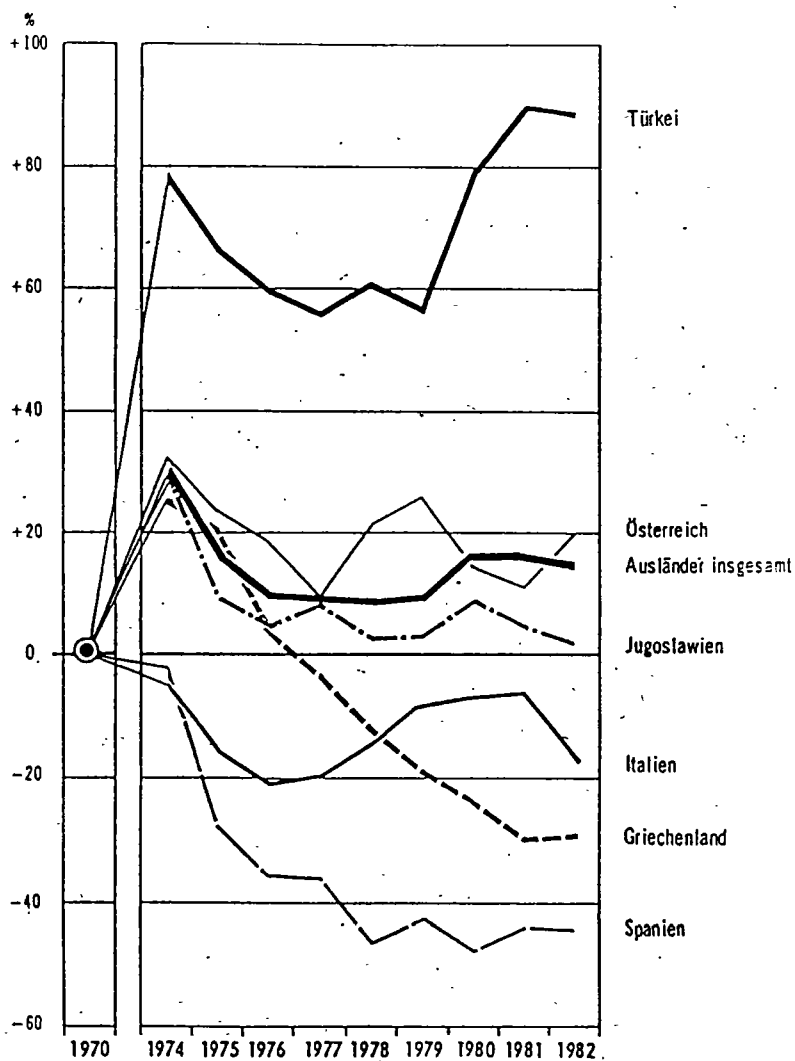
Staatsangehörigkeit	31. März 1975		31. März 1982		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) 1982 gegenüber 1975	
	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich
Anzahl						
Europa	1 955 415	1 325 734	1 629 965	1 117 691	- 16,6	- 15,7
EG-Länder	642 668	424 384	507 660	347 242	- 21,0	- 18,2
dar.:						
Italien	297 545	215 914	258 697	190 531	- 13,1	- 11,8
Griechenland	210 078	119 536	115 581	69 479	- 45,0	- 41,9
Niederlande	52 028	40 758	36 336	26 785	- 30,2	- 34,3
Frankreich	46 566	27 744	48 812	31 065	+ 4,8	+ 12,0
Obriges Europa ..	1 312 747	901 350	1 122 305	770 449	- 14,5	- 14,5
dar.:						
Türkei	556 784	410 959	553 975	409 281	- 0,5	- 0,4
Jugoslawien	419 213	266 211	312 627	193 269	- 25,4	- 27,4
Spanien	134 313	90 801	76 411	52 537	- 43,1	- 42,1
Portugal	72 309	49 140	50 855	33 070	- 29,7	- 32,7
Österreich	78 914	53 089	83 614	56 769	+ 6,0	+ 6,9
Schweiz	6 651	3 632	7 903	4 448	+ 18,8	+ 22,5
Afrika	34 957	31 989	34 516	30 695	- 1,3	- 4,0
dar.:						
Marokko	15 869	15 295	13 837	13 117	- 12,8	- 14,2
Amerika	21 735	13 009	25 314	14 960	+ 16,5	+ 15,0
dar.:						
Vereinigte Staaten	12 301	7 497	17 424	10 310	+ 41,6	+ 37,5
Asien	42 863	27 049	60 140	45 798	+ 40,3	+ 69,3
dar.:						
Indien	5 872	3 447	10 285	8 279	+ 75,2	+ 140,2
Pakistan 1)	1 278	1 218	11 828	11 604	+ 825,5	+ 852,7
Australien und Ozeanien	2 437	1 481	2 158	1 414	- 11,4	- 4,5
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	33 515	25 115	31 837	22 310	- 5,0	- 11,2
Insgesamt ...	2 090 922	1 424 377	1 783 930	1 232 868	- 14,7	- 13,4

1) Einschl. Bangladesch.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

ERWERBSTÄTIGE AUSLÄNDER NACH AUSGEWÄHLTEN STAATSANGEHÖRIGKEITEN¹⁾

1970 = 100



1) 1970 Ergebnis der Volkszählung vom 27. Mai; sonst Ergebnis des Mikrozensus.

Statistisches Bundesamt 83 0796

7.2 Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung und Erwerbsquoten nach Bundesländern

Nach dem Ergebnis des Mikrozensus gab es im April 1982 in Bundesgebiet 28,3 Mill. Erwerbspersonen, unter denen sich etwa 2,4 Mill. Ausländer befanden. Während der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung derzeit 7,6 % beträgt, macht er 8,5 % der Erwerbspersonen aus, d.h. jede 12. Erwerbsperson besaß im April 1982 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Vergleich zu 1978 liegt der Anteil bei der Wohnbevölkerung um 1,2 %, bei den Erwerbspersonen um 0,6 % höher. Die Familienzusammenführung und der Eintritt von Kindern in das erwerbsfähige Alter dürften für diese Entwicklung ausschlaggebend gewesen sein. Die meisten Ausländer sind mit dem Wunsch in die Bundesrepublik gekommen, hier einen Arbeitsplatz zu finden; sie weisen deshalb eine höhere allgemeine Erwerbsquote (50,9 %) auf als die deutsche Bevölkerung (46,0 %). Gegenüber 1978 ist die Erwerbsquote allerdings bei den Ausländern um 3,4 Prozentpunkte zurückgegangen, bei den Deutschen hingegen um zwei Prozentpunkte gestiegen.

Unterschiede hinsichtlich der Erwerbsquoten bestehen auch in den Bundesländern. Die höchste Erwerbsquote für Ausländer wurde 1982 mit 56,3 % in Baden-Württemberg festgestellt, für die Deutschen mit 48,8 % hingegen in Bayern. Die niedrigste Erwerbsquote für Ausländer weist Bremen mit 42,6 % auf; die niedrigste für Deutsche hingegen das Saarland mit 40,5 %.

7.2 Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung und Erwerbsquoten
im April 1982 nach Bundesländern *)

Land	Insgesamt		Deutsche		Ausländer		Darunter aus EG-Staaten	
	Wohnbevölkerung	Erwerbsquoten	Wohnbevölkerung	Erwerbsquoten	Wohnbevölkerung	Erwerbsquoten	Wohnbevölkerung	Erwerbsquoten
	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾
Insgesamt								
Schleswig-Holstein	2 619	46,2	2 525	46,2	94	48,2	14	54,3
Hamburg	1 633	48,0	1 476	47,2	157	54,9	25	58,6
Niedersachsen	7 263	45,0	6 967	44,9	297	48,8	73	57,9
Bremen	690	44,1	641	44,2	49	42,6	5	51,9
Nordrhein-Westfalen	17 022	43,2	15 576	43,0	1 446	45,6	377	52,8
Hessen	5 608	45,9	5 089	45,2	519	53,0	130	59,6
Rheinland-Pfalz	3 639	45,6	3 463	45,5	177	47,6	57	48,1
Baden-Württemberg	9 283	48,0	8 348	47,1	935	56,3	305	58,5
Bayern	10 960	49,2	10 232	48,8	728	55,2	159	58,8
Saarland	1 061	40,7	1 010	40,5	51	44,9	36	46,5
Berlin (West)	1 882	46,9	1 629	46,4	253	50,3	22	63,9
Bundesgebiet	161 660	46,0	56 954	45,5	4 706	50,9	1 202	56,0
darunter: Weiblich								
Schleswig-Holstein	1 356	34,2	1 313	34,1	43	35,9	7	41,9
Hamburg	869	37,5	801	37,2	68	41,1	11	50,0
Niedersachsen	3 777	32,8	3 652	32,7	126	36,3	28	42,4
Bremen	365	32,3	342	32,5	23	29,1	/	/
Nordrhein-Westfalen	8 881	29,5	8 245	29,6	636	28,4	166	36,1
Hessen	2 911	33,4	2 679	33,0	232	37,1	59	44,4
Rheinland-Pfalz	1 899	32,2	1 822	32,3	78	30,5	25	29,9
Baden-Württemberg	4 810	37,5	4 396	36,9	414	44,1	137	47,7
Bayern	5 713	39,0	5 397	38,7	316	44,3	67	47,0
Saarland	558	25,0	537	25,2	21	21,3	14	27,8
Berlin (West)	1 026	38,3	912	37,7	114	43,3	9	54,0
Bundesgebiet	32 166	33,9	30 095	33,7	2 070	36,8	527	41,9

*) Ergebnis des Mikrozensus.

1) Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung je Land, Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

7.3 Deutsche und ausländische Erwerbspersonen und Erwerbsquoten - Altersgruppen und Staatsangehörigkeit der Erwerbspersonen -

Die Ausländer weisen gegenüber den Deutschen im Durchschnitt eine höhere Erwerbsquote auf (50,9 % gegenüber 45,5 %). In den einzelnen Altersgruppen ergibt sich dabei eine unterschiedliche Verteilung. In den Altersgruppen der 35- bis unter 65jährigen ist die Erwerbsbeteiligung der Ausländer insgesamt höher als bei den Deutschen (81,7 % gegenüber 65,9 %), wobei der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung der Ausländer gegenüber den Deutschen von Altersgruppe zu Altersgruppe steigt (von 3,0 Prozentpunkten bei den 35- bis unter 40jährigen bis zu 26,8 Prozentpunkten bei den 60- bis unter 65jährigen). In der Altersgruppe der 15- bis unter 35jährigen sind dagegen die Erwerbsquoten der Deutschen höher als diejenigen der Ausländer, wobei der Unterschied in der Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen mit 7,5 Prozentpunkten am höchsten ist.

Der von 1970 bis 1981 beobachtete Trend, wonach die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen kontinuierlich zurückgegangen ist, hat sich 1982 nicht fortgesetzt. 1970 waren 54,0 % aller ausländischen Frauen erwerbstätig, 1981 dagegen nur noch 36,0 %. Von 1981 bis 1982 ging dieser Anteil lediglich bei den Altersgruppen der 15- bis unter 20-, 25- bis unter 30- und 40- bis unter 45jährigen weiter zurück. Bei allen anderen Altersgruppen sowie im Durchschnitt (36,8 %) war demgegenüber ein Anstieg zu verzeichnen. Dennoch liegt die Erwerbsquote der ausländischen Frauen im Alter von 15 bis unter 30 Jahren nach wie vor unter derjenigen der Deutschen. Verschiedene Gründe können dafür maßgebend sein, so z.B. die verlängerte Ausbildungsdauer und die Vermutung, daß insbesondere ausländische Mütter sich verstärkt der Betreuung ihrer Familien widmen. Das zeigt vor allem auch ein Blick auf die altersspezifischen Erwerbsquoten der verheirateten Ausländerinnen. So waren 1982 beispielsweise von den 20- bis unter 25jährigen verheirateten Frauen 66,4 % der Deutschen, aber nur 47,5 % der Ausländerinnen erwerbstätig. In der Altersgruppe der 30- bis unter 60jährigen verheirateten Frauen ist die Erwerbsquote bei den Ausländerinnen hingegen höher als bei den Deutschen (56,3 gegenüber 47,8 %).

7.3 Deutsche und ausländische Erwerbspersonen und Erwerbsquoten 1962
- Altersgruppen und Staatsangehörigkeit der Erwerbspersonen *) -

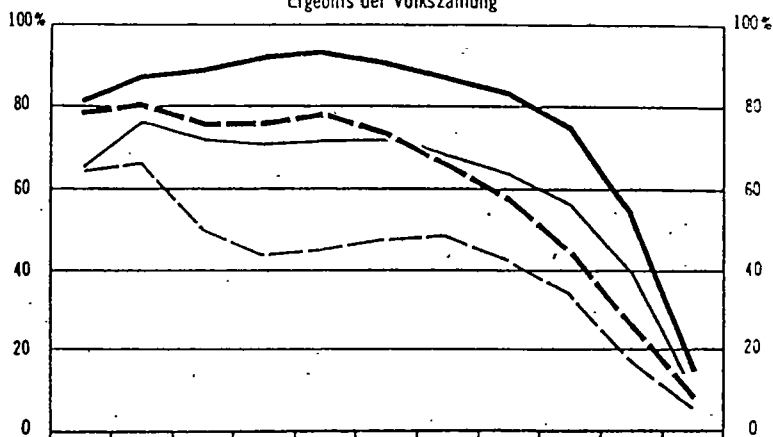
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Erwerbs- personen	Erwerbs- quoten	dar. Er- werbsquoten der Ver- heirateten	Erwerbs- personen	Erwerbs- quoten	dar. Er- werbsquoten der Ver- heirateten	Erwerbs- personen	Erwerbs- quoten	dar. Er- werbsquoten der Ver- heirateten
	1 000	%		1 000	%		1 000	%	
Insgesamt									
15 - 20	2 300	42,7	63,9	2 153	43,0	69,7	147	38,8	52,6
20 - 25	3 552	76,3	73,3	3 328	76,8	74,7	224	69,3	64,7
25 - 30	3 125	76,8	73,6	2 813	77,2	74,1	312	72,7	70,3
30 - 35	3 184	77,9	74,9	2 754	77,9	74,5	430	77,8	76,8
35 - 40	2 958	78,6	76,5	2 560	78,3	75,9	398	81,3	80,2
40 - 45	3 906	77,6	76,0	3 548	77,1	75,4	357	83,7	82,5
45 - 50	3 256	76,1	75,1	2 992	75,3	74,2	264	86,9	85,1
50 - 55	2 786	71,4	70,8	2 636	70,8	70,2	150	84,0	83,8
55 - 60	2 129	58,1	67,9	2 052	57,7	67,4	77	71,7	72,9
60 - 65	760	25,6	28,2	732	25,1	27,7	28	51,9	54,0
15 - 65	27 956	66,9	68,9	25 568	66,3	68,1	2 388	73,6	77,4
65 - 70	182	6,5	7,1	178	6,4	7,1	/	/	/
70 - 75	119	4,1	4,8	118	4,1	4,8	/	/	/
75 u. mehr	77	2,1	3,1	76	2,0	3,0	/	/	/
65 u. mehr	379	4,0	5,2	372	3,9	5,2	7	7,6	/
Insgesamt ...	28 335	46,0	59,6	25 940	45,5	58,2	2 395	50,9	76,1
darunter: Weiblich									
15 - 20	1 021	39,2	57,4	965	39,6	66,2	56	33,1	37,6
20 - 25	1 607	71,3	64,0	1 525	72,5	66,4	82	54,4	47,5
25 - 30	1 294	64,3	56,8	1 170	65,2	58,3	123	56,6	53,2
30 - 35	1 185	58,8	53,4	1 027	58,7	52,8	158	59,4	57,0
35 - 40	1 082	58,8	54,3	964	58,8	54,1	118	58,9	55,6
40 - 45	1 410	56,8	52,8	1 318	56,7	52,6	92	58,8	55,1
45 - 50	1 135	54,5	50,2	1 073	54,0	49,7	63	64,1	60,4
50 - 55	951	49,1	43,6	912	48,6	43,1	39	62,9	58,6
55 - 60	832	39,9	33,3	809	39,6	33,0	23	51,0	44,6
60 - 65	236	13,3	11,4	230	13,1	11,3	6	29,3	/
15 - 65	10 753	51,0	47,4	9 992	50,7	46,8	761	54,9	54,1
65 - 70	78	4,6	3,9	76	4,4	3,9	/	/	/
70 - 75	50	2,7	2,5	49	2,7	2,5	/	/	/
75 u. mehr	33	1,3	1,6	33	1,3	1,6	/	/	/
65 u. mehr	161	2,7	2,9	159	2,6	2,9	/	/	/
Zusammen ...	10 914	33,9	42,0	10 151	33,7	41,1	763	36,8	53,6

*) Ergebnis des Mikrozensus.

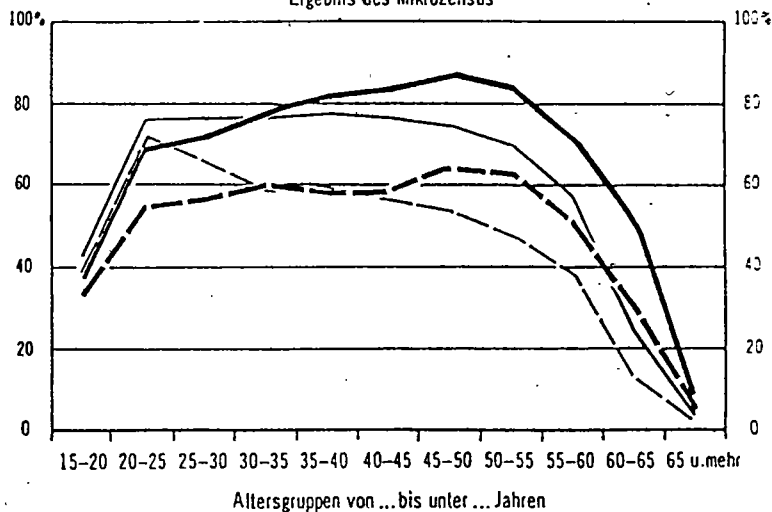
ALTERSSPEZIFISCHE ERWERBSQUOTEN DER DEUTSCHEN UND AUSLÄNDER NACH DEM GESCHLECHT

— Deutsche insgesamt — Ausländer insgesamt
- - - Deutsche, weiblich - - - Ausländer, weiblich

AM 27.5.1970
Ergebnis der Volkszählung



IM APRIL 1982
Ergebnis des Mikrozensus



Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren

Statistisches Bundesamt 83 0797

7.4 Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Altersgruppen

Auch in der Gliederung nach der Stellung im Beruf bestehen zwischen deutschen und ausländischen Erwerbstätigen beachtliche Unterschiede. Im April 1982 befanden sich knapp 87,7 % der deutschen, aber 94,7 % der ausländischen Erwerbstätigen in abhängiger Beschäftigung. Entsprechend waren mehr als 12,3 % der deutschen Erwerbstätigen Selbständige und Mithelfende Familienangehörige; bei den Ausländern machte diese Gruppe gut 5,3 % aus. Von den ausländischen Erwerbstätigen aus EG-Staaten waren demgegenüber 9,1 % Selbständige und Mithelfende Familienangehörige und 90,9 % Abhängige. Das schon seit Jahren beobachtete Bestreben ausländischer Erwerbstätiger, sich in zunehmendem Maße selbständig zu machen, hat sich fortgesetzt. So waren im Mai 1970 rd. 51 000 oder knapp 3 % der erwerbstätigen Ausländer Selbständige und Mithelfende Familienangehörige, im April 1978 hingegen etwa 90 000 oder 4,4 % und schließlich im April 1982 rd. 113 000 oder 5,3 %.

Von den deutschen Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen waren die meisten (868 000 Personen oder 28,7 %) 45 bis unter 55 Jahre alt. Bei den ausländischen Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen stellten hingegen die 35- bis unter 45jährigen mit 40 000 Personen oder 35,5 % die stärkste Gruppe.

7.4 Deutsche und ausländische Erwerbstätige im April 1982
nach Stellung im Beruf und Altersgruppen *)

1 000

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		15 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 u. mehr
Deutsche							
Selbständige ¹⁾ ..	3 029	104	427	804	868	561	265
Abhängige	21 603	4 953	4 826	5 075	4 561	2 084	104
Zusammen ...	24 632	5 057	5 254	5 879	5 429	2 645	368
Ausländer							
Selbständige ¹⁾ ..	113	6	30	40	24	10	/
Abhängige	2 029	297	628	658	359	84	/
Zusammen ...	2 143	303	659	699	383	94	6
darunter: Ausländer aus EG-Staaten							
Selbständige ¹⁾ ..	57	/	16	19	11	5	/
Abhängige	561	101	174	149	108	29	/
Zusammen ...	618	105	190	168	119	34	/
<u>Insgesamt</u>							
Selbständige ¹⁾ ..	3 142	110	458	844	892	571	267
Abhängige	23 633	5 249	5 455	5 734	4 919	2 168	108
Zusammen ...	26 774	5 359	5 912	6 578	5 812	2 739	375
<u>darunter: Weiblich</u>							
Deutsche							
Selbständige ¹⁾ ..	1 177	43	164	317	332	222	100
Abhängige	8 341	2 231	1 880	1 857	1 559	758	57
Zusammen ...	9 518	2 274	2 043	2 173	1 891	980	157
Ausländer							
Selbständige ¹⁾ ..	31	/	8	11	6	/	/
Abhängige	633	108	237	177	87	23	/
Zusammen ...	664	110	245	189	93	25	/
darunter: Ausländer aus EG-Staaten							
Selbständige ¹⁾ ..	16	/	/	6	/	/	/
Abhängige	183	39	63	45	29	8	/
Zusammen ...	199	40	67	50	32	9	/
Zusammen							
Selbständige ¹⁾ ..	1 208	45	172	328	337	225	101
Abhängige	8 974	2 339	2 117	2 034	1 646	780	58
Zusammen ...	10 182	2 384	2 289	2 362	1 984	1 005	159

*) Ergebnis des Mikrozensus.

1) Einschl. Mithelfende Familienangehörige.

7.5. Ausländische Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben, Familienstand und Überwiegendem Lebensunterhalt

Von den durch den Mikrozensus im April 1982 ermittelten rd. 4,7 Mill. Ausländern hatten etwa 2,2 Mill. oder 48 % ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige, 44 % besaßen ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit, 6 % waren Rentenempfänger, und 3 % lebten überwiegend von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Hinsichtlich dieser Verteilung bestehen erwartungsgemäß erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So besaßen 90 % der ausländischen Männer ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Bei den Frauen war dieser Anteil nur halb so hoch. Entsprechend bestritten über die Hälfte der Ausländerinnen, aber lediglich knapp 3 % der ausländischen Männer ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige.

7.5 Ausländische Wohnbevölkerung im April 1982 nach Beteiligung am Erwerbsleben, Familienstand und Überwiegendem Lebensunterhalt*)

Überwiegender Lebensunterhalt (m = männlich, w = weiblich, i = insgesamt)	Wohnbevölkerung		Erwerbstätige		Erwerbslose		Nichterwerbspersonen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%

Insgesamt

Erwerbstätigkeit	m	1 457	55,3	1 457	98,5	x	x	x	x
	w	621	30,0	621	93,5	x	x	x	x
	i	2 077	44,1	2 077	96,9	x	x	x	x
Arbeitslosengeld/-hilfe	m	85	3,2	/	/	84	54,9	x	x
	w	43	2,1	/	/	42	43,0	x	x
	i	127	2,7	/	/	127	50,3	x	x
Rente u. dgl.	m	161	6,1	/	/	31	19,9	126	12,5
	w	96	4,6	/	/	11	11,1	83	6,4
	i	257	5,5	6	0,3	42	16,5	209	9,0
Angehörige	m	934	35,4	18	1,2	39	25,1	878	87,5
	w	1 311	63,3	42	6,2	45	45,9	1 224	93,6
	i	2 245	47,7	59	2,8	84	33,3	2 102	91,0
Insgesamt	m	2 636	100	1 479	100	154	100	1 004	100
	w	2 070	100	664	100	99	100	1 307	100
	i	4 706	100	2 143	100	252	100	2 311	100

darunter: Verheiratet

Erwerbstätigkeit	m	1 169	86,6	1 169	99,7	x	x	x	x
	w	464	43,7	464	93,4	x	x	x	x
	i	1 633	67,7	1 633	97,8	x	x	x	x
Arbeitslosengeld/-hilfe	m	60	4,4	/	/	60	62,6	x	x
	w	33	3,1	/	/	33	46,0	x	x
	i	93	3,8	/	/	92	55,5	x	x
Rente u. dgl.	m	83	6,1	/	/	16	16,7	65	78,1
	w	29	2,7	/	/	5	7,6	23	4,6
	i	112	4,6	/	/	21	12,8	88	15,2
Angehörige	m	39	2,9	/	/	20	20,7	18	21,9
	w	535	50,4	32	6,5	33	46,4	470	95,4
	i	574	23,8	33	2,0	53	31,7	488	84,8
Zusammen	m	1 350	100	1 172	100	95	100	83	100
	w	1 061	100	497	100	71	100	493	100
	i	2 411	100	1 669	100	167	100	575	100

*) Ergebnis des Mikrozensus.

7.6 Ausländische Erwerbstätige nach beruflicher Gliederung und ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Auch hinsichtlich der beruflichen Gliederung bestehen zwischen Deutschen und Ausländern unterschiedliche Schwerpunkte in der Erwerbstätigkeit. Im April 1982 übte weit mehr als die Hälfte der deutschen Erwerbstätigen, nämlich 57,5 % Dienstleistungsberufe aus und knapp ein Drittel (29,5 %) Fertigungsberufe. Dagegen waren von den Ausländern rd. zwei Drittel (61,8 %) in Fertigungsberufen und 31,4 % in Dienstleistungsberufen tätig. Gegenüber 1970 hat sich diese Relation auch bei den Ausländern zugunsten der Dienstleistungsberufe verschoben. Zum Zeitpunkt der Volks- und Berufszählung 1970 waren noch über 35 % der deutschen Erwerbstätigen in Fertigungsberufen tätig und knapp 50 % in Dienstleistungsberufen. Dagegen wurden von den ausländischen Erwerbstätigen gleichzeitig rd. drei Viertel in Fertigungsberufen und nur knapp ein Fünftel in Dienstleistungsberufen gezählt (Werte für ausländische Erwerbstätige geschätzt).

In der Gliederung nach der Staatsangehörigkeit überwiegen die Türken - mit 30,0 % haben diese ohnehin den höchsten Anteil an allen ausländischen Erwerbstätigen - in den meisten Fertigungsberufen sowie in den Verkehrsberufen, den allgemeinen Dienstleistungsberufen und unter den sonstigen Arbeitskräften. Besonders hoch war ihr Anteil im April 1982 mit 68,7 % an den Bergleuten. Für die anderen Nationalitäten ergibt sich folgendes Bild: Jugoslawische Staatsangehörige waren am stärksten vertreten unter den Elektrikern, in den Ernährungsberufen sowie unter den Tischlern und Modellbauern. Unter den Bau-, Raumausstattem, Polsterern hatten wiederum die Italiener den größten Anteil. Das verhältnismäßig große Gewicht der "Übrigen Staaten" in einigen Berufsbereichen bzw. -abschnitten ergibt nach Aufteilung auf die einzelnen Herkunftsländer in der Regel niedrigere Anteilswerte pro Land im Vergleich zu den einzeln aufgeführten großen Anwerbeländern.

7.6 Ausländische Erwerbstätige im April 1982 nach beruflicher Gliederung
und ausgewählten Staatsangehörigkeiten *)

Berufsbereich Berufsabschnitt ¹⁾	Ins- gesamt	Staatsangehörigkeit						
		Griechen- land	Italien	Jugo- slawien	Öster- reich	Spanien	Türkei	Übrige ²⁾ Staaten
	1 000							
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe ³⁾	26	/	/	/	/	/	24,1	42,8
Bergleute, Mineralgewinner ³⁾	33	/	/	/	/	/	68,7	/
Fertigungsberufe	1 325	8,2	16,3	19,1	1,7	5,1	36,3	13,3
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	5	/	/	/	/	/	/	/
Keramiker, Glasmacher	12	/	/	/	/	/	44,8	/
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	52	11,0	16,2	12,4	/	/	37,9	13,3
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	22	/	/	/	/	/	27,8	/
Holzaufarbeiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	9	/	/	/	/	/	/	/
Metallerzeuger, -bearbeiter	152	8,1	12,1	19,9	/	5,1	43,8	10,5
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	166	6,5	16,5	23,4	3,6	5,4	26,6	18,0
Elektriker	40	/	12,5	28,3	/	/	26,5	16,5
Montierer und Metallberufe, a.n.g.	103	10,9	13,4	18,8	/	/	44,7	7,6
Textil- und Bekleidungsberufe	58	8,6	20,2	16,8	/	/	38,3	10,9
Lederhersteller, Leder- und Fellver- arbeiter	11	/	/	/	/	/	/	/
Ernährungsberufe	83	7,1	17,0	27,1	/	/	23,7	16,6
Bauberufe	118	/	19,7	29,4	/	/	30,5	12,8
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	16	/	32,3	/	/	/	/	/
Tischler, Modellbauer	24	/	/	36,8	/	/	28,0	/
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	32	/	19,4	22,8	/	/	30,6	16,9
Warenprüfer, Versandfertigmacher	62	10,7	17,1	16,3	/	/	36,7	12,1
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeits- angabe	310	10,5	16,5	11,0	/	6,2	43,4	12,1
Maschinenisten und zugeordnete Berufe	51	/	19,8	14,6	/	/	32,1	16,1
Technische Berufe	87	/	/	11,2	17,5	/	/	52,3
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	25	/	/	/	21,6	/	/	60,4
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	33	/	/	/	/	/	/	46,2
Dienstleistungsberufe	674	6,8	13,5	14,8	7,5	3,9	17,8	35,6
Warenkaufleute	73	/	19,0	10,6	9,8	/	14,6	37,5
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	18	/	/	/	/	/	/	51,4
Verkehrsberufe	122	8,0	17,0	18,7	/	4,6	25,7	22,0
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	116	4,8	7,9	8,7	13,9	4,4	6,3	54,0
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	14	/	/	/	/	/	/	35,4
Schriftwerkschaffende, Schriftwerkord- nende sowie künstlerische Berufe	21	/	/	/	/	/	/	68,8
Gesundheitsdienstberufe	52	/	/	20,4	/	/	12,2	55,8
Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und natur- wissenschaftliche Berufe	52	/	/	/	9,7	/	12,8	57,4
Allgemeine Dienstleistungsberufe	207	9,1	19,0	19,6	4,3	5,1	25,4	17,6
Sonstige Arbeitskräfte ³⁾	29	/	19,1	/	/	/	29,5	18,1
Erwerbstätige insgesamt	2 143	7,4	14,8	17,3	4,0	4,7	30,0	21,7

*) Ergebnis des Mikrozensus.

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

2) Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Niederlande und Übrige EG-Staaten, Portugal, USA, Schweiz, Marokko, Polen, Tschechoslowakei und Tunesien.

3) Gleichzeitig Berufsbereich und -abschnitt.

Die Tabellen 7.7 bis 7.9 enthalten Angaben über Arbeitslose und die Arbeitslosenquote, arbeitslose Ausländer und Arbeitslosenquote nach Monaten sowie über arbeitslose Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten.

Ausländer sind aufgrund ihrer vergleichsweise niedrigen beruflichen Qualifikation und ihrer Konzentration in besonders konjunkturrempfindlichen Wirtschaftszweigen bei einer wirtschaftlichen Rezession von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer erreichte 1975 mit 152 000 Personen einen Höchststand, ging dann bis 1979 zurück und steigt seitdem wieder. Eine Unterbrechung dieses Trends im Jahr 1978 ist auf eine verhältnismäßig starke Zunahme der Zahl arbeitsloser Türken zurückzuführen. Aussagekräftiger als die absoluten Zahlen ist jedoch die Entwicklung der Arbeitslosenquote. Diese war in jedem Jahr bei den Ausländern höher als bei allen Erwerbspersonen. 1974 betrug die jahresdurchschnittliche Gesamtarbeitslosenquote 2,6 % und diejenige der Ausländer 2,9 %. Der Unterschied zwischen den beiden Ziffern war also noch relativ gering. Im Durchschnitt des Jahres 1982 lag bei einer Gesamtarbeitslosenquote von 7,5 % der vergleichbare Wert für die Ausländer bei 11,9 %.

Die Vierteljahreszahlen über arbeitslose Ausländer liegen teilweise erheblich über den Jahresdurchschnittswerten. Während beispielsweise die Arbeitslosenquote der Ausländer im Durchschnitt des Jahres 1982 - wie gesagt - 11,9 % betrug, waren Ende Dezember 1982 14,2 % der ausländischen Arbeitnehmer arbeitslos.

Von den im Durchschnitt des Jahres 1981 registrierten 168 492 arbeitslosen Ausländern waren die meisten (63 498 oder 37,7 %) Türken, gefolgt von den Italienern (27 527 oder 16,3 %) und den Jugoslawen (19 895 oder 11,8 %).

7.7 Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslosen- quote 1)	Arbeitslose Ausländer	Arbeitslosen- quote 2)
	1 000	%	1 000	%
1974	582,5	2,6	69,1	2,9
1975	1 074,2	4,7	151,5	6,8
1976	1 060,3	4,6	106,4	5,1
1977	1 030,0	4,5	97,7	4,9
1978	992,9	4,3	103,5	5,3
1979	876,1	3,8	93,5	4,7
1980	888,9	3,8	107,4	5,0
1981	1 271,6	5,5	168,5	7,9
1982	1 833,2	7,5	245,7	11,9

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach dem Mikrozensus.

2) Arbeitslose in Prozent der ausländischen Arbeitnehmer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

7.8 Arbeitslose Ausländer und Arbeitslosenquote nach Monaten *)

Jahr	Ende des Monats							
	März		Juni		September		Dezember	
	Anzahl	Quote	Anzahl	Quote	Anzahl	Quote	Anzahl	Quote
1973	17 206	0,7	11 569	0,5	15 657	0,6	49 403	1,9
1974	71 301	2,8	51 392	2,2	66 764	2,8	134 726	5,9
1975	179 007	7,9	156 154	7,0	132 668	5,8	145 099	6,3
1976	135 573	6,5	89 955	4,3	79 327	3,8	101 026	4,9
1977	108 826	5,4	89 087	4,6	84 354	4,3	111 722	5,6
1978	119 947	6,1	92 606	4,7	89 973	4,6	108 936	5,6
1979	105 910	5,4	80 808	4,1	77 595	3,9	101 161	5,0
1980	110 365	5,5	97 128	4,8	100 089	4,8	140 462	6,5
1981	158 331	7,3	152 063	7,0	178 963	8,5	230 120	11,1
1982	248 107	11,9	228 626	10,9	243 655	11,8	293 362	14,2

*) Arbeitslosenquote = Anteil der arbeitslosen Ausländer an den ausländischen Arbeitnehmern.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

7.9 Arbeitslose Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Jahres- durch- schnitt	Insge- samt	Darunter					
		Italien	Türkei	Jugo- slawien	Grie- chen- land	Spanien	Portu- gal
1970	5 002	1 186	871	578	512	248	43
1971	11 777	2 669	2 947	1 588	1 578	697	101
1972	17 028	3 606	4 532	2 200	2 347	1 084	159
1973	19 750	4 009	5 450	2 679	2 214	1 072	219
1974	69 128	14 245	21 145	10 706	8 156	3 438	834
1975	151 493	28 618	46 794	27 442	17 849	7 177	2 287
1976	106 394	21 050	28 942	16 225	11 030	5 014	1 577
1977	97 692	18 132	26 256	12 772	7 729	3 721	1 223
1978	103 524	18 332	29 665	12 829	7 089	3 472	1 280
1979	93 499	16 545	28 307	11 387	6 228	3 255	1 214
1980	107 420	17 377	37 397	11 558	5 861	2 992	1 305
1981	168 492	27 527	63 498	19 895	8 865	4 302	2 197
1982	245 710	37 503	95 024	32 500	12 799	5 572	3 548

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Die Tabellen 7.10 und 7.11 unterrichten über die Ausländer im Bauhauptgewerbe nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen.

Ende Juni 1982 waren über 11 % aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Ausländer. Am höchsten war ihr Anteil im Hoch- und Tiefbau sowie im Spezialbau (12 bzw. 11 %). In den Wirtschaftsgruppen mit einem geringerem Ausmaß an Hilfstätigkeiten wie z.B. im Stukkateurgewerbe oder der Zimmerei und Dachdeckerei waren ausländische Arbeitskräfte anteilmäßig dagegen erheblich schwächer vertreten.

In Baden-Württemberg war der Anteil der Ausländer an den im Bauhauptgewerbe Beschäftigten mit 21 % fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (11 %). Antelmäßig die wenigsten ausländischen Arbeitskräfte gab es in Schleswig-Holstein (2 %) und Niedersachsen (knapp 4 %).

7.10 Ausländer im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1982
nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen*)

Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten	Insgesamt	Davon			
		Hoch- und Tiefbau	Spezialbau	Stukkateur- gewerbe, Gipserei, Verputzerei	Zimmerei, Dach- deckerei

Beschäftigte in allen Betrieben

1 - 19	341 710	192 052	18 589	37 482	93 587
20 - 49	258 288	216 910	8 579	10 163	22 636
50 - 99	197 644	183 084	6 033	3 524	5 003
100 u. mehr	384 962	363 929	16 825	1 450	2 758
Insgesamt ...	1 182 604	955 975	50 026	52 619	123 984

darunter: ausländische Arbeitnehmer

1 - 19	20 374	14 692	1 223	2 311	2 148
20 - 49	25 834	22 346	1 163	1 145	1 180
50 - 99	25 732	23 618	907	546	661
100 u. mehr	59 869	57 269	2 173	43	384
Insgesamt ...	131 809	117 925	5 466	4 045	4 373

Beschäftigte in Betrieben, deren Inhaber oder Leiter in die
Handwerksrolle eingetragen sind

1 - 19	301 736	164 430	11 819	33 633	91 854
20 - 49	221 820	184 338	5 343	10 037	22 102
50 - 99	149 598	138 548	2 779	3 442	4 829
100 u. mehr	176 473	169 001	3 365	1 450	2 657
Insgesamt ...	849 627	656 317	23 306	48 562	121 442

darunter: ausländische Arbeitnehmer

1 - 19	17 457	12 253	882	2 222	2 100
20 - 49	19 967	17 021	736	1 114	1 096
50 - 99	17 787	16 131	489	540	627
100 u. mehr	23 872	22 882	586	43	361
Insgesamt ...	79 083	68 287	2 693	3 919	4 184

*) Ergebnis der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe.

7.11 Ausländer im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1982
nach Wirtschaftsgruppen *)

7.11.1 Beschäftigte in allen Betrieben

Land Beschäftigte	Wirtschaftsgruppe				
	Insgesamt	Hoch- und Tiefbau	Spezial- bau	Stukkateurge- werbe, Gipserei, Verputzerei	Zimmerei, Dachdeckerel
Schleswig-Holstein					
Beschäftigte insgesamt ...	50 132	42 238	1 601	474	5 819
dar.: Ausländer	1 233	1 062	106	31	34
Hamburg					
Beschäftigte insgesamt ...	28 097	23 088	3 099	492	1 418
dar.: Ausländer	2 098	1 675	264	76	83
Niedersachsen					
Beschäftigte insgesamt ...	138 486	115 123	3 360	1 588	18 415
dar.: Ausländer	5 223	4 820	155	51	197
Bremen					
Beschäftigte insgesamt ...	13 234	10 339	1 585	133	1 177
dar.: Ausländer	557	397	141	-	19
Nordrhein-Westfalen					
Beschäftigte insgesamt ...	277 603	220 656	15 633	13 086	28 308
dar.: Ausländer	26 370	24 278	1 191	257	644
Hessen					
Beschäftigte insgesamt ...	98 562	81 763	2 727	3 655	10 417
dar.: Ausländer	13 869	12 578	523	215	553
Rheinland-Pfalz					
Beschäftigte insgesamt ...	71 998	56 733	3 262	3 900	8 103
dar.: Ausländer	4 537	4 084	251	54	148
Baden-Württemberg					
Beschäftigte insgesamt ...	196 984	152 976	5 835	17 836	20 337
dar.: Ausländer	42 330	37 281	1 247	2 166	1 636
Bayern					
Beschäftigte insgesamt ...	253 646	210 919	9 361	8 236	25 130
dar.: Ausländer	28 998	25 885	1 198	988	927
Saarland					
Beschäftigte insgesamt ...	19 944	14 796	967	1 833	2 348
dar.: Ausländer	1 601	1 456	60	61	24
Berlin (West)					
Beschäftigte insgesamt ...	33 838	27 344	2 596	1 306	2 512
dar.: Ausländer	4 993	4 409	330	146	108
Bundesgebiet					
Beschäftigte insgesamt ...	1 182 604	955 975	50 026	52 419	123 984
dar.: Ausländer	131 809	117 925	5 466	4 045	4 373

*) Ergebnis der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe.

7.11 Ausländer im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1982
nach Wirtschaftsgruppen *)

7.11.2 Beschäftigte in Betrieben, deren Inhaber oder Leiter
in die Handwerksrolle eingetragen sind

Land Beschäftigte	Wirtschaftsgruppe				
	insgesamt	Hoch- und Tiefbau	Spezial- bau	Stukkateurge- werbe, Gipserei, Verputzerei	Zimmererl, Dachdeckerei
Schleswig-Holstein					
Beschäftigte insgesamt ...	36 019	29 553	470	230	5 766
dar.: Ausländer	618	544	12	28	34
Hamburg					
Beschäftigte insgesamt ...	14 420	11 483	1 115	472	1 350
dar.: Ausländer	824	590	81	76	77
Niedersachsen					
Beschäftigte insgesamt ...	105 278	83 654	2 085	1 209	18 250
dar.: Ausländer	2 530	2 220	89	47	182
Bremen					
Beschäftigte insgesamt ...	5 024	3 474	348	34	1 168
dar.: Ausländer	157	104	34	-	19
Nordrhein-Westfalen					
Beschäftigte insgesamt ...	181 761	138 862	5 789	10 333	26 777
dar.: Ausländer	11 991	10 721	442	223	605
Hessen					
Beschäftigte insgesamt ...	69 731	54 458	1 379	3 627	10 267
dar.: Ausländer	8 075	7 090	241	214	530
Rheinland-Pfalz					
Beschäftigte insgesamt ...	54 074	41 054	1 093	3 835	8 092
dar.: Ausländer	2 869	2 550	118	54	147
Baden-Württemberg					
Beschäftigte insgesamt ...	160 744	119 304	3 899	17 644	19 897
dar.: Ausländer	31 796	27 277	837	2 141	1 541
Bayern					
Beschäftigte insgesamt ...	189 478	150 709	5 730	7 996	25 043
dar.: Ausländer	16 770	14 248	666	938	918
Saarland					
Beschäftigte insgesamt ...	13 001	8 537	296	1 833	2 335
dar.: Ausländer	896	792	19	61	24
Berlin (West)					
Beschäftigte insgesamt ...	20 097	15 229	1 102	1 269	2 497
dar.: Ausländer	2 549	2 151	154	137	107
Bundesgebiet					
Beschäftigte insgesamt ...	849 627	656 317	23 306	48 562	121 442
dar.: Ausländer	79 083	68 287	2 693	3 919	4 184

*) Ergebnis der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe Juni 1981 in der Gliederung der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (STPRO).

In Tabelle 7.12 werden die Ausländer unter den berufstätigen Ärzten nach Berufsausübung und Ländern nachgewiesen. Tabelle 7.13 unterrichtet über Ausländer unter dem Personal der Krankenhäuser nach ausgewählten Berufen und Ländern.

Ende 1981 waren im Bundesgebiet 10 382 ausländische Ärzte tätig; ihre Zahl hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt. Die regionale Verteilung ist sehr unterschiedlich: Den höchsten Anteil wies Nordrhein-Westfalen auf (13 %), den niedrigsten Schleswig-Holstein und Hamburg (jeweils 3 %). Von den 10 382 ausländischen Ärzten waren 83 % hauptamtlich in einem Krankenhaus, 14 % in freier Praxis und knapp 3 % in Verwaltung und Forschung tätig. Rd. 85 % waren männlichen und 15 % weiblichen Geschlechts. Die meisten ausländischen Klinikärzte (65 %) befanden sich in der Weiterbildung zum Facharzt oder waren als praktische Ärzte bzw. Ärzte für Allgemeinmedizin in den Krankenhäusern tätig. Knapp 35 % übten ihren Dienst im Krankenhaus als anerkannte Fachärzte (ohne Allgemeinmedizin) aus. Unter ihnen sind Chirurgen und Anästhesisten mit 27 bzw. 25 % am stärksten vertreten.

Von dem Ende 1981 in Krankenhäusern tätigen Pflegepersonal waren 5 % Ausländer. Am höchsten war dieser Anteil in Hessen und Berlin (West) (jeweils ca. 9 %) und am niedrigsten in Schleswig-Holstein und im Saarland (jeweils rd. 1 %).

7.12 Ausländer unter den berufstätigen Ärzten am 31.12.1981 nach Berufsausübung und Ländern^{a)}

Land	Ärzte insgesamt		Darunter Ausländer									
			insgesamt	in freier Praxis				Hauptamtlich im Krankenhaus		in Verwaltung und Forschung		
				Praxis- inhaber		Assistenten bei Ärzten in freier Praxis						
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Schleswig-Holstein ..	4 701	1 243	127	32	10	1	-	-	116	31	1	-
Hamburg	4 698	1 331	129	35	11	-	-	-	117	35	1	-
Niedersachsen	11 344	2 727	1 289	204	202	28	5	3	1 076	173	6	-
Bremen	1 435	435	120	26	-	-	-	-	118	26	2	-
Nordrhein-Westfalen ..	29 248	7 587	3 932	757	575	70	4	-	3 298	662	55	25
Hessen	9 945	2 940	926 ^{a)}	-	183 ^{a)}	-	8 ^{a)}	-	701 ^{a)}	-	34 ^{a)}	-
Rheinland-Pfalz	6 147	1 639	540	83	95	9	2	-	418	70	25	4
Baden-Württemberg	17 304	5 057	635	182	63	11	2	1	528	152	42	18
Bayern	19 327	5 226	576	139	69	15	4	4	495	114	8	6
Saarland	1 920	483	201	39	30	3	-	-	171	35	-	1
Berlin (West)	5 455	2 742	314	96	56	4	-	-	242	81	16	11
Bundesgebiet	111 524	31 410	8 789 ^{a)}	1 593 ^{b)}	1 294 ^{a)}	141 ^{b)}	25 ^{a)c)}	6 ^{b)c)}	7 280 ^{a)}	1 379 ^{b)}	190 ^{a)}	55 ^{b)}

*) Statistik der Berufe des Gesundheitswesens.

a) In Hessen einschl. weibl. Ärzte. - b) Ohne Hessen. - c) Ohne Berlin.

7.13 Ausländer unter dem Personal der Krankenhäuser am 31.12.1981 nach ausgewählten Berufen und Ländern^{a)}

Land	Ärzte		Fachkräfte						Pflegepersonal (ohne Schüler) ¹⁾		
	insgesamt	Ausländer	insgesamt	Ausländer	darunter				insgesamt	darunter Ausländer	Krankenschwestern
					Chirurgen	Internisten	Gynäkologen	Anästhesisten			
Schleswig-Holstein ..	2 776	145	1 343	48	13	4	6	17	11 349	155	85
Hamburg	3 150	133	1 578	60	15	6	4	14	10 818	632	253
Niedersachsen	7 209	1 259	3 378	444	121	56	57	131	30 514	739	235
Bremen	1 028	144	502	47	11	3	5	17	4 657	84	35
Nordrhein-Westfalen ..	19 450	3 978	8 505	1 171	328	156	138	258	81 630	5 754	-
Hessen	6 688	707	3 077	261	58	38	29	69	22 816	2 121	1 242
Rheinland-Pfalz	3 902	555	2 045	285	86	56	32	73	15 793	585	361
Baden-Württemberg	11 739	782	4 969	286	68	34	17	86	41 671	1 874	1 225
Bayern	12 828	602	6 176	254	66	42	26	63	43 263 ^{a)}	1 103 ^{a)}	754
Saarland	1 422	206	737	108	28	21	15	30	5 424	76	52
Berlin (West)	4 464	268	1 713	84	19	10	14	8	17 354	1 562	659
Bundesgebiet	74 656	8 779	34 023	3 048	813	426	343	766	285 293 ^{a)}	14 685 ^{a)}	4 561 ^{b)}

*) Krankenhausstatistik.

1) Ohne geburtshilfliches Personal. - a) In Bayern ohne Kinderkrankenpfleger. - b) Ohne Nordrhein-Westfalen; in Nordrhein-Westfalen 3730 Krankenschwestern und -pfleger.

8 Sozialhilfe

8.1 Empfänger von Sozialhilfe nach Art der Unterbringung und Hilfearten

Über die Empfänger von Sozialhilfe wird - in der Gliederung nach verschiedenen Merkmalen, wie Alter und Geschlecht der Empfänger, Art der Unterbringung und Hilfeart - eine Jahresstatistik durchgeführt. Empfänger, die im Laufe des Jahres Hilfen verschiedener Art erhalten haben, werden bei jeder dieser Hilfearten gezählt. Bei der Zusammenfassung zu den Gesamtzahlen "Sozialhilfe", "Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt" und "Hilfe in besonderen Lebenslagen" wird jeder Hilfeempfänger nur einmal gezählt. Weiter werden die Empfänger danach differenziert, ob die Hilfe in einer Einrichtung oder außerhalb einer Einrichtung gewährt wurde. Empfänger, denen beide Arten dieser Hilfen zuteil wurden, werden bei jeder Hilfeform gezählt, bei der Zusammenfassung "Außerhalb von Einrichtungen und/oder in Einrichtungen" jedoch nur einmal erfaßt.

Im Jahr 1981 gab es im Bundesgebiet rd. 2,1 Mill. Sozialhilfeempfänger. Unter ihnen befanden sich rd. 174 000 oder 8 % Ausländer. Gegenüber 1975 (45 000) hat sich ihre Zahl beinahe vervierfacht.

Nach § 120 des Bundessozialhilfegesetzes haben in der Bundesrepublik lebende Ausländer Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Tuberkulosehilfe und Hilfe zur Pflege. Soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist, können Ausländern auch andere Hilfearten gewährt werden. Ausländer, die sich nur deshalb in die Bundesrepublik Deutschland begeben haben, um Sozialhilfe zu erhalten, haben keinen Anspruch auf diese Hilfe.

1981 bezogen 151 500 Ausländer laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, das waren 12 % der Empfänger dieser Hilfeart. Hilfe in besonderen Lebenslagen erhielten 71 800 Ausländer; ihr Anteil an den Empfängern dieser Hilfe betrug 7 %. Bei den einzelnen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen war der Anteil der Ausländer an den Empfängern unterschiedlich groß. Am höchsten war er bei der Tuberkulosehilfe, wo von den 13 600 Empfängern 2 600 (19 %) nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Bei den Empfängern von Tuberkulosehilfe in Einrichtungen (1 900) erreichte der Anteil der Ausländer sogar

36 %. Unter den 353 000 Empfängern von Krankenhilfe waren 55 900 oder 16 % Ausländer. Ebenso groß war der Ausländeranteil unter den 2 700 Empfängern von Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen. Demgegenüber gab es unter den 450 700 Empfängern von Hilfe zur Pflege und unter den 28 300 Empfängern von Altenhilfe nur jeweils 1 % Ausländer. Dies dürfte vor allem mit dem im Vergleich zur deutschen Bevölkerung erheblich geringeren Anteil älterer Menschen an den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern zusammenhängen.

8.1 Empfänger von Sozialhilfe nach Art der Unterbringung und Hilfformen*)

Jahr Hilfform	Außerhalb von Einrichtungen und/oder in Einrichtungen		Außerhalb von Einrichtungen		In Einrichtungen	
	Insgesamt	Ausländer	Insgesamt	Ausländer	Insgesamt	Ausländer
1978 ¹⁾	2 119 699	74 765	1 631 369	55 224	532 074	11 216
1979 ¹⁾	2 095 297	108 988	1 599 828	93 148	544 466	20 197
1980 ¹⁾	2 144 085	162 728	1 625 958	145 559	563 057	23 292
1981 ¹⁾	2 083 391	173 524	1 584 326	156 349	532 168	26 160
und zwar:						
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	1 291 431	151 487	1 224 942	142 103	68 600	12 835
Hilfe in besonderen Lebenslagen zusammen 4)	1 079 588	71 782	621 004	58 925	478 607	15 694
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	996	135	996	135	-	-
Ausbildungshilfe	12 221	520	11 285	501	936	19
Vorbauende Gesundheitshilfe (ohne Gruppenverschickungen)	59 202	1 504	11 434	514	47 878	990
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	352 882	55 880	310 616	54 590	53 135	7 725
Hilfe für werdende Mütter und Mütterinnen	2 710	443	1 853	255	1 249	258
Eingliederungshilfe zusammen	191 232	5 468	54 962	1 877	136 799	3 606
und zwar:						
Arztl. Behandlung und Körperersatz- stücke für Behinderte	29 235	1 167	14 400	517	14 873	551
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	22 231	1 283	13 270	553	8 993	632
Hilfe zu einer angemessenen Schul- bildung	43 559	1 725	6 016	174	37 605	1 552
Hilfen zur Berufsausbildung, Fort- bildung und Arbeitsplatzbe- schaffung	4 609	149	630	32	3 989	117
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	39 900	305	-	-	39 900	305
Sonstige Eingliederungshilfe	57 995	929	21 211	431	36 825	504
Tuberkulosehilfe	13 568	2 557	11 828	1 548	1 894	676
Blindenhilfe	1 676	114	975	18	701	96
Hilfe zur Pflege	450 712	5 662	223 764	3 557	227 214	2 005
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts ..	12 133	281	11 844	238	289	43
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	17 443	762	5 780	246	11 878	516
Altenhilfe	28 316	319	20 977	306	7 340	14
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	10 784	477	7 931	319	2 853	158

*) Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfform gezählt.

1) Ohne Mehrfachzählungen.

9 Behinderte

Zum Stichtag 31. Dezember 1979 wurden erstmals Daten über Behinderte aufgrund § 51 des Schwerbehindertengesetzes erhoben. Grundlage der alle zwei Jahre durchgeführten Behindertenstatistik sind die Angaben in den Dateien der Versorgungsämter über Personen, die von der Versorgungsverwaltung aufgrund eines Antrags als Behinderte anerkannt sind oder einen Ausweis über die Eigenschaft als Schwerbehinderter erhalten haben. In der Statistik der Behinderten wurden nur Behinderte mit einem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE-Grad) von wenigstens 30 vH erfaßt. Behinderte mit einer MdE von 50 vH und darüber gelten als Schwerbehinderte.

In den Tabellen 9.1 bis 9.3 werden deutsche und ausländische Behinderte nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit und Altersgruppen sowie ausländische Behinderte nach Art der Behinderung - bei mehreren Behinderungen nach Art der schwerwiegendsten - und MdE-Grad nachgewiesen.

Ende 1981 gab es im Bundesgebiet 5 486 000 Behinderte, von denen 2 938 000 Männer und 2 549 000 Frauen waren. Der Anteil der Ausländer an den Behinderten war mit 121 800 oder 2 % geringer als der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung. Dementsprechend gab es unter ihnen auch weniger Behinderte als unter den Deutschen. Während von 1 000 deutschen Einwohnern 94 behindert waren, gab es unter 1 000 Ausländern nur 26 Behinderte. Der geringere Anteil der Behinderten bei den Ausländern ist teilweise durch die unterschiedlichen Altersstrukturen beider Bevölkerungsteile bedingt. Bei Ausländern im Alter von über 45 Jahren ist allerdings der Anteil der Behinderten - ebenso wie bei den Deutschen - wesentlich höher als bei den Ausländern insgesamt. So waren in der Altersgruppe der 55- bis unter 65jährigen von 1 000 Deutschen 261, von 1 000 Ausländern gleichen Alters 152 als Behinderte registriert. Bei den über 65jährigen betrugen die entsprechenden Ziffern für Deutsche 204 und für Ausländer 121. Dies macht deutlich, daß besonders ältere Ausländer - ebenso wie gleichaltrige Deutsche - in erheblichen Umfange von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich als Behinderte anerkennen zu lassen und die ihnen deshalb zustehenden Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen.

Ähnlich wie bei den Behinderten insgesamt ergeben sich auch bei den Schwerbehinderten in den einzelnen Altersklassen Unterschiede in der Häufigkeit bei Deutschen und Ausländern. Von 1 000 Deutschen waren 80 schwerbehindert, von 1 000 Ausländern dagegen nur 19. In den einzelnen Altersgruppen sind die Unterschiede zum Teil noch größer. So waren von 1 000 Deutschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren 223, von 1 000 Ausländern im gleichen Alter dagegen 121 als Schwerbehinderte anerkannt. Die entsprechenden Ziffern bei über 65jährigen Personen betrugen 196 für die deutsche und 115 für die ausländische Bevölkerung.

Von den deutschen Behinderten waren 85 % als Schwerbehinderte mit einem MdE-Grad von 50 vH oder darüber eingestuft; bei den Ausländern betrug der entsprechende Anteil dagegen nur 74 %. In der Regel ist bei den Ausländern der Anteil der Behinderten mit einer MdE unter 60 vH höher als derjenige bei den Deutschen, während es bei den MdE-Graden ab 60 vH umgekehrt ist: hier ist der Anteil bei den Deutschen durchweg höher als bei den Ausländern.

Bei einem Drittel der ausländischen Behinderten bestand die schwerwiegendste Behinderung in einer Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen, wie sie etwa infolge eines Herzinfarktes oder eines inneren Leidens auftreten kann. Bei den Schwerbehinderten war der Anteil der Personen, die an einer derartigen Organstörung litten, mit 38 % höher als bei den leichter Behinderten (23 %). Bei jeweils 15 % der behinderten Ausländer bildeten Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen bzw. der Wirbelsäule und des Rumpfes die schwerste Behinderung. Von zerebralen Störungen, die häufig mit neurologischen Ausfallerscheinungen am Bewegungsapparat verbunden sind, waren 11 % der ausländischen Behinderten betroffen.

9.1 Behinderte am 31.12.1981
nach Minderung der Erwerbsfähigkeit und Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren Geschlecht	Insgesamt		Davon mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von ... bis unter ... vH			
	Anzahl	je 1 000 Einwohner ¹⁾	30 - 50		50 und mehr	
			Anzahl	je 1 000 Einwohner ¹⁾	Anzahl	je 1 000 ¹⁾
Deutsche						
unter 4	8 715	4	624	0	8 091	4
4 - 15	81 903	11	7 244	1	74 659	10
15 - 25	183 722	20	33 240	4	150 488	16
25 - 35	218 874	29	56 345	7	162 529	22
35 - 45	446 236	56	139 217	17	307 019	38
45 - 55	956 739	129	251 553	34	705 186	95
55 - 65	1 584 426	261	228 911	38	1 355 517	223
65 und mehr	1 883 833	204	67 682	7	1 816 151	196
Insgesamt ...	5 364 456	94	784 816	14	4 579 640	80
Männlich ...	2 858 156	106	396 360	15	2 461 796	92
Weiblich ...	2 506 300	83	388 456	13	2 117 844	70
Ausländer						
unter 4	860	3	42	0	818	3
4 - 15	7 972	8	553	1	7 419	8
15 - 25	6 397	8	921	1	5 476	7
25 - 35	10 852	10	3 817	4	7 035	7
35 - 45	24 335	29	9 708	12	14 628	17
45 - 55	31 578	74	10 716	25	20 862	49
55 - 65	25 774	152	5 270	31	20 504	121
65 und mehr	14 014	121	730	6	13 284	115
Insgesamt ...	121 783	26	31 757	7	90 026	19
Männlich ...	79 553	30	20 612	8	58 941	22
Weiblich ...	42 230	20	11 145	5	31 085	15

1) Bevölkerungsstand: 31.12.1981

9.2 Behinderte am 31.12.1981
nach Minderung der Erwerbsfähigkeit

Minderung der Erwerbsfähigkeit von ... bis unter ... VH	Deutsche		Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl	%
30 - 50	784 816	14,6	31 757	26,1
50 und mehr	4 579 640	85,4	90 026	73,9
50 - 60	1 044 127	19,5	28 075	23,1
60 - 70	678 519	12,6	14 336	11,8
70 - 80	524 991	11,7	10 907	9,0
80 - 90	526 187	16,9	13 727	11,3
90 - 100	250 981	4,9	3 152	2,6
100	1 064 835	19,8	19 829	16,3
Insgesamt ...	5 364 456	100	121 783	100

9.3 Ausländische Behinderte am 31.12.1981 nach Art der schwerwiegendsten
Behinderung und Minderung der Erwerbsfähigkeit

Art der Behinderung bzw. Gruppe von Behinderungsarten	Insgesamt		Davon mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von ... bis unter ... vH			
			30 - 50		50 und mehr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Verlust oder Teilverlust von Gliedermaßen	2 825	2,4	144	0,5	2 681	3,0
Funktionseinschränkung von Gliedermaßen	17 710	14,9	4 127	13,4	13 583	15,4
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes ..	18 079	15,2	7 098	23,0	10 981	12,5
Blindheit und Sehbehinderung ..	4 213	3,5	1 263	4,1	2 950	3,4
Sprach- oder Sprechstörungen ..	292	0,2	23	0,1	269	0,3
Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	3 651	3,1	430	1,4	3 221	3,7
Kleinwuchs, Entstellung, u.a. .	253	0,2	35	0,1	218	0,2
Verlust einer Brust oder beider Brüste	1 208	1,0	60	0,2	1 148	1,3
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	40 328	33,9	7 146	23,2	33 182	37,7
darunter:						
von Herz und Kreislauf	8 595	7,2	1 052	3,4	7 543	8,6
der tieferen Atemwege und Lungen	4 813	4,0	945	3,1	3 868	4,4
der Verdauungsorgane	5 009	4,2	1 573	5,1	3 436	3,9
Querschnittslähmung	409	0,3	1	0,0	408	0,5
Zerebrale Störungen	9 180	7,7	541	1,8	8 639	9,8
Störungen der geistigen Entwick- lung (z.B. geistige Behinde- rung, Lernbehinderung)	3 755	3,2	38	0,1	3 717	4,2
Suchtkrankheiten	106	0,1	9	0,0	97	0,1
Sonstige und ungenügend be- zeichnete Behinderungen	16 880	14,2	9 927	32,2	6 953	7,9
Insgesamt ...	118 889 ^{a)}	100	30 842 ^{b)}	100	88 047 ^{c)}	100

a) Ohne 2 894 Behinderte in Bayern, für die eine Aufgliederung nicht möglich ist.

b) Ohne 915 leichter Behinderte in Bayern, für die eine Aufgliederung nicht möglich ist.

c) Ohne 1 979 Schwerbehinderte in Bayern, für die eine Aufgliederung nicht möglich ist.

10 Straffälligkeit

Im Zusammenhang mit dem raschen Anstieg der Ausländerzahl wird in der Öffentlichkeit immer stärker die Frage diskutiert, ob die im Bundesgebiet lebenden Ausländer häufiger straffällig werden als Deutsche und damit in besonderem Maße zur Entwicklung der Kriminalität beitragen.

Aufschlüsse hierüber vermitteln die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik. In den Tabellen 10.1 bis 10.3 wird der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung und ihre Beteiligung der Straffälligkeit sowie die Kriminalität der Deutschen und Ausländer sowohl insgesamt als auch bei ausgewählten Straftaten nachgewiesen. Tabelle 10.4 unterrichtet über verurteilte Ausländer nach Hauptdeliktsgruppen und ausgewählter Staatsangehörigkeit.

Zunächst fällt auf, daß die Beteiligung der ausländischen Staatsangehörigen an der Straffälligkeit größer ist, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Das hängt jedoch auch u.a. mit der anderen Alters- und Geschlechtsstruktur zusammen und darf nicht zu voreiligen Schlußfolgerungen verleiten. Auch die gebräuchliche Berechnung der Verurteilten je 100 000 strafmündiger Einwohner führt zu überhöhten Werten, weil die Ausländer im Vergleich zur deutschen Bevölkerung einen erheblich geringeren Anteil an älteren Personen und einen wesentlich höheren Anteil an Männern aufweisen. Aus diesem Grunde werden zusätzlich "Verurteiltenziffern" für die 18- bis unter 50jährigen Männer berechnet. Aber auch hier ist zu berücksichtigen, daß in den Bezugswerten der ausländischen Bevölkerung diejenigen Personen nicht enthalten sind, die sich illegal im Bundesgebiet aufhalten.

Wird die besondere Kriminalität der Deutschen und Ausländer bei ausgewählten Straftaten schwereren Unrechtsgehalts auf der Basis der so berechneten Verurteiltenziffern verglichen, so zeigt sich für 1981 folgendes:

Deutlich höher als bei der deutschen Bevölkerung sind die Verurteiltenziffern der Ausländer bei Mord und Totschlag, gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung, Urkundenfälschung sowie bei fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung im Straßenverkehr, in jüngerer Zeit auch bei Diebstahl. Die im Vergleich zu den Deutschen fast dreimal so

hohe Ziffer der wegen Urkundenfälschung verurteilten ausländischen Männer dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß zahlreiche Angehörige dieses Personenkreises - vor allem seit Erlass des Anwerbestopps - illegal in das Bundesgebiet einreisen und sich die für ihren Aufenthalt erforderlichen Dokumente auch illegal beschaffen oder selbst ausstellen. Eine gegenüber der deutschen Bevölkerung wesentlich geringere Kriminalität ist hinsichtlich der Straftat "Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit" festzustellen.

Einige Besonderheiten zeigen sich, wenn man die Veränderungen der Verurteiltenziffern 1981 gegenüber 1977 bei der deutschen und ausländischen Bevölkerung vergleicht. Danach ist festzustellen, daß bei den Straftaten Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit, Urkundenfälschung sowie bei den Diebstahlsdelikten die Straffälligkeit bei den Ausländern zugenommen, bei den Deutschen hingegen abgenommen hat. Deutlich stärker als bei den Deutschen sind außerdem bei den Ausländern die Verurteiltenziffern gestiegen bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung und bei den Raubdelikten. Bei den übrigen in den Vergleich einbezogenen Straftaten verlief die Entwicklung bei Deutschen und Ausländern, sei es im positiven oder negativen Sinne, in etwa gleich. Besonders auffällig ist der Rückgang der Mord- und Totschlagskriminalität bei den Ausländern um mehr als 20 %. Bei den Deutschen betrug die Abnahme etwa 9 %.

10.1 Anteil der Ausländer an der Bevölkerung und ihre Beteiligung an der Straffälligkeit *)

Gegenstand der Nachweisung	1977	1978	1979	1980	1981
Von 100,					
Einwohnern waren Ausländer	6,3	6,3	6,5	6,9	7,4
Deutschen waren männlich	47,0	47,1	47,1	47,1	47,1
Ausländern waren männlich	56,3	55,9	55,7	56,0	56,4
deutschen männlichen Einwohnern waren 18 bis unter 50 Jahre alt ..	46,3	46,7	47,1	47,6	48,0
ausländischen männlichen Einwohnern waren 18 bis unter 50 Jahre alt ..	64,0	63,1	62,1	61,4	60,8
Von 100 wegen Verbrechen und Vergehen verurteilten					
Einwohnern waren Ausländer	9,7	9,6	10,1	11,1	11,9
Deutschen waren männlich	84,9	84,7	84,7	84,6	84,8
Ausländern waren männlich	86,3	86,5	86,4	86,9	87,6
deutschen Männern waren 18 bis unter 50 Jahre alt	80,8	80,2	79,6	79,2	80,2
ausländischen Männern waren 18 bis unter 50 Jahre alt	90,0	89,7	89,1	89,3	86,1

10.2 Die Kriminalität der Deutschen und Ausländer insgesamt

Jahr	Von 100 000 strafmündigen				
	Einwohnern insgesamt	Deutschen	Ausländern	deutschen	ausländischen
				Männern	
				im Alter von 18 bis unter 50 Jahren	
wurden wegen Verbrechen und Vergehen verurteilt 1)					
1977	1 452	1 386	2 459	3 562	3 927
1978	1 473	1 408	2 464	3 584	4 004
1979	1 421	1 352	2 455	3 422	4 020
1980	1 433	1 352	2 593	3 391	4 318
1981	1 446	1 357	2 635	3 936	4 410

*) Ausländer ohne Stationierungsstreitkräfte.

1) Verurteiltenziffer.

10.3 Die Kriminalität der Deutschen und Ausländer bei ausgewählten Straftaten *)

Jahr	Verurteilte Männer im Alter von 18 bis unter 50 Jahren									
	Fahrlässige Tötung oder Körper- verletzung im Straßenverkehr		Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit		Unberechtigtes Entfernen vom Unfallort		Mord und Totschlag		Gefährliche und schwere Körperverletzung	
	§ 222 u. 230	§ 223	§ 315c I a. 316	§ 316	§ 142	§ 211 - 213	§ 223a, 224 - 226	§ 223a, 224 - 226	§ 223a, 224 - 226	§ 223a, 224 - 226
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer

Anzahl

1977	49 753	6 706	118 464	6 697	26 501	3 294	434	150	8 351	1 282
1978	47 832	6 243	120 695	6 967	27 697	3 392	398	139	8 534	1 307
1979	43 393	5 836	115 447	6 887	28 904	3 396	395	129	8 364	1 302
1980	41 312	5 973	118 170	8 056	28 805	3 726	407	126	8 697	1 425
1981	38 638	5 510	114 085	8 116	29 556	4 059	409	133	9 380	1 690

Je 100 000 der entsprechenden Personengruppe (Verurteiltenziffer)

1977	397,0	483,0	945,4	482,4	211,5	237,3	3,5	10,8	66,6	92,3
1978	378,8	454,8	955,8	507,6	219,3	247,1	3,2	10,1	67,6	95,2
1979	341,6	420,8	908,8	496,5	227,5	244,8	3,1	9,3	65,8	93,9
1980	322,5	408,7	922,5	551,3	224,9	255,0	3,2	8,6	67,9	97,5
1981	299,2	351,9	883,3	518,3	228,8	259,2	3,2	8,5	72,6	107,9

Verurteiltenziffer 1977 = 100 (Mehrzahlen)

1978	95,4	94,2	101,1	105,2	103,7	104,1	91,4	93,5	101,5	103,1
1979	86,0	87,1	96,1	102,9	107,6	103,2	88,6	86,1	98,8	101,7
1980	81,2	84,6	97,6	114,3	106,3	107,5	91,4	79,6	102,0	105,6
1981	75,4	72,9	93,4	107,4	108,2	109,2	91,4	78,7	109,0	116,9

Jahr	Verurteilte Männer im Alter von 18 bis unter 50 Jahren									
	Vergewaltigung		Sexueller Mißbrauch von Kindern		Diebstahl		Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer		Urkunden- fälschung	
	§ 177	§ 178	§ 176	§ 176	§ 242 - 244	§ 249 - 256, 316a	§ 267, 271 - 273	§ 267, 271 - 273	§ 267, 271 - 273	§ 267, 271 - 273
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer

Anzahl

1977	855	171	1 374	169	63 203	6 162	3 203	305	7 397	1 910
1978	821	176	1 264	150	65 079	6 190	3 299	319	7 554	2 582
1979	863	179	1 227	137	61 257	6 225	3 330	327	6 880	2 488
1980	821	203	1 179	148	59 581	7 111	3 207	341	6 789	2 285
1981	923	238	1 100	148	63 576	8 229	3 514	474	7 336	2 347

Je 100 000 der entsprechenden Personengruppe (Verurteiltenziffer)

1977	6,8	12,3	11,0	12,2	504,4	443,9	25,6	22,0	59,0	137,6
1978	6,5	12,8	10,0	11,4	515,4	451,0	26,1	23,2	59,8	188,1
1979	6,8	12,9	9,7	9,9	482,2	448,8	26,2	23,6	54,2	179,4
1980	6,4	13,9	9,2	10,1	465,1	486,6	25,0	23,3	53,0	156,4
1981	7,1	15,2	8,5	9,5	492,2	525,5	27,2	30,3	56,8	149,9

Verurteiltenziffer 1977 = 100 (Mehrzahlen)

1978	95,6	104,1	90,9	93,4	102,2	101,6	102,0	105,5	101,4	136,7
1979	100,0	104,9	88,2	81,1	95,6	101,1	102,3	107,3	91,9	130,4
1980	94,1	113,0	83,6	82,8	92,2	109,6	97,7	105,9	89,8	113,7
1981	104,4	123,6	77,3	77,9	97,6	118,4	106,3	137,7	96,3	108,9

*) Ausländer ohne Stationierungsstreitkräfte.

10.4 Verurteilte Ausländer 1981 nach Hauptdeliktgruppen und ausgewählter Staatsangehörigkeit

Geschlecht	Verurteilte Ausländer und Staatenlose								sonstige Staatsan- gehörig- keit und Staaten- lose	Angehörige der Statio- nierungs- streit- kräfte
	ins- gesamt	nach ausgewählter Staatsangehörigkeit								
		Griechen	Italiener	Jugo- slawen	Portu- giesen	Spanier	Türken			
Gegen den Staat, die öffentl. Ordnung (außer Flucht nach Verkehrsunfall) und im Ante (§§ 80-168 und 331-358 außer 142)										
Insgesamt	1 519	45	207	206	9	28	456	537	31	
Männlich	1 359	40	190	175	8	25	412	483	26	
Weiblich	160	5	17	31	1	3	44	54	5	
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174-184c)										
Insgesamt	789	32	110	92	5	24	269	228	29	
Männlich	782	32	110	91	5	24	269	222	29	
Weiblich	7	-	-	1	-	-	-	6	-	
Andere gegen die Person außer im Straßenverkehr (§§ 169-173, 185-241a außer 222 und 230 i.V.m. Verkehrsunfall)										
Insgesamt	6 122	218	896	883	54	105	2 068	1 791	107	
Männlich	5 812	205	864	823	49	97	1 959	1 714	101	
Weiblich	310	13	32	60	5	8	109	77	6	
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242-248c)										
Insgesamt	17 706	892	2 736	3 201	242	454	3 959	5 980	242	
Männlich	12 405	532	1 926	1 956	163	278	3 028	4 320	202	
Weiblich	5 301	360	810	1 245	79	176	931	1 660	40	
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249-256, 316a)										
Insgesamt	775	24	158	116	5	19	253	174	26	
Männlich	753	24	156	106	5	18	250	168	26	
Weiblich	22	-	2	10	-	1	3	6	-	
Andere Vermögensdelikte (§§ 257-305)										
Insgesamt	8 812	412	1 166	1 403	51	150	2 187	3 306	137	
Männlich	7 969	379	1 084	1 188	39	126	2 025	3 007	121	
Weiblich	843	33	82	215	12	24	162	299	16	
Gemeingefährliche außer im Straßenverkehr (§§ 306-330c außer 315b, 315c, 316 316a und 330a i.V.m. Verkehrsunfall)										
Insgesamt	648	36	45	88	6	14	112	326	21	
Männlich	623	35	43	87	6	12	108	315	17	
Weiblich	25	1	2	1	-	2	4	11	4	
Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315b, 315c, 316; 222, 230, 330a i.V.m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)										
Insgesamt	30 522	1 068	4 168	4 718	331	557	7 443	10 688	1 549	
Männlich	28 993	1 022	4 048	4 431	311	523	7 211	10 017	1 430	
Weiblich	1 529	46	120	287	20	34	232	671	119	
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)										
Insgesamt	24 691	766	1 785	3 278	92	233	8 024	10 278	235	
Männlich	21 534	614	1 720	2 314	67	198	7 008	9 404	209	
Weiblich	3 157	152	65	964	25	35	1 016	874	25	
Straftaten insgesamt										
Insgesamt	91 584	3 493	11 271	13 985	795	1 584	24 771	33 308	2 377	
Männlich	80 230	2 883	10 141	11 171	653	1 301	22 270	29 650	2 161	
Weiblich	11 354	610	1 130	2 814	142	283	2 501	3 658	216	

11 Straßenverkehrsunfälle

Seit 1975 wird in den Verkehrsunfallanzeigen von der Polizei die Nationalität ausländischer Fahrzeugführer und Fußgänger eingetragen. Nicht vermerkt wird die Staatsangehörigkeit der in Fahrzeugen verunglückten Mitfahrer. Für die Fahrzeugpassagiere kann der Ausländeranteil im Rahmen der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik daher nicht ermittelt werden.

Neben der Angabe des Herkunftslandes notiert die Polizei Namen und Anschrift der unfallbeteiligten Fahrzeugführer und Fußgänger. Im Rahmen der statistischen Aufbereitung der Ergebnisse wird es damit möglich, nach zwei wichtigen Zielgruppen zu unterscheiden, und zwar nach

- Ausländern, die ihren Wohnsitz im Inland und
- Ausländern, die ihren Wohnsitz im Ausland haben.

Mit dem Personenkreis der in der Bundesrepublik wohnenden Ausländer sind im wesentlichen die ausländischen Arbeitnehmer und Gewerbetreibenden mit ihren Familienangehörigen erfaßt. Aber auch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mitglieder ausländischer Streitkräfte mit ihren Angehörigen werden in der Straßenverkehrsunfallstatistik dieser Gruppe von Ausländern zugerechnet.

Bei den Ausländern mit Wohnsitz im Ausland handelt es sich in erster Linie um Durchreisende und nur vorübergehend im Bundesgebiet sich aufhaltende Personen (Touristen).

Die Tabellen 11.1 und 11.2 geben - jeweils für ausgewählte Staatsangehörigkeiten - einen Überblick über die Zahl der 1981 an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten und verunglückten Fahrzeugführer und Fußgänger sowie der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Fahrzeugführer und Fußgänger nach Art der Verkehrsbeteiligung. In Tabelle 11.3 wird - ebenfalls für ausgewählte Staatsangehörigkeiten - die Entwicklung der Zahl der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Fahrzeugführer und Fußgänger seit 1975 dargestellt. Tabelle 11.4 unterrichtet über die Beteiligung von Ausländern, die ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, an

Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden nach Art der Verkehrsbe-
teiligung und Nationalität im Jahr 1981.

Unter den 695 816 im Jahr 1981 insgesamt an Straßenverkehrsunfällen
im Bundesgebiet beteiligten Fahrzeugführern und Fußgängern waren
49 424 (7,1 %) Ausländer, die ihren Wohnsitz im Inland hatten und
6 319 (0,9 %) Nichtdeutsche mit Wohnsitz im Ausland.

Der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung - allerdings ohne Mit-
glieder und Angehörige ausländischer Streitkräfte - belief sich 1981
mit 4,63 Mill. auf 7,5 %. Ein Anteilsvergleich der Wohnbevölkerung
einerseits und der Unfallzahlen andererseits vermittelt zunächst den
Eindruck, daß auf die in Deutschland lebenden Ausländer insgesamt
kein größeres Risiko zukommt, in einen Straßenverkehrsunfall ver-
wickelt zu werden, als für die deutsche Bevölkerung. Gliedert man
die Daten aber nach dem Anteil der einzelnen Nationen und berück-
sichtigt die jeweiligen Einwohnerzahlen, so ergeben sich bemerkens-
werte Unterschiede.

Bezogen auf 10 000 deutsche und nichtdeutsche Einwohner waren im
Jahr 1981 rd. 118 als Fahrzeugführer und Fußgänger an einen Unfall
mit Personenschaden beteiligt (Gesamtdurchschnitt). Von den im Bun-
desgebiet lebenden Spaniern waren es dagegen "nur" 64, während von
10 000 Griechen 82, von den Italienern 91 und den Jugoslawen 106 in
Unfälle verwickelt wurden. Überdurchschnittlich hoch lag dagegen
mit 126 die Unfallbeteiligungsrate der Türken. Besonders auffällig
war bei den Türken der Anteil der Fußgänger (28 je 10 000 in
Deutschland wohnenden Türken).

11.1 An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte und
verunglückte Fahrzeugführer und Fußgänger 1981 nach
ausgewählter Staatsangehörigkeit

Herkunft	Unfallbe- teiligte	Verunglückte			
		insgesamt	davon		
			Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
Anzahl					
Insgesamt	695 816	360 612	9 378	107 351	243 883
darunter:					
Ausländer mit Wohnsitz im					
Inland	49 424	25 813	502	7 214	18 097
davon: mit Staatsange- hörigkeit					
Griechenland	2 392	1 137	24	274	839
Italien	5 256	2 537	37	665	1 835
Jugoslawien	6 296	2 980	68	830	2 082
Spanien	1 109	579	12	167	400
Türkei	17 903	10 389	172	2 978	7 239
Andere	16 468	8 191	189	2 300	5 702
Ausländer mit Wohnsitz im					
Ausland	6 319	2 276	64	756	1 456
davon aus:					
Norwegen, Schweden, Dänemark	384	104	2	44	58
Großbritannien	337	146	3	52	91
Belgien, Niederlande, Luxemburg	2 027	665	14	230	421
Frankreich	914	379	8	115	256
Schweiz	399	158	3	46	109
Österreich	766	263	12	91	160
Italien	298	98	3	30	65
Vereinigte Staaten	152	72	4	20	48
Anderen Ländern	1 042	391	15	128	248
Prozent					
Insgesamt	100	100	100	100	100
darunter:					
Ausländer mit Wohnsitz im					
Inland	7,1	7,2	5,4	6,7	7,4
davon: mit Staatsan- gehörigkeit					
Griechenland	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Italien	0,8	0,7	0,4	0,6	0,8
Jugoslawien	0,9	0,8	0,7	0,8	0,9
Spanien	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
Türkei	2,6	2,9	1,8	2,8	3,0
Andere	2,4	2,3	2,0	2,1	2,3

11.2 An Unfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeugführer und Fußgänger 196
nach Art der Verkehrsbeteiligung und ausgewählter Staatsangehörigkeit

Herkunft	Ins- gesamt	Davon					
		Fuß- gänger	Fahrer von				andere
			Fahr- rädern	Motor- zwei- rädern	Per- sonen- kraft- wagen	Güter- kraft- fahr- zeugen	
Anzahl							
Insgesamt	695 816	57 667	58 577	92 708	436 979	33 042	16 843
darunter:							
Ausländer mit Wohn- sitz im Inland ...	49 424	7 014	3 772	2 802	32 963	2 115	758
davon: mit Staatsan- gehörigkeit							
Griechenland	2 392	322	150	87	1 737	70	26
Italien	5 256	569	285	282	3 815	241	64
Jugoslawien	6 296	779	398	271	4 294	371	183
Spanien	1 109	136	106	106	720	32	9
Türkei	17 903	3 911	1 996	1 183	10 361	342	110
Andere	16 468	1 297	837	873	12 036	1 059	366
Ausländer mit Wohn- sitz im Ausland ..	6 319	204	125	289	4 220	1 347	134
davon aus:							
Norwegen, Schwe- den, Dänemark ..	384	20	3	25	233	91	12
Großbritannien ..	337	27	4	23	232	37	14
Belgien, Nieder- lande, Luxemburg	2 027	33	38	104	1 327	474	51
Frankreich	914	21	27	44	647	152	23
Schweiz	399	12	15	17	301	49	5
Österreich	766	14	11	52	453	225	11
Italien	298	6	1	4	180	105	2
Vereinigte							
Staaten	152	6	6	5	126	6	3
Anderen Ländern ..	1 042	65	20	15	721	208	13
Prozent							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
darunter:							
Ausländer mit Wohn- sitz im Inland ...	7,1	12,2	6,4	3,0	7,5	6,4	4,5
davon: mit Staatsan- gehörigkeit							
Griechenland	0,3	0,6	0,3	0,1	0,4	0,2	0,2
Italien	0,8	1,0	0,5	0,3	0,9	0,7	0,4
Jugoslawien	0,9	1,4	0,7	0,3	1,0	1,1	1,1
Spanien	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1
Türkei	2,6	6,8	3,4	1,3	2,4	1,0	0,7
Andere	2,4	2,2	1,4	0,9	2,8	3,2	2,2

11.3 An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeugführer
und Fußgänger nach ausgewählter Staatsangehörigkeit

Herkunft	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Anzahl							
Insgesamt	638 594	682 869	725 189	731 277	706 207	725 778	695 816
darunter:							
Ausländer mit Wohnsitz im Inland	39 821	41 156	46 567	46 397	46 697	50 520	49 424
davon: mit Staatsangehörigkeit							
Griechenland	2 721	2 624	2 749	2 570	2 424	2 458	2 392
Italien	4 682	4 730	5 194	5 302	5 402	5 625	5 256
Jugoslawien	6 832	6 781	7 221	6 970	6 743	6 676	6 296
Spanien	1 382	1 290	1 406	1 212	1 154	1 149	1 109
Türkei	11 950	12 592	14 640	15 123	15 584	18 469	17 903
Andere	12 254	13 139	15 357	15 220	15 390	16 143	16 468
Ausländer mit Wohnsitz im Ausland	7 117	6 250	6 695	6 908	6 378	6 845	6 319
davon aus:							
Norwegen, Schweden, Dänemark	319	355	418	406	353	371	384
Großbritannien	358	313	282	397	299	338	337
Belgien, Niederlande, Luxemburg	2 200	2 226	2 421	2 416	2 136	2 381	2 027
Frankreich	1 064	889	875	875	900	1 011	914
Schweiz	456	429	492	545	446	435	399
Österreich	680	723	804	804	828	876	766
Italien	328	244	307	384	363	337	298
Vereinigte Staaten	797	321	292	205	243	184	152
Anderen Ländern	915	750	804	876	810	912	1 042
1975 = 100							
Insgesamt	100	106,9	113,6	114,5	110,6	113,7	109,0
darunter:							
Ausländer mit Wohnsitz im Inland	100	103,4	116,9	116,5	117,3	126,9	124,1
davon: mit Staatsangehörigkeit							
Griechenland	100	96,4	101,0	94,5	89,1	90,3	87,9
Italien	100	101,0	110,9	113,2	115,4	120,1	112,3
Jugoslawien	100	99,3	105,7	102,0	98,7	97,7	92,2
Spanien	100	93,3	101,7	87,7	83,5	83,1	80,2
Türkei	100	105,4	122,5	126,6	130,4	154,6	149,8
Andere	100	107,2	125,3	124,2	125,6	131,7	134,4

11.4 An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte Ausländer mit
Wohnsitz im Inland 1981 nach Art der Verkehrsbeteiligung und Staatsangehörigkeit

Herkunft	Ein- wohner	Unfall- be- teiligte	Je 10 000 Einwohner						
			Ins- gesamt	Fuß- gänger	Rad- fahrer	Fahrer von			
						Motor- zwei- rädern	Personen- kraft- wagen	Güter- kraftfahr- zeugen	
									Anzahl
			1 000						
Insgesamt	61 682	695 816	118	10	9	16	75	6	
darunter:									
Griechenland	298	2 392	82	13	4	3	58	2	
Italien	618	5 256	91	9	4	5	67	4	
Jugoslawien	632	6 296	106	13	6	4	72	7	
Spanien	180	1 109	64	8	5	6	42	3	
Türkei	1 462	17 903	126	28	13	9	73	2	

12 Einbürgerungen

Einbürgerungen von Ausländern werden seit 1950 im Rahmen der Einbürgerungsstatistik (bis einschl. Berichtsjahr 1980: Staatsangehörigkeitsstatistik) ermittelt. In dieser Statistik, die auf Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern sowie Anordnungen der Länder beruht, werden folgende Tatbestände erhoben:

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen, Art der Einbürgerung, frühere Staatsangehörigkeit und - bis einschließlich Berichtsjahr 1980 - Rechtsgrund des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. Seit Berichtsjahr 1981 werden zusätzlich Alter, Geschlecht, Aufenthaltsdauer, Beteiligung am Erwerbsleben und Hochschulabschluß der eingebürgerten Personen ermittelt.

In Tabelle 12.1 wird der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung nachgewiesen. Tabelle 12.2 unterrichtet über die frühere Staatsangehörigkeit der durch Ermessensentscheidung eingebürgerten Personen.

Wichtige Indikatoren, die auf dem Grad der Integration der Ausländer oder ihrer Anpassungsbereitschaft schließen lassen, sind die Aufenthaltsdauer und das Anstreben der deutschen Staatsangehörigkeit. Die kontinuierlich gestiegene Aufenthaltsdauer läßt - wie bereits dargelegt wurde - einerseits auf eine immer geringer gewordene Neigung der Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimat schließen. Andererseits ist aber der Wunsch, Deutscher werden zu wollen, im allgemeinen offensichtlich nicht besonders groß. So sind im Zeitraum 1976 bis 1981 nur rd. 85 000 Ausländer eingebürgert worden; das waren im Jahresdurchschnitt 14 100. Es handelt sich hierbei überwiegend um Einbürgerungen nach den §§ 8 (Einbürgerungen von Ausländern) und 9 (Einbürgerungen von Ehegatten Deutscher) des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes. (Nicht berücksichtigt sind hierbei diejenigen Personen, die zwischen dem 1. April 1953 und dem 31. Dezember 1974 in Ehen zwischen einem Ausländer und einer Deutschen geboren wurden und in den Jahren 1975 bis 1977 durch einfache Erklärung nach Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAÄndG 1974) die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben konnten).

Von den 1981 aufgrund einer Ermessensentscheidung eingebürgerten 13 643 Personen hatten 4 049 oder 30 % vor ihrer Einbürgerung die Staatsangehörigkeit eines der früheren Anwerbeländer Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland und Spanien besessen. Diese Zahl ist - gemessen an der Zahl im Bundesgebiet lebender Ausländer gleicher Nationalität - verschwindend klein.

In beachtlichem Umfang wurden auch Personen eingebürgert, die - vermutlich in erster Linie aus politischen Gründen - aus Ostblockstaaten in das Bundesgebiet gekommen sind. So besaßen von den 1981 durch Ermessensentscheidung eingebürgerten Personen beispielsweise 11 % früher die tschechoslowakische, 7 % die polnische und 6 % die ungarische Staatsangehörigkeit.

12.1 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung

Jahr	Personen ins- gesamt	Davon							Art. 3 RuStAG (1974 2)	
		Einbürgerung						An- spruchs- ein- bürge- rungen		
		Männer	Frauen	Kinder ¹⁾	ins- gesamt	davon				
						Ermessens- einbürgerungen				
						dar. aufgrund von				
					zu- sammen	§ 8	§ 9			
						RuStAG				
1973	18 858	7 058	5 034	6 766	18 858	9 512	6 976	2 412	9 346	-
1974	24 744	8 439	6 221	10 084	24 744	12 408	9 566	2 743	12 256	-
1975	79 926	10 353	7 922	6 650	24 925	10 725	6 657	3 887	14 200	55 001
1976	64 977	13 283	10 198	6 000	29 481	13 134	7 854	5 113	16 347	35 496
1977	83 444	13 359	11 586	6 687	31 632	13 535	8 962	4 406	18 097	51 812
1978	52 295	13 464	12 234	7 012	32 710	14 075	9 815	4 046	18 635	19 585
1979	36 538	13 999	13 415	7 538	34 952	15 172	10 852	3 749	19 780	1 586
1980	37 613	14 417	14 349	8 237	37 003	14 969	10 537	3 993	22 034	610
1981	35 878	13 526	13 870	8 482	35 878	13 643	-a)	4 996	22 235	-

1) 1973 bis 1975 Personen, die das 21. Lebensjahr, ab 1976 Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

2) Erst am 1.1.1975 in Kraft getreten.

a) Wird ab 1981 nicht mehr statistisch ausgewiesen.

12.2 Durch Ermessensentscheidung eingebürgerte Personen nach der früheren Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit (alter Heimatstaat)	1973				1981			
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder ¹⁾	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder ¹⁾
Europäische Staaten	6 935	2 514	1 205	3 216	9 701	3 666	3 884	2 151
Frankreich	305	93	75	137	242	90	99	53
Griechenland	217	89	30	98	274	133	79	62
Großbritannien und Nordirland	117	29	27	61	155	45	59	51
Italien	1 332	481	133	718	954	380	225	349
Jugoslawien	944	379	157	408	2 115	700	1 014	401
Niederlande	419	124	73	222	273	90	119	64
Österreich	1 301	412	288	601	922	300	328	294
Polen	533	202	139	192	925	399	408	118
Rumänien	56	27	16	13	312	124	164	24
Sowjetunion	68	23	14	31	110	45	61	4
Spanien	220	116	49	155	176	53	64	59
Tschechoslowakei	159	77	42	50	1 436	597	583	256
Türkei	272	96	16	160	530	191	150	189
Ungarn	485	206	69	210	831	367	336	128
Sonst. europäische Staaten	397	160	77	160	446	152	195	99
Außereuropäische Staaten	1 649	555	248	846	3 120	1 313	1 127	680
Argentinien	31	12	10	9	39	21	18	-
Chile	36	16	12	8	34	10	16	8
Indien	156	68	7	81	134	74	37	23
Israel	108	54	19	35	146	60	55	31
Kanada	60	26	14	20	24	7	11	6
Südafrika	31	12	12	7	181	85	77	19
Vereinigte Staaten von Amerika	265	51	69	145	286	74	88	124
Ägypten	180	64	3	113	150	88	24	38
Syrien	40	17	-	23	253	143	40	70
Sonst. außereuropäische Staaten	742	235	102	405	1 873	751	761	361
Ohne Angabe des Heimatstaates	928	361	296	271	822	387	331	104
Staatenlos	928	361	296	271	762	355	306	101
Ungeklärt	-	-	-	-	60	32	25	3
Insgesamt	9 512	3 430	1 749	4 333	13 643	5 366	5 342	2 935

1) 1973 Personen, die das 21. Lebensjahr, 1981 Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

13 Definitionen

Zahl und Struktur

Aufenthaltsdauer: Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet. Ein Ausländer, der beispielsweise vom 1.1.1972 bis zum 31.12.1976 im Bundesgebiet wohnte und ab 1.1.1982 seinen Wohnsitz erneut im Geltungsbereich des Ausländergesetzes hat, hielt sich am 30.9.1982 zehn bis unter elf Jahre im Bundesgebiet auf.

Ausländer: Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit "ungeklärter" Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern.

Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Bundesgebiet unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden deshalb auch statistisch nicht erfaßt. Hinsichtlich der statistischen Erfassung von Mitgliedern der Stationierungstreitkräfte und ihrer Angehörigen gibt es jedoch Ausnahmeregelungen (so z.B. bei der Statistik der Straßenverkehrsunfälle).

Wohnbevölkerung: Personen mit nur einer Wohnung werden der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Wohnung befindet. Bei Personen, die mehr als eine Wohnung oder sonstige Unterkunft haben, sei es in derselben Gemeinde oder in verschiedenen Gemeinden, ist in den in dieser Veröffentlichung nachgewiesenen Ergebnissen für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung diejenige Wohnung bzw. Unterkunft maßgebend, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder berufstätig sind noch in der Ausbildung stehen, ist die Wohnung oder Unterkunft entscheidend, in der sie sich überwiegend aufhalten.

Die Wohnbevölkerung wurde erstmalig bei der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16.6.1925 festgestellt. Demgegenüber beruhen die Ergebnisse der ersten Volkszählung im Deutschen Reich am

1.12.1871 und die der weiteren, ab 1875 in Abständen von fünf Jahren bis einschließlich 1910 durchgeführten Zählungen auf dem Begriff der ortsanwesenden Bevölkerung, d.h. die gezählten Personen wurden zur Bevölkerung des Ortes gerechnet, an dem sie sich am Zählungstichtag aufhielten.

Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

Eheschließungen: Standesamtliche Trauungen auch von Ausländern, mit Ausnahme der Fälle, in denen beide Ehegatten zu den in Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihren Familienangehörigen gehören.

Geborene (= Geburten): Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Totgeborene zählen seit 1.7.1979 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 1 000 g beträgt (vorher mindestens 35 cm Körperlänge). Fehlgeburten (seit 1.7.1979 unter 1 000 g Geburtsgewicht, vorher weniger als 35 cm lang) werden vom Standesbeamten nicht registriert und bleiben daher in der Geburtenstatistik außer Betracht.

Bis zum 31.12.1974 erwarben die in Ehen zwischen einem Ausländer und einer Deutschen geborenen Kinder in der Regel die Staatsangehörigkeit des Vaters, nichtehelich geborene die der Mutter. Eheliche Kinder einer deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters waren nur dann Deutsche, wenn sie sonst staatenlos wären. Alle anderen wurden auf den Weg der Einbürgerung verwiesen.

Das am 1.1.1975 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStÄndG 1974) vom 20.12.1974 (BGBl. I S. 3714) bestimmt unter anderem, daß das eheliche Kind durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, wenn ein Elternteil Deutscher ist. Darüber hinaus konnten bis zum 31.12.1977 alle Kinder, die nach dem 31.3.1953, aber vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes, in Ehen zwischen einer Deutschen und einem Ausländer geboren wurden, durch einfache Erklärung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.

Wanderungen

Die Wanderungsstatistik wertet die nach den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Meldewesen bei einem Wohnungswechsel gegenüber den Meldebehörden abzugebenden An- und Abmeldungen aus. Es wird jeder Wohnungswechsel von einer Gemeinde nach einer anderen gezählt, einschließlich der Fälle, in denen jemand unter Beibehaltung seiner bisherigen Wohnung eine weitere Wohnung bezieht oder unter Aufgabe dieser weiteren Wohnung in die beibehaltene Wohnung zurückkehrt. Umzüge innerhalb der Gemeinden werden nicht nachgewiesen.

Es wird zwischen Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung) und Wanderungen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesbinnenwanderung) unterschieden.

Erwerbspersonen: Als Erwerbsperson im Rahmen der Wanderungsstatistik gilt - im Gegensatz zur Erwerbsperson im strengen Sinne des erwerbsstatistischen Konzepts (z.B. des Mikrozensus oder der Volkszählung) -, wer bei einem Wohnungswechsel im An- oder Abmeldeschein eine Berufsbezeichnung angibt bzw. - nach neuem Melderecht - künftig sich als erwerbstätig bezeichnet.

Ostgebiete des Deutschen Reiches: Alle zum Staatsgebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12.1937 gehörenden Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie.

Haushalte und Familien

Haushalt (Privathaushalt): Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Anstalten gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z.B. Haushalt des Anstaltsleiters): Haushalte mit mehreren Wohnungen werden unter Umständen mehrfach gezählt.

Familie: Familien sind Ehepaare bzw. alleinstehende Väter oder Mütter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben (Zweigenerationenfamilie). Auch Ehepaare bzw. verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete oder Geschiedene ohne Kinder gelten als Familien, nicht

jedoch Ledige, die allein leben. Durch die Begrenzung des Familienbegriffs auf die Eltern-Kind-Gemeinschaft, wobei nur ledige Kinder zur elterlichen Familie zählen, können in einem Privathaushalt mehrere Familien leben.

Familienstand: Personen, deren Ehepartner vermißt ist, gelten als verheiratet und Personen, deren Ehepartner für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Verheiratet Getrenntlebende sind solche Personen, deren Ehepartner sich am Stichtag der Erhebung zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten hat.

Alleinstehende Personen: Verheiratet getrenntlebende, verwitwete und geschiedene Personen mit oder ohne Kinder, sowie Ledige mit Kindern. Personen, die für sich alleine in einem Haushalt wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte) werden auch als alleinlebende Personen bezeichnet.

Kinder: Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, etwa der geschiedenen Mutter, in einem Haushalt zusammenleben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht.

Wohnverhältnisse

Baujahr des Gebäudes: Als Baujahr des Gebäudes gilt das Jahr der Bezugsfertigstellung. Bei Gebäuden, die durch Kriegsschäden teilweise unbenutzbar geworden waren und wiederhergestellt wurden, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung, bei total zerstörten und wiederaufgebauten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr. Bei Um-, An- und Erweiterungsbauten ist das ursprüngliche Baujahr des Gebäudes maßgebend.

Eigentümer: Das sind Eigentümerhaushalte, die ihr Gebäude, ihre Unterkunft oder ihre Eigentumswohnung selbst bewohnen. Ein Haushalt ist Gebäudeeigentümer, wenn einem oder mehreren Mitgliedern dieses Haushalts das Eigentum an dem Gebäude oder der Unterkunft, in dem der Haushalt wohnt, ganz oder teilweise (z.B. Erbengemeinschaft) rechtlich zusteht. Ein Haushalt ist Eigentümer einer Wohneinheit, wenn wenigstens ein Mitglied des Haushalts das Eigentum an der von ihm bewohnten Wohneinheit (nicht am Gebäude) hat und dieses Recht im Grundbuch eingetragen oder zur Eintragung vorgemerkt ist.

Einkommen: Bei den in dieser Veröffentlichung als Gliederungsmerkmal enthaltenen Einkommensgruppen handelt es sich um das Nettoeinkommen der Haushalte im Monat April 1978. Das Nettoeinkommen umfaßt die Gesamtheit aller Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie Einkommensübertragungen (wie Pensionen, private und öffentliche Renten und Unterstützungen) abzüglich der Einkommen- bzw. Lohnsteuer, Kirchensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmeranteil). Auch Naturalabzüge, Deputate, sind wertmäßig erfaßt, ebenso die Anteile von Gratifikationen, 13. Monatsgehalt und dergleichen.

Hauptmieter: Als Hauptmieter gilt, wer das Recht zur Nutzung einer Wohneinheit durch Mietvertrag mit dem Eigentümer des Gebäudes, der Unterkunft oder der Wohneinheit erworben hat.

Fläche der Wohneinheit: Hierunter ist die Gesamtfläche aller Räume (einschließlich Flur, Korridor, Diele, Vorplatz, Badezimmer, Duschraum, Toilette, Speisekammer usw.) einer Wohneinheit zu verstehen, gleichgültig, ob es sich um selbstgenutzte, untervermietete, gewerblich benutzte Räume oder um außerhalb des Abschlusses liegende bewohnte Boden- und Kellerräume handelt.

Mietbelastung: Unter diesem Begriff ist die Relation zwischen monatlicher Miete und monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts zu verstehen. Bei der Berechnung der prozentualen durchschnittlichen Mietbelastung wurden nur Haushalte zugrunde gelegt, für die sowohl Miet- als auch Einkommensangaben vorlagen. Da für die Berechnung der Mietbelastungsquoten nur Einkommensgruppen zur Verfügung standen, mußte hilfsweise jeweils der Gruppenmittelwert gebildet werden. Für die Haushalte in der höchsten Einkommensgruppe " 5 000 und mehr DM" war eine derartige Berechnung nicht möglich.

Öffentliche Förderung: Als öffentlich gefördert gelten Wohnungen dann, wenn sie nach der Währungsreform (20. Juni 1948) - im Saarland nach der Währungsumstellung (20. November 1947) - fertiggestellt worden sind und für sie öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder einer Gemeinde) bewilligt wurden. Diese Mittel müssen für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues, das heißt zur Wohnraumversorgung solcher Personen bereitgestellt worden sein, deren Einkommen die Einkommensgrenze nach § 25 Zweites Wohnungsbaugesetz nicht über-

steigt. Es ist für die Erfassung der öffentlich geförderten Wohnungen unerheblich, wer zur Zeit die Wohnung nutzt, ob es sich z.B. um eine vom Eigentümer selbstgenutzte Wohnung oder um vermietete Wohnungen handelt. Wohnungen, die nur mit Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz oder nur mit Wohnungsfürsorgemitteln für öffentliche Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden gefördert worden sind, gelten nicht als "öffentlich geförderte Wohnungen". Gleichgültig ist, ob die öffentlichen Förderungsmittel als Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt) gewährt worden sind oder als Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Anuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Eine Wohnung gilt z.B. immer dann als öffentlich gefördert, wenn - im Falle einer Neuvermietung der Wohnung - der Mieter einen Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z.B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen muß. Sind die öffentlichen Baudarlehen vorzeitig zurückgezahlt oder abgelöst worden, so gelten die Wohnungen noch für einige Zeit weiter als öffentlich gefördert: nämlich bei einer bis Ende 1971 erfolgten Rückzahlung für fünf Kalenderjahre nach dem Jahr der Rückzahlung, bei einer späteren Rückzahlung für zehn Kalenderjahre (1978 galten - bei einer vorzeitigen Rückzahlung - also nur noch die Wohnungen als öffentlich gefördert, für die die Rückzahlung 1972 oder später erfolgte).

Räume: Als Räume einer Wohneinheit zählen Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr m² Wohnfläche sowie alle Küchen (diese ohne Rücksicht auf die Größe) und gewerblich genutzte Räume (zweckentfremdete Wohnräume) mit 6 und mehr m² Fläche. Dabei spielt keine Rolle, ob die Räume vom Inhaber der Wohneinheit selbst bewohnt oder zum Teil untervermietet sind.

In dieser Veröffentlichung werden die Inhaber der Wohneinheiten nur nach der Zahl der selbstbewohnten Räume dargestellt. Hierunter ist die Gesamtzahl der Räume einer Wohneinheit abzüglich der untervermieteten Räume zu verstehen.

Untermieter: Als Untermieter gelten alle zweiten und weiteren Haushalte in einer Wohneinheit, denen Teile der Wohneinheit von dem Inhaber (Gebäudeeigentümer, Wohnungseigentümer, Hauptmieter) über-

lassen sind, gleichgültig, ob gegen oder ohne Mietzahlung. Außerdem werden die Haushalte in völlig untervermieteten Wohneinheiten (Wohneinheiten ohne Inhaber), die mit dem nicht selbst darin wohnenden Gebäude-, Wohnungseigentümer oder Hauptmieter über Teile der Wohneinheit einen Mietvertrag abgeschlossen haben, als Untermieter gezählt.

Wohneinheit: Eine Wohneinheit ist eine Zusammenfassung von nach außen abgeschlossenen einzelnen oder zusammenhängenden Räumen, die ausschließlich oder überwiegend der wohnlichen Unterbringung dienen oder vorübergehend oder zeitweise hierfür genutzt werden. In Wohneinheiten können zum Zeitpunkt der Erhebung ein oder mehrere Haushalte untergebracht sein.

Ausbildung

Schulen der allgemeinen Ausbildung

Grundschulen werden von allen Kindern besucht. Sie umfassen die ersten vier - in Berlin (West) die ersten sechs - Schuljahre und bereiten durch die Vermittlung von Grundkenntnissen auf den Besuch weiterführender Schulen vor.

Hauptschulen sind weiterführende Schulen; sie umfassen fünf Schuljahre (Klassen 5 bis 9), bei sechsjähriger Grundschule (Berlin (West)) oder zweijähriger schulformunabhängiger Orientierungsstufe drei Schuljahre (Klassen 7 bis 9) und vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung.

Grund- und Hauptschulen sind häufig zu einer Schuleinheit zusammengefaßt und können in diesem Fall auch die Bezeichnung **V o l k s - s c h u l e** tragen.

Sonderschulen sind Einrichtungen mit Vollzeitschulpflicht zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in normalen Schulen unterrichtet werden können.

Realschulen sind weiterführende Schulen, die im Anschluß an die Grundschule oder an Klasse 6 der Hauptschule besucht werden. Das Ab-

schlußzeugnis der Realschule bietet im allgemeinen die Grundlage für gehobene Berufe aller Art und berechtigt zum Besuch der Fachoberschule oder des Fachgymnasiums.

Gymnasien sind ebenfalls weiterführende Schulen, die im Normalfall unmittelbar an die Grundschule oder an Klasse 6 der Hauptschule anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt im Regelfall neun (Klassen 5 bis 13) bzw. sieben Jahre (Klassen 7 bis 13). Es gibt außerdem Gymnasien in Aufbauform, deren Besuch im allgemeinen den Realschulabschluß voraussetzt. Das Abschlußzeugnis des Gymnasiums gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Hochschulen.

Gesamtschulen sind Schulen, in denen die verschiedenen Schularten in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind. Hier werden nur die i n t e g r i e r t e n Gesamtschulen, in denen alle Schüler ohne Zuordnung zu einer bestimmten Schulart unterrichtet werden, ab 1971 gesondert nachgewiesen. Zu den integrierten Gesamtschulen werden hier auch die Freien Waldorfschulen gezählt. Die Angaben für die k o o p e r a t i v e n Gesamtschulen, bei denen die verschiedenen Schularten in einer gemeinsamen Schulanlage weiterbestehen, sind - soweit möglich - den Zahlen für die jeweiligen Schularten zugeordnet worden.

Schulen der allgemeinen Fortbildung

(Einrichtungen des sogenannten zweiten Bildungsweges)

Abendrealschulen führen Berufstätige in Abendkursen (sechs Semester) zum Realschulabschluß.

Abendgymnasien ermöglichen befähigten Berufstätigen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren den Erwerb der Hochschulreife. Die Bewerber müssen eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens dreijährige geregelte Berufstätigkeit nachweisen, mindestens 19 Jahre alt sein und in der Regel vor Eintritt in den Hauptkurs einen einsemestrigen Vorkurs absolvieren. Die Teilnehmer müssen mit Ausnahme der letzten drei Semester berufstätig sein.

Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der Hochschulreife. Die Aufnahmebedingungen sind die gleichen wie bei den Abendgymnasien. Die Kollegiaten dürfen keine berufliche Tätigkeit ausüben.

Die Technischen Oberschulen in Baden-Württemberg und die Berufs-
oberschulen in Bayern sind bei den Kollegs nachgewiesen, weil sie,
obwohl zur fachgebundenen Hochschulreife führend, ähnliche Schul-
besuchsbedingungen haben wie die Kollegs.

Schulen der beruflichen Ausbildung

Berufsschulen haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schüler
zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische
Grundausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen in Teilzeitform
werden in der Regel pflichtmäßig nach Erfüllung der neunjährigen
Vollzeitschulpflicht von Personen besucht, die in der beruflichen
Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag oder in einem anderen Arbeitsver-
hältnis stehen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
Als Berufsschulen in Vollzeitform werden hier das Berufsgrundbil-
dungs- und das Berufsvorbereitungsjahr bezeichnet, in denen seit
1972 eine allgemeine und auf ein Berufsfeld bezogene berufliche
Grundbildung vermittelt wird.

Berufssonderschulen sind meist Vollzeitschulen, die der beruflichen
Förderung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder
sozial gefährdeter Jugendlicher dienen.

Berufsaufbauschulen werden von Jugendlichen, die in einer Berufs-
ausbildung oder Berufstätigkeit stehen oder gestanden haben, nach
mindestens halbjährigem Besuch der Berufsschule neben derselben oder
nach erfüllter Berufsschulpflicht besucht. Sie sind meist nach Fach-
richtungen gegliedert; die Unterrichtsdauer beträgt bei Vollzeit-
schulen ein bis eineinhalb, bei Teilzeitschulen drei bis dreiein-
halb Jahre. Der erfolgreiche Abschluß vermittelt die dem Realschul-
abschluß gleichgestellte Fachschulreife.

Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit mindestens einjähriger
Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der
Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Be-
rufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht
werden können. Die Ausbildung endet mit einer Abschlußprüfung. Bei
zweijährigem Schulbesuch entspricht der Abschluß der Fachschulreife.

Fachoberschulen bauen auf dem Realschulabschluß oder einem als

gleichwertig anerkannten Abschluß auf. Der Schulbesuch dauert in der Regel zwei Jahre (Klassen 11 und 12). Der erfolgreiche Abschluß gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Fachhochschulen.

Fachgymnasien sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch der Realschulabschluß oder ein gleichwertiger Abschluß vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert drei Jahre (Klassen 11 bis 13). Der Abschluß des Fachgymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen.

Schulen der beruflichen Fortbildung

Fachschulen (einschl. Schulen des Gesundheitswesens) werden freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf (z.B. Meisterschulen, Technikerschulen). Die Dauer des Schulbesuchs liegt bei Vollzeitunterricht zwischen sechs Monaten und drei Jahren, bei Teilzeitunterricht beträgt sie im allgemeinen sechs bis acht Halbjahre. Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln die Ausbildung für Gesundheitsdienstberufe (z.B. Kranken- und Kinderkrankenpfleger, Hebammen, Masseure, Beschäftigungstherapeuten).

Hochschulen

Als Hochschulen in die Erhebungen nach dem Hochschulstatistikgesetz (HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.04.1980 (BGBl. I, S. 453) einbezogen sind alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern.

Das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Zu den Universitäten zählen die technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den selbständigen pädagogischen und theologischen Hochschulen).

Gesamthochschulen umfassen Ausbildungsrichtungen von wissenschaftlichen und von Fachhochschulen, zum Teil auch von Kunsthochschulen. Die Studiengänge können integriert (Kurz- und Langzeitstudium mit gemeinsamer Grundausbildung) oder nach Hochschulbereichen getrennt sein (kooperative Gesamthochschulen),

Pädagogische Hochschulen einschließlich erziehungswissenschaftlicher Hochschulen sind wissenschaftliche Hochschulen mit Promotions-, zum Teil auch Habilitationsrecht. Sie bestehen nur noch in wenigen Ländern als selbständige Einrichtungen.

Theologische Hochschulen sind kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten.

Kunsthochschulen sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Fachhochschulen sind größtenteils aus den früheren Ingenieurschulen, Verwaltungsschulen und höheren Fachschulen hervorgegangen. Ihr Besuch setzt die Fachhochschulreife voraus. Bei erfolgreichem Abschluß wird die allgemeine Hochschulreife erworben.

Studenten sind ordentliche (voll immatrikulierte/ingeschriebene) männliche und weibliche Studierende, ohne Beurlaubte, Besucher der Studienkollegs sowie Gast- und Nebenhörer.

Studienanfänger sind Studenten im 1. Hochschulsemester (Erstimmatrikulierte) an einer Hochschule im Bundesgebiet.

Erwerbstätigkeit und Beschäftigung

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept): In der Gliederung nach

der Beteiligung am Erwerbsleben wird zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterschieden.

Erwerbspersonen: Sie setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. E r w e r b s t ä t i g e sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldaten und Mithelfende Familienangehörige) oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. E r w e r b s l o s e sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept (Volkszählung, Mikrozensus) nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Stellung im Beruf: Die Erwerbstätigen werden unterschieden nach Selbständigen, Mithelfenden Familienangehörigen und Abhängigen.

Selbständige: Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer oder Pächter (einschließlich selbständige Handwerker) leiten sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister.

Mithelfende Familienangehörige: Familienangehörige, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem Familienmitglied als Selbständiger geleitet wird, mithelfen, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu erhalten und ohne daß für sie Pflichtbeiträge zu gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Abhängige: Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende.

Beamte: Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschließlich der Beamtenanwärter und der Beamten im Vorbereitungsdienst), Richter und Soldaten; ferner Geistliche der zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der Römisch-Katholischen Kirche.

Angestellte: Alle nichtbeamteten Gehaltsempfänger. Für die Zuordnung ist grundsätzlich die Stellung im Betrieb und nicht die Art des Versicherungsverhältnisses bzw. die Mitgliedschaft in der Rentenversicherung für Angestellte entscheidend. Leitende Angestellte gelten ebenfalls als Angestellte, sofern sie nicht Miteigentümer sind.

Arbeiter: Alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation, ferner Heimarbeiter und Hausgehilfinnen.

Auszubildende in anerkannten Ausbildungsberufen: Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschließlich Praktikanten und Volontäre). Normalerweise münden kaufmännische und technische Ausbildungsberufe in einen Angestelltenberuf, gewerbliche Ausbildungsberufe in einen Arbeiterberuf ein. Die Auszubildenden sind, sofern nicht gesondert nachgewiesen, in den Zahlen der Angestellten bzw. Arbeiter enthalten.

Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen: Sie erfolgt nach der Klassifizierung der Berufe. Einen Beruf im Sinne der Berufsklassifizierung übt aus, wer selbständig oder für Rechnung eines anderen für den Markt arbeitet oder als Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt teilnimmt, mit anderen Worten eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausübt. Abgrenzungsmerkmal für den Beruf ist demnach die ausgeübte Tätigkeit, die eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt verrichtet oder verrichtet hat, unabhängig von ihrer Qualifikation, Stellung im Beruf oder im Betrieb.

Erwerbsquoten: Sie bezeichnen den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Nichterwerbspersonen: Alle Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.

Überwiegender Lebensunterhalt (Unterhaltskonzept): Die Zuordnung erfolgt hier nach der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts. Unterhaltsquellen sind: Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld oder -hilfe, Rente und dergleichen (neben Einkommen aus öffentlichen Sozialleistungen auch solche aus Pensionen oder Erträge aus Vermögen u.ä.), Angehörige (Unterhalt durch Eltern, Ehepartner, Kinder oder andere Familienangehörige).

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer: Arbeiter, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Arbeitslose: Personen ohne (dauerhaftes) Arbeitsverhältnis, die als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt registriert sind.

Betrieb: Örtlich getrennte Niederlassungen der Unternehmen einschließlich der zugehörigen oder in der Nähe liegenden Verwaltungs- und Hilfsbetriebe. Der Begriff "Betrieb" ist nicht identisch mit dem der "Arbeitsstätte". Die Ergebnisse für Betriebe (ab Januar 1977 einschließlich baugewerblicher und sonstiger Betriebsteile) werden nach Wirtschaftsgruppen und -zweigen dargestellt. Dabei werden kombinierte Betriebe (die mehreren Wirtschaftsgruppen angehören) jeweils derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der das Schwerkraft des Betriebes, in der Regel gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt.

Beschäftigte: Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschließlich Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Unternehmen/Betrieb stehen oder von anderen Unternehmen/Betrieben gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden.

Berufe des Gesundheitswesens: Die im Gesundheitswesen tätigen Personen werden von den Gesundheitsämtern auf der Grundlage der polizeilichen An- bzw. Abmeldungen erfaßt. Da keine besondere Meldepflicht für diesen Personenkreis besteht, muß mit Erfassungslücken gerechnet werden. Einbezogen werden Ärzte (nach Facharztstätigkeit und Berufsausübung), Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte sowie Krankenpflegepersonen, Hebammen und sonstige im Gesundheitswesen tätige Personen mit staatlicher Prüfung.

Sozialhilfe: Die Sozialhilfe wird nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) als Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen an Personen, die sich in einer Notlage befinden, inner-

halb und außerhalb von Einrichtungen gewährt. Sie greift immer dann ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen Leistungen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen. Im Gegensatz zu den Leistungen anderer Sozialleistungsträger ist die Gewährung von Sozialhilfe nicht an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis oder an Vorleistungen gebunden. Durch individuelle Leistungen nach dem Subsidiaritätsprinzip soll die Sozialhilfe dem Hilfeempfänger ein der Würde des Menschen entsprechendes Leben ermöglichen und ihn wieder zur Selbstversorgung befähigen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt, die die notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens abdeckt, wird weitgehend nach Leistungspauschalen (Regelsätzen) berechnet; spezielle Notstände werden durch Hilfe in besonderen Lebenslagen behoben (unter anderem Eingliederungshilfe für Behinderte, Tuberkulosehilfe, Hilfe zur Pflege, Krankenhilfe, Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten).

Behinderte

Zum Personenkreis der Behinderten zählen auch Beschädigte, das heißt Personen, deren Behinderung auf einer Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung oder einer dabei erworbenen Krankheit beruht.

Behinderung ist nach den "Anhaltspunkten für die ärztliche Begutachtung Behinderter nach dem Schwerbehindertengesetz" jeder regelwidrige, körperliche, geistige und seelische Zustand, der nicht nur vorübergehend besteht und eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) bedingt. Regelwidrig ist der Zustand, der von dem für das Lebensalter typischen abweicht. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mindestens 6 Monaten. Zu den Körperbehinderungen rechnen auch innere Leiden.

Straffälligkeit

Strafverfolgung: Die Strafverfolgungsstatistik (bis 1953 "Kriminalstatistik") weist die Abgeurteilten (Angeklagten) und Verurteilten nach. Er w a c h s e n e (21 Jahre und älter) werden nach allgemeinem, J u g e n d l i c h e (14 bis unter 18 Jahre) nach Jugend-

strafrecht behandelt. H e r a n w a c h s e n d e (18 bis unter 21 Jahre) nehmen bezüglich der Anwendung des Strafrechts eine Sonderstellung ein. Seit Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes 1953 kann bei ihnen allgemeines oder Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen.

Abgeurteilte sind diejenigen Personen, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluß rechtskräftig abgeschlossen worden sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden. Bei der Aburteilung von Straftaten, die in Tateinheit (§ 52 StGB) oder in Tatmehrheit (§ 53 StGB) begangen wurden, ist nur die Straftat statistisch erfaßt, die nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Werden mehrere Straftaten derselben Person in verschiedenen Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Verurteilte sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafarrest oder Geldstrafe verhängt worden ist, oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregeln geahndet wurde. Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln werden Maßnahmen genannt; sie können nebeneinander angeordnet werden. Verurteilt kann nur eine Person werden, die im Zeitpunkt der Tat strafmündig, das heißt 14 Jahre oder älter war (§ 19 StGB).

Straßenverkehrsunfälle

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle stützt sich auf die Durchschriften der Unfallanzeigen der Polizei.

Ein meldepflichtiger Verkehrsunfall liegt vor, wenn infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschäden bei einem der Beteiligten entstanden sind.

Die Verunglückten werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie am Unfallort oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen star-

ben, als Schwerverletzte, wenn sie in einer Krankenanstalt zur stationären Behandlung eingeliefert wurden, als Leichtverletzte, wenn sie ambulant behandelt wurden.

Ausländer: In der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden auch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mitglieder ausländischer Streitkräfte mit ihren Familienangehörigen erfaßt.

Einbürgerungen

Bei den Einbürgerungen wird zwischen Anspruchseinbürgerungen und Ermessenseinbürgerungen unterschieden.

Bei Anspruchseinbürgerungen handelt es sich bei der weit überwiegenden Zahl der Fälle um Personen, die aufgrund von Art. 116 Abs. 1 GG Deutsche sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Danach ist Deutscher, wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling Aufnahme im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 gefunden hat. Diese Personen werden auf Antrag nach § 6 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (1. StaRegG) vom 22. Februar 1955 eingebürgert, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährden.

Die Ermessenseinbürgerungen betreffen die Einbürgerung von Ausländern bzw. die Einbürgerung ausländischer Ehegatten von Deutschen (§ 8 bzw. 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes - RuStAG). Bei der Einbürgerung von Ausländern werden Niederlassung in Deutschland, Geschäftsfähigkeit, Unbescholtenheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie in der Regel ein Inlandsaufenthalt von mindestens 10 Jahren vorausgesetzt. Bei der Einbürgerung von Ehegatten Deutscher können ein Inlandsaufenthalt von fünf Jahren und eine zweijährige Ehedauer genügen.

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung

Nach Art. 3 RuStAÄndG 1974 konnten alle Kinder, die nach dem 31. März 1953, aber vor Inkrafttreten dieses Gesetzes (1. Januar 1975) in Ehen zwischen einer Deutschen und einem Ausländer geboren wurden, durch einfache Erklärung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Dieses Recht stand auch dem nichtehelich geborenen Kind zu, das durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation seine durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatte. Das Erklärungsrecht konnte nur bis zum Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, also bis zum 31. Dezember 1977, ausgeübt werden.

14 Stichwortverzeichnis

	Seite
Ärzte	108, 131
Alter, Altersgruppen	
- Behinderte	136
- Erwerbspersonen	115
- Erwerbsquote	115
- Erwerbstätige	118
- Wohnbevölkerung	30
- Zu- bzw. Fortgezogene	30, 33, 67
Arbeitnehmer	110
Arbeitslose	124
Arbeitslosenquote	124
Aufenthaltsdauer	40
Bauhauptgewerbe	127
Behinderte	136
Berufliche Gliederung	122, 131
Beschäftigte	110, 127
Beteiligung am Erwerbsleben	56, 76, 120
Eheschließungen	46, 53
Eigentümer	82, 88
Einbürgerung	150
Erwerbspersonen	59, 113, 115
Erwerbsquote	113, 115
Erwerbstätige	75, 112, 118, 122
Familien	74, 79
Familienstand	
- Wohnbevölkerung	30, 38, 67, 120
- Zu- bzw. Fortgezogene (Wanderungen)	30, 34, 38, 67
Geborene	49
Gestorbene	49, 52
Hauptmieter	82, 88
Haushalte	
- Einkommen	85
- Mietbelastung	95

- Personenzahl (Haushaltsgröße)	77, 82, 85, 94
Haushaltsgröße	77, 82, 85, 94
Hochschulen	102
Minderung der Erwerbsfähigkeit	136
Modellrechnung	43
Nichterwerbspersonen	57, 59
Pflegepersonal	131
Schüler	97
Schulen	
- der allgemeinen Ausbildung	97
- der allgemeinen Fortbildung	99
- der beruflichen Ausbildung	99
- der beruflichen Fortbildung	99, 101
Sozialhilfe	133
Staatsangehörigkeit	
- Arbeitnehmer	110
- Arbeitslose	124, 126
- Eheschließungen	47
- Eingebürgerte	150
- Erwerbspersonen	115
- Erwerbstätige	112, 122
- Lebendgeborene	49
- Schüler	97
- Studenten	102
- Unfallbeteiligte (Straßenverkehr)	145
- Verunglückte (Straßenverkehr)	145
- Verurteilte	144
- Wohnbevölkerung	22
- Zu- bzw. Fortgezogene (Wanderungen)	60
Stellung im Beruf	118
Straffälligkeit	140
Straftaten	140, 143
Straßenverkehrsunfälle	
- Beteiligte	145
- Verunglückte	145
Studenten	102
Studienanfänger	102

	Seite
Überwiegender Lebensunterhalt	120
Untermieter	82, 93
Verurteilte	140, 142
Verurteiltenziffer	140
Wanderungen	55
Wirtschaftsgruppen	127
Wohnungen	
- Ausstattung	92
- Baujahr des Gebäudes	81, 94
- Öffentliche Förderung	95
- Wohnfläche	90

Quellenverzeichnis
Ausgewählte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

(Stand: 1.7.1983)

Titel der Veröffentlichung/des Beitrages	Erschienen in (Quelle)	Erscheinungsfolge (letzte Ausgabe) 1)
--	---------------------------	--

1 Zahl und Struktur

Ausländer	Volkszählung vom 27. Mai 1970, Heft 23	einmalig
Ausländer	Fachserie 1, Reihe 2	jährlich (1982)
Ausgewählte Strukturdaten	Fachserie 1, Reihe 1. S. 2 - Sonderbeitrag -	unregelmäßig (1978)
Ausländer im Bundesgebiet am 30.9.1982	Wirtschaft und Statistik	Heft 1/1983

2 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

Gebiet und Bevölkerung	Fachserie 1, Reihe 1	jährlich (1981) vierteljährlich
Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern 1980	Wirtschaft und Statistik	Heft 2/1982
Bevölkerungsentwicklung 1982	Wirtschaft und Statistik	Heft 7/1983

3 Wanderungen

Gebiet und Bevölkerung	Fachserie 1, Reihe 1	jährlich (1981) vierteljährlich
Bevölkerungsentwicklung 1982	Wirtschaft und Statistik	Heft 7/1983

4 Haushalte und Familien

Haushalte und Familien 1981	Fachserie 1, Reihe 3	jährlich (1981)
Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1979	Querschnittsveröffentlichung	unregelmäßig
Haushalte von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland	Wirtschaft und Statistik	Heft 1/1979
Familien von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland 1978	Wirtschaft und Statistik	Heft 12/1979

1) In Klammern angegeben ist jeweils die letzte Ausgabe von jährlich, unregelmäßig oder einmalig in den Fachserien des Statistischen Bundesamtes erscheinenden Veröffent-

lichungen. Bei den Textbeiträgen aus "Wirtschaft und Statistik" handelt es sich stets um den mit Ergebnissen aus dem jeweiligen Sachgebiet zuletzt erschienenen Beitrag.

Ausgewählte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes
(Stand 1.7.1983)

Titel der Veröffentlichung/des Beitrages	Erschienen in (Quelle)	Erscheinungsfolge (letzte Ausgabe) 1)
--	---------------------------	--

5 Wohnverhältnisse

1 4-Wohnungstichprobe 1976

Wohnungsmieten und Mietbelastung der Haushalte	Fachserie 5, Heft 4	einmalig (1981)
Wohnumfeld -Infrastrukturversorgung und Umwelteinflüsse	Fachserie 5, Heft 6	einmalig (1981)
Das Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland	Querschnittsveröffentlichung	einmalig (1981)

6 Ausbildung

Allgemeines Schulwesen	Fachserie 11, Reihe 1	jährlich (1981)
Berufliches Schulwesen	Fachserie 11, Reihe 2	jährlich (1981)
Studenten an Hochschulen - Vorbericht -	Fachserie 11, Reihe 4.1	halbjährlich
Studenten an Hochschulen	Fachserie 11, Reihe 4.1	halbjährlich
Prüfungen an Hochschulen	Fachserie 11, Reihe 4.2	jährlich (1981)
Ausländische Studenten an Hochschulen - Arbeitsunterlage -		einmalig (1974/1975)
Bildung im Zahlenpiegel	Querschnittsveröffentlichung	jährlich (1982)
Ausländische Studenten 1971 bis 1976	Wirtschaft und Statistik	Heft 12/1976
Prüfungen an Hochschulen	Wirtschaft und Statistik	Heft 5/1983
Studenten im Sommer- bzw. Wintersemester	Wirtschaft und Statistik	Heft 5/1983

7 Erwerbstätigkeit und Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Fachserie 1, Reihe 4.2	jährlich (1981) vierteljährlich
Beschäftigung, Umsatz und Gerätebestand der Betriebe im Baugewerbe	Fachserie 4, Reihe 5.1	jährlich (1982)
Erwerbstätigkeit von Ausländern	Wirtschaft und Statistik	Heft 10/1980
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Beschäftigtenstatistik und im Mikrosensus	Wirtschaft und Statistik	Heft 4/1983
Struktur des Bauhauptgewerbes 1981	Wirtschaft und Statistik	Heft 2/1982

1) In Klammern angegeben ist jeweils die letzte Ausgabe von jährlich, unregelmäßig oder einmalig in den Fachserien des Statistischen Bundesamtes erscheinenden Veröf-

entlichungen. Bei den Textbeiträgen aus "Wirtschaft und Statistik" handelt es sich stets um den mit Ergebnissen aus den jeweiligen Sachgebiet zuletzt erschienen Beitrag.

Ausgewählte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

(Stand 1.7.1983)

Titel der Veröffentlichung/des Beitrages	Erschienen in (Quelle)	Erscheinungsfolge (letzte Ausgabe) 1)
--	---------------------------	--

8 Sozialhilfe

Sozialhilfe	Fachserie 13, Reihe 2	jährlich (1980)
Sozialhilfeempfänger 1981	Wirtschaft und Statistik	Heft 5/1983

9 Behinderte

Behinderte 1981	Fachserie 13, Reihe 5.1	zweijährlich (1981)
Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland	Querschnittsveröffentlichung	einmalig (1981)
Behinderte 1981	Wirtschaft und Statistik	Heft 9/1982

10 Straffälligkeit

Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege	Fachserie 10, Reihe 1	jährlich (1981)
Strafverfolgung	Fachserie 10, Reihe 3	jährlich (1981)
Strafvollzug	Fachserie 10, Reihe 4	jährlich (1981)
Bewährungshilfe	Fachserie 10, Reihe 5	jährlich (1981)

11 Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Fachserie 8, Reihe 3.3	jährlich (1981)
------------------------	------------------------	-----------------

12 Einbürgerungen

Staatsangehörigkeit	Fachserie 1, Reihe 1.5	jährlich (ab Berichtsjahr 1981 eingestellt)
Ergebnisse der neuen Einbürgerungstatistik 1981	Wirtschaft und Statistik	Heft 7/1983

1) In Klammern angegeben ist jeweils die letzte Ausgabe von jährlich, unregelmäßig oder einmalig in den Fachserien des Statistischen Bundesamtes erscheinenden Veröf-

entlichungen. Bei den Textbeiträgen aus "Wirtschaft und Statistik" handelt es sich stets um den mit Ergebnissen aus dem jeweiligen Sachgebiet zuletzt erschienenen Beitrag.